

Interview mit
Edelgard Bulmahn

Brodkorb vs. Krätze
Der Kritikbegriff des Marxismus

Ausgabe 5 | 01
Heft 121
9,50 DM
September |
Oktober 2001

Ingrid Lohmann
Bildung am Ende der Moderne

Im Forum DL21 u.a.: Debatte zur
Globalisierung und Mazedonieninsatz

B I L D U N G



Von Prof. Dieter S. Lutz

Die terroristischen Anschläge von New York und Washington trafen Amerika völlig unvorbereitet. Wenn aber selbst die Supermacht USA mit all ihren Mitteln und Möglichkeiten sich nicht schützen kann, wie hilflos ausgeliefert ist dann erst Europa? Was, wenn der kriegsähnliche Terror beginnt, sich auch gegen Deutschland zu richten? Was, wenn das sich mit Amerika solidarisierte Deutschland von Terroristen als Geisel genommen wird, sei es um Vergeltungsmaßnahmen Amerikas abzuwehren, sei es um selbst wieder Rache zu üben?

Fragen über Fragen. Sie beschäftigen momentan die Bevölkerungen Europas wie wenige andere. Angst geht um – auch in Deutschland. Verständlicherweise!

Besonders illustrativ hierfür sind die über 200 Kernkraftwerke, die gegenwärtig in Europa in Betrieb sind. Sie sind zwar insbesondere in Deutschland gegen Flugzeugabstürze gehärtet, gleichwohl sind sie hochbrisante Ziele – sei es für Terroristen, sei es für militärische Aggressoren. Ähnliches gilt allein in Deutschland für viele Tausende Chemiebetriebe und Betriebe, die chemische Stoffe verarbeiten und lagern, Hunderte von Ö Raffinerien und (überirdischen) Öltanklager (mit teilweise riesigen Fassungsvermögen), Dutzende von Gasraffinerien, Tanks und Verdichterstationen, viele Hunderte Umspannwerke, Güterbahnhöfe, Containerbahnhöfe sowie See- und Binnenhäfen etc.

Alle diese und weitere Einrichtungen sind potentielle Ziele nicht nur für militärische Aggressionen, sondern auch für mögliche terroristische Anschläge. Es bedarf nicht allzu vieler Phantasie, um sich die verheerenden Folgen solcher Anschläge vorzustellen.

Kurzum: Hochindustrialisierte Staaten wie die Bundesrepublik sind strukturell verwundbar.

Die nachdrücklichen Schlussfolgerungen, die bereits zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes aus dieser Erkenntnis gezogen wurden, fanden ihren militärstrategischen Niederschlag in einem theoretischen Konstrukt: Final betrachtet – so seinerzeit die offizielle Politik – dürfen Militär und Rüstung nicht länger der Kriegsführung, sondern nur noch der Kriegsverhütung durch Abschreckung dienen. Sicherheitspolitisch wurde dieses Konstrukt, die Abschreckungsdoktrin, eingebettet in die Akzeptanz der eigenen Ver-

wundbarkeit und die Erkenntnis, dass Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu haben ist. Entspannungspolitik, Abrüstungsverträge und die Konfliktbeilegung durch rechtliche Regelungen waren die Folgen einer zunehmend als „Gemeinsame Sicherheit“ verstandenen Konzeption. Zu den Wegen und Methoden gehörten Dialog, Diplomatie und Verhandlungen und stets – wenn auch mitunter unzulänglich und nicht frei von Rückschlägen – Kooperation und Interessenausgleich.

Mit dem glücklichen Ausgang des Ost-West-Konfliktes 1989/90 verschwanden das Sowjetreich, der Warschauer Pakt und die beständige Gefahr des menscheitsvernichtenden Atomkrieges. Dass mit dem Ende des Kalten Krieges auch die eigene Verwundbarkeit verschwunden sei oder – je nach Perspektive – durch technische Mittel wie Raketenabwehrprogramme kompensierbar würde, war und ist dagegen ein dramatischer Irrglaube der „machttrunkenen Sieger“.

Kurzum: Hochentwickelte Gesellschaften bleiben auch künftig anfällig.

Die revolutionären Umbrüche nach 1989/90 boten die Jahrhundertchance, die Lehren und Einsichten aus der Vergangenheit konzeptionell mit den neuen Gefahren und Bedrohungen hochentwickelter Staaten und Gesellschaften, darunter auch der weltweite Terrorismus, zu verbinden. Der siegreiche „Westen“ ließ diese Chance ungenutzt verstreichen. Auch das Versprechen aus den Zeiten des Ost-West-Konfliktes, die großen existenziellen Probleme der Menschheit (Hunger, Massenarmut, Umweltverschmutzung, Klimaveränderung etc.) zu lösen, wenn nur erst einmal der Kalte Krieg beendet wäre, wurde nicht eingehalten. Heute sind sie mit der Nährboden für die Entstehung von Fundamentalisten und Terroristen, Verzweifelten und Gerechtigkeitsfanatikern.

Doch nicht nur die existenziellen Probleme blieben weiterhin ungelöst. Nach einer ersten Euphorie, wie sie noch in der „Pariser Charta“ von 1990 nachlesbar ist, wurde im vergangenen Jahrzehnt begonnen, Fehler auf Fehler zu setzen, ja das zivilisatorische Rad selbst wieder zurück zu drehen: Die „mächtigste Militärallianz aller Zeiten“ fing an, nach und nach ihre zivile Konkurrenz, die OSZE, „wegzubeißen“ und (mit etwas Verzögerung) auch die Vereinten Nationen zurückzudrängen. Kriegsverhütung als Doktrin wurde

aufgegeben und die Verteidigungskräfte, einschließlich Bundeswehr, wurden bzw. werden zu Einsatzarmeen umgebaut. An Stelle von Interessenausgleich wird zunehmend Interessendurchsetzung, die Erweiterung des Interessenspektrums und die Ausdehnung des militärischen Interessen- und Einsatzgebietes propagiert. Die Stärke des Rechts wurde spätestens im Kosovo-Krieg durch das Recht des Stärkeren abgelöst.

Haben die terroristischen Verbrechen von New York und Washington und mit ihnen das unsäglich Leid tausender Menschen eine neue Ära der Barbarei eingeläutet? Noch besteht die Chance, dass es sich „lediglich“ um den Abschluss einer nicht gänzlich bewältigten, aber abgelaufenen Epoche handelt. Was ist zu tun?

Zum ersten sollten gegenwärtig alle Entscheidungen in Reaktion auf die terroristischen Verbrechen in Ruhe und Besonnenheit getroffen werden. Alle Maßnahmen müssen mit dem Völkerrecht vereinbar und verhältnismäßig sein. Rache und Vergeltung scheiden damit aus. Weder sollten die USA entsprechende militärische Schläge durchführen noch sollten sich andere Staaten, z.B. Deutschland, an ihnen beteiligen.

Rasch dagegen sollten Initiativen für strikte und obligatorische internationale Regeln, Mechanismen und Institutionen gegen den Terrorismus im Rahmen der Vereinten Nationen geschaffen werden. Sie müssen flankiert werden durch die Zugriffsmöglichkeit auf polizeiliche und militärische Streitkräfte. Terrorismus muss künftig präventiv und zwar weltweit, in jeder Form und ohne Ansehen von Personen oder Interessen, bekämpft werden. Dies gilt für Afghanistan genau so wie für Mazedonien oder den Kosovo.

Kurzum: Alle Menschen, Völker und Staaten, auch solche mit gegensätzlichen Ordnungen, Ideologien, Religionen, Interessen etc. sind bei der Sicherung des Lebens und Überlebens auf Partnerschaft angewiesen. Soll sich Sicherheitspolitik angesichts der Verwundbarkeit hochentwickelter Gesellschaften, ja der internationalen Gemeinschaft insgesamt, nicht lediglich in Katastrophenmanagement und Katastrophennachsorge erschöpfen, so muss elf Jahre nach dem Ost-West-Konflikt endlich damit begonnen werden, eine Weltordnung zu bauen, die auf der Stärke des Rechts und seiner Durchsetzung ruht – kurzum Weltinnenpolitik betreibt und sich den Namen „Gerechter Frieden“ verdient.

INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin) (†)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Wörl)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Rene Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Möln)
 Sigrid Skarpells-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apenen)

Redaktion:

Thobias Albrcht
 Uta Biermann
 Björn Böhmig
 Stefanie Gerszewski
 Oliver Kaczmarek
 Barbara König
 Anja Krüke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauf
 Frank Wilhelmy

Redaktionssekretär

Reinhold Rünker, Logo-Office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Vogel

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 5 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für Schülerinnen, StudentInnen,
 Erwerbstlose DM 55,-
 (bei Bankinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2001.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Krel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nötte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, September 2001

Kurzum	2
Reinhold Rünker, Horst Peter	
spw-intern	4
Andrea Nahles	
Eröffnungsrede zur Tagung „Soziale Lage“ vom 07.09.2001	5
Heidi Wieczorek-Zeul	
Die Globalisierung, ihre Kritiker und Lösungen für die Welt von morgen	6
Christoph Bautz	
Attac – eine Bewegung im Aufschwung	8
Konrad Gilges	
Verlust der Souveränität der deutschen Außenpolitik	10
Detlev von Larcher	
Warum ich dem Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien zugestimmt habe	10
Ulrike Mehl	
Der Kyoto-Prozess geht weiter	11

BILDUNG

Horst Peter/Reinhold Rünker/Gesa Rünker	
Einleitung zum Schwerpunkt	14
Ingrid Lohmann	
Bildungspolitik am Ende der Moderne	16
Marc Kaulisch/Mathias Neis/Tobias Gombert	
„Ich bin so frei“ - Zur bildungs- und gesellschaftstheoretischen Kritik der Wissensgesellschaft	19
Raul Machalet/Jan Kellermann	
Der individualisierte Begriff von Bildung	24
Jörg Meier	
Fortgesetzt ungerechte Bildungs- und Einkommensverteilung in Deutschland	28
Klaus Moeglinger	
Bildungshorizonte – Lehren und Lernen für Nachhaltigkeit und sozialen Ausgleich	30
Ernst-Dieter Rossmann	
„Bildung entscheidet über unsere Zukunft“ – Grundsätzliche Amerkungen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte in der SPD	32
Interview mit Edelgard Bulmahn	
Wir müssen die Barrieren beim Zugang zu Bildung und Beruf abschaffen... ..	35

INTERNATIONALE POLITIK

Reza Fakhreshafaei	
Perspektiven der deutschen Iran-Politik	37
Mathias Jobelius	
Südafrika auf der Suche nach einer Zukunft	39

THEORIE & STRATEGIE

Mathias Bordkorb	
Sackgassen der Kritik	42
Michael R. Krätke	
Kritik des Marxismus – oder vom politischen Nutzen der Kritik	48
Mathias Bordkorb/Conny Proske/Thomas Raitza/Thomas Schmidt	
Wie zukunftsfähig sind die Jusos?	53
Elgin Fischbach	
Wo bleibt die politische Durchsetzungsfähigkeit im „Forum Demokratische Linke 21“? ..	54
Michael R. Krätke	
Brauchen Sie Marx?	55
Rezension:	
Tjaden/Tjaden-Steinhauer, Gesellschaft von Rom bis Ffm (Horst Peter)	57

spw

intern

Es ist nicht sicher, ob der 11. September 2001 als Tag des Triumphes der terroristischen Gewalt oder als Tag des Beginns des neuen Ringens um eine neue Weltordnung umfassender Sicherheit für alle Völker die Geschichte des 21. Jahrhunderts bestimmt

Im Augenblick geht es um vernunftgeleitetes Handeln aller zur Beantwortung der wichtigsten Fragen

- Was ist das Ziel des Selbstmordterrorismus?
- Gibt es vertretbare Gründe für diesen Terrorismus?
- Was sind die Antworten auf die Herausforderung des Terrorismus?
- Welches sind die Ziele einer Weltordnung, die dem Terrorismus seine Chancen nimmt?

Die Politiker der Welt können allein nicht die richtigen Antworten geben. Diese müssen von den Völkern

mitgegeben werden. Nur so werden sie breit getragen.

In einem Radiokommentar für WDR 5 fragt die Journalistin Gabriele Gillen am 14.09.2001 zutreffend: „Worum weinen wir in diesen Tagen? (...) Trauern wir tatsächlich um die Toten in den USA? Doch wann haben wir je in dieser Form auf die Bombardierungen von kurdischen Dörfern, auf das Massensterben im hungernden Afrika, auf die Erschießung von palästinensischen Kindern reagiert? (...) Die gerade jetzt so viel beschworene Menschenverachtung erleben wir schließlich Tag für Tag. Was erschüttert uns also so in diesen Tagen?“

Die Ahnung, dass die Spirale aus Gewalt und Gegengewalt immer seltener vor den Türen der „Ersten Welt“ halt machen wird? Das plötzliche Wissen um die Zerbrechlichkeit unserer mit Beton und Konsum und Seifenoperen von Elend und realer Verzweiflung abgeschirmten Welt?

Oder erschüttert uns vielleicht auch die Erkenntnis, dass unsere sogenannte Zivilisation auf einer Lüge aufgebaut ist; dass wir unsere Hände nicht länger in Unschuld waschen können; dass das World Trade Center und das Pentagon nicht nur für Tausende von unschuldigen Opfern, sondern auch für Tausende von Tätern stehen, die Kriege inszenieren, Waffen verkaufen und Hungersnöte in Kauf nehmen, wenn es den Börsenkursen dient?“

Die spw-Redaktion hat sich dafür entschieden, den Schwerpunkt für das kommende spw-Heft zu ändern.

Was bedeuten „Sicherheit“ und „Freiheit“ in diesen Tagen? Dies soll die Kernfrage des kommenden Schwerpunktes sein und wir freuen uns über interessante Zuschriften auch von unseren Leserinnen und Lesern.

ProMS Norddeutschland und Ver.Di, Bezirk Lübeck/Ostholstein laden mit Unterstützung der SPD-Bürgerschaftsfraktion Lübeck zur Konferenz am 17. November ein, in dem es um eine Vertiefung der sozialpolitischen Debatte gehen soll. Die Tagung findet im Lübecker Rathaus von 11- 17 Uhr statt

Anmeldungen und Informationen gibt es bei Ver.Di/ ÖTV Lübeck z.Hd. Harry Hacker, Holstentorplatz 1-5, 23552 Lübeck, Email harry.hacker@oetv.de

Das Forum spw-Rheinland lädt am 22. Oktober zur Abschlussveranstaltung des Projektes „Reichtum umfairteilen“. Weitere Informationen gibt es auf der homepage www.spw-rheinland.de

Abschließend sei noch hingewiesen auf die spw-Herbsttagung, die am 03. November 2001 in Dortmund stattfinden wird. (s. auch untenstehende Anzeige.)

Horst Peter/Reinhold Rünker

„Politische Ökonomie des flexiblen Kapitalismus Kritik und Strategien des modernen Sozialismus“

spw - Jahrestagung

am 3. Nov. 2001 in Dortmund

in den Räumen der Nordrhein-Westfälischen Auslandsgesellschaft

Es diskutieren u. a.: Klaus Dörre, Michael R. Krätke, Horst Heimann, Joachim Hecker, Ulrike Baureithel, Stefan Meretz, Andrea Nahles, Uwe Kremer

Die Tagung dreht sich um wesentliche ökonomische Aspekte, die sich im Zuge der Verbreitung der new economy als neue Formen der Betriebsweise und der gesellschaftlichen Regulierung durchsetzen:

- Wie beurteilen wir diese Veränderungen, welche Dimensionen stecken im Wandel der Betriebsweise, berühren sie nur die veränderten Verkehrsformen des Kapitalismus oder betreffen sie den systemischen Kern?
- Welche Rolle spielen technologische Sprunginnovationen, wie verändern die Regeln der new economy die volkswirtschaftlichen Theorien etc.,
- Welche Gestaltungsanforderungen ergeben sich, wie unumkehrbar ist der Prozess?
- Was folgt daraus für die politisch ökonomische Strategie des modernen Sozialismus?

SPD braucht eine neue Gerechtigkeitsdebatte

Das Forum Demokratische Linke 21 hat im Vorfeld des Nürnberger Parteitages in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Flagge gezeigt. Fazit: Die SPD braucht eine neue Gerechtigkeitsdebatte. Vor allem die Behandlung der Reichtumsfrage entscheidet über die Glaubwürdigkeit der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Neben der informativen Analyse und der anschließenden Diskussion des Armuts- und Reichtumsbericht zeigte das interessante Gespräch zwischen Heidemarie Wieczorek-Zeul und Philipp Hersel (attac), dass die soziale Lage in Deutschland längst Teil der sozialen globalen Frage ist und wir nur vor diesem Hintergrund zu neuen richtungsweisenden Ansätzen finden. Wir dokumentieren heute die Eröffnungsrede von Andrea Nahles, einen ausführlichen Beitrag von Heidemarie Wieczorek-Zeul sowie einen Beitrag von attac.

Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Freundinnen und Freunde, im Wahlkampf 1998 ist die SPD mit dem Motto „Innovation und Gerechtigkeit“ angetreten. Nach drei Jahren in einer rot-grünen Bundesregierung wollen wir heute diesen selbstgestellten Anspruch auf den Prüfstand stellen. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf dem Thema „Soziale Gerechtigkeit“.

I.

Beide Pole „Innovation“ und „Gerechtigkeit“ waren Gegenstand der Regierungspolitik. Insbesondere im Energiesektor sehen die Parteilinken ein erfolgreiches Innovationsfeld der SPD geführten Bundesregierung. (...)

In Biotechnologie ist demgegenüber die von führenden SPD Politikern vorgetragene utilitaristisch-kapitalistische Logik nicht ausdiskutiert und so auch nicht konsensfähig. (...)

Ambivalent fällt das Urteil über den Faktor „Gerechtigkeit“ in der Regierungspolitik aus. Die Einkommenssteuerreform hat eine Verteilung von Einkommen auch an die unteren Einkommensbezieher erreicht, die Lohnnebenkosten haben Arbeitnehmer entlastet, das Kindergeld die finanzielle Situation der Familien verbessert. Nicht zuletzt hat die rot-grüne Regierung einen Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt, der soziale Ungleichheit in Deutschland empirisch bestätigt. Damit wurde eine wichtige Forderung aus der Oppositionszeit eingelöst. Auf der anderen Seite wurden massive Steuergeschenke im Rahmen der Unternehmenssteuerreform realisiert, ohne dass dies erkennbare beschäftigungssteigernde Effekte hervorgebracht hätte. Mit der Rentenreform wurden die Kosten für sozialen Sicherungssysteme in neuer Form auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Aktuell sähen Faulenzerdebatten Missgunst und verfestigen Ausgrenzung.

Eine Folge ist, dass die SPD in den Augen der Bevölkerung nur noch einen knappen Vorsprung vor der CDU hat, wenn es um die Schaffung von Sozialer Gerechtigkeit geht (46% zu 41% – Vortrag Müntefering in der Fraktion vor der Sommerpause).

Dazu trägt bei, dass zu viele Spitzenpolitiker der SPD den Maßstab jeder sozialen und demokratischen Politik – Gerechtigkeit, zu einer relativierbaren Größe herunterreden. Wenn Wolfgang Clement in der Ungleichheit sozialer Lebenslagen die produktive Ursache für eine neue gesellschaftliche Dynamik ausmacht, dann widerspricht das nicht nur den empirischen Fakten. (s. Vortrag von Dr. Claus Schäfer) – es zehrt gleichermaßen auch die Solidaritätsbereitschaft unserer Gesellschaft aus. Wenn außerdem Gerhard Schröder, Rudolf Scharping und der „Vorwärts“ vor allem die Verlierer unserer Gesellschaft aufspießen, aber ansonsten mit den Vermögenden auf Du und Du sind, dann berührt das die Grundlagen des kontinentaleuropäischen Sozialstaates und nicht zuletzt das Selbstverständnis einer sozialdemokratischen Volkspartei. Damit muss Schluss sein.

Es gilt aber auch folgendes:

Es ist weder eine verantwortliche noch ist es eine zukunftsweisende oder gar linke Politik, bloß Mehr von dem zu fordern, was wir jetzt schon haben.

Unser Sozialstaat braucht strukturelle Veränderungen. Er braucht eine intelligente Fortentwicklung im Sinne einer Lebensphasenabsicherung:

Wir wollen nicht mehr bezahlte Überstunden für männliche Facharbeiter. Wir wollen eine Verteilung der Arbeitszeit zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und nicht bezahlter Haus- und Erziehungsarbeit, eine Verteilung von Arbeit zwischen Männern und Frauen.

Wir wollen nicht mehr Arbeitslosenhilfe für noch mehr Arbeitslose, wir wollen mehr Arbeitsplätze, mehr Qualifikation, mehr Prävention und eine optimale Vermittlung.

Wir wollen nicht mehr Berufsrückkehrerkurse, sondern eine organisierten und sozial abgesicherten Übergang von Phasen der Erwerbsarbeit, der Erziehung, der Qualifikation und des ehrenamtlichen Engagements.

Wir wollen nicht mehr Kindergeld – wir wollen mehr Ganztagsbetreuung für Kinder.

Wir wollen nicht mehr Beiträge für die Sozialversicherungen – wir wollen die Einbeziehung des privaten Reichtums in die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben.

II.

Die soziale Lage in Deutschland ist Teil der sozialen globalen Frage und kann auch nur vor diesem Hintergrund richtungsweisend weiterentwickelt werden.

Die Rede von Gerhard Schröder auf der Internationalen Wirtschaftstagung in der letzten Woche symbolisiert die Rückkehr der SPD zur kritischen Auseinandersetzung mit dem sozialen und makroökonomischen Folgen der Globalisierung. Diese Auseinandersetzung war innerhalb der SPD nach dem Rücktritt Oskar Lafontains lange tabuisiert. Vom Schröder/Blair-Papier bis zum Gesprächsangebot über die Tobin-Steuer spannt die Politik Schröder einen Bogen. Der vermeintlich alternativlose und tatsächlich visionsarme Pragmatismus der letzten Jahre wird abgelöst von einer gesellschaftlichen Debatte über den Wert und die Zukunft des europäischen Gesellschafts- und Sozialstaatsmodell. Daran hat die Parteilinke ihren Anteil und daran werden wir uns aktiv beteiligen.

Der Parteitag in Nürnberg wird hier eine Wegmarke sein.

Wir fordern die stufenweise Einbeziehung aller Einkommensbezieher in die Sozialen Sicherungssysteme. Wir verlangen eine Revitalisierung der Arbeitszeitpolitik. Wir fordern eine nationale Machbarkeitsprüfung für die Tobin Tax und eine Regulierung von Offshore-Finanzzentren und Hedge-Fonds. Wir erwarten, eine Sozialstaatsdebatte, die Schwache integriert und Perspektiven bietet.

Wir fordern eine Steuer- und Finanzpolitik, die die Tendenz zum privatem Reichtum bei gleichzeitiger Armut der öffentlichen Kassen stoppt. Ein erster Ansatz dafür ist die Besteuerung hoher Erbschaften.

Andrea Nahles, MdB, Vorsitzende des Forum DL21

Die Globalisierung, ihre Kritiker und Lösungen für die Welt von morgen

Von Heidemarie Wiczorek-Zeul

Seit einiger Zeit können sich die internationalen Gipfeltreffen der G7/G8, die Tagungen von Weltbank und IWF und die Weltwirtschaftsforen ungeteilter Aufmerksamkeit sicher sein. Sogenannte „Globalisierungsgegner“ – sie selbst nennen sich aus guten Gründen nur ungern so – haben mit ihren Demonstrationen das Augenmerk auf die Globalisierung und das globale Demokratiedefizit gelenkt.

Im Kern geht es den friedlichen „Globalisierungskritikern“ um eine politische Frage, die viele von uns ebenfalls beschäftigt. Die wirtschaftlichen Verflechtungen sind in den letzten Jahrzehnten um ein Vielfaches schneller angewachsen als die politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Die nachholende Demokratisierung durch internationale Politikkoordinierung hinkt der wirtschaftlichen Entwicklung weit hinterher. Ein gravierendes Demokratiedefizit ist die Folge.

Es ist gut möglich, dass sich die „Globalisierungsgegner“ zu einer neuen sozialen Bewegung entwickeln werden, die unsere Zeit so beeinflussen, wie die 80er Jahre von der Frauen-, der Friedens- und der Ökologiebewegung politisch geprägt worden sind. In jedem Fall sind sie aber innerhalb kurzer Zeit zu einem nicht unbedeutenden politischen Akteur geworden. Das verdient Respekt und eine ernsthafte Auseinandersetzung. Die SPD sollte mit den verschiedenen Gruppen den Dialog und die inhaltliche Auseinandersetzung suchen. Die SPD hat als Regierungspartei eine an-

dere Aufgabe als die Nichtregierungsorganisationen. Wenn diese Rollenverteilung auf beiden Seiten akzeptiert wird, kann gemeinsam eine Menge erreicht werden.

Sozialdemokratische Programmatik

Das Thema der Globalisierung beschäftigt die SPD schon seit Jahren. Bereits im Berliner Grundsatzprogramm von 1989 heißt es u.a.: „Um zu verhindern, dass Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen zum weltweiten Druck auf Löhne, zu schlechteren Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen führt, werden international verbindliche Regeln für soziale und ökologische Produktionsbedingungen nötig. Noch mehr hat die Internationalisierung der Märkte für Kapital- und Geldanlagen die nationalen Möglichkeiten zur Steuerung der kapitalistischen Ökonomie vermindert. (...) Wo der Verlust nationaler Kompetenz nicht durch internationale Regeln ausgeglichen wird, gilt das Recht des Stärkeren. Alle Volkswirtschaften werden anfälliger für Krisen. Daher wollen wir Möglichkeiten zur Steuerung der Wirtschaften durch internationale Kooperation und Rahmensetzung zurückgewinnen und erweitern (...)“ Dies alles war Ende der 80er Jahre – und ohne dass der Begriff der Globalisierung schon eine Rolle gespielt hätte – bereits ersichtlich und formuliert. Seitdem hat die Geschwindigkeit, Tiefe und Reichweite der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen noch zugenommen, vor allem aber Umfang und Geschwindigkeit weltweiter Finanztransaktionen. Der Begriff der Globalisierung probiert diese neue Qualität zum Ausdruck zu bringen.

In der aktuellen Programmdebatte wird das Thema „Globalisierung“ sehr ausführlich und intensiv behandelt. Hier hat sich gezeigt, dass wir bereits eine ganze Reihe von Antworten geben können, die im übrigen oft gar nicht weit von den Forderungen der „Globalisierungskritiker“ entfernt sind.

Vieles von dem, was wir programmatisch anstreben und was auch von den Globalisierungsgegnern gefordert wird, haben wir im übrigen begonnen, in Regierungshandeln umzusetzen. Ich denke dabei u.a. an die Entschuldungsinitiative und an die Marktöffnung, die die EU den 48 ärmsten Entwicklungsländern für alle Produkte, außer Waffen, gewährt.

Weltordnungspolitik

Wir brauchen heute auf globaler Ebene eine Weltordnungspolitik, die allen Akteuren einen klaren Rahmen für ihr Handeln setzt. Die Prinzipien sozialstaatlichen Denkens und der sozialen Marktwirtschaft müssen auch international verankert werden. Es geht um die soziale Bändigung des weltweiten Kapitalismus.

Das Gerüst einer solchen Weltordnungspolitik sollte auf den folgenden Säulen beruhen – einer gerechten Welthandelsordnung, einer gerechten Weltwährungs- und Finanzordnung, sowie einer neuen Weltsozial- und Umweltordnung.

Das Prinzip der Demokratie verlangt, dass es eine faire und gerechte Interessenvertretung aller Regionen gibt. Das ist heute bei weitem nicht der Fall. Die G7-Länder z.B. verfügen über 68 % des weltweiten Bruttosozialproduktes, stellen aber nur 11 % der Weltbevölkerung. Gleichzeitig dominieren sie mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht auch die wirtschaftliche Lage in den Ländern des Südens.

Handlungsfähige Weltregionen sind eine wichtige Voraussetzung für eine multipolare Welt und die Gestaltung der Globalisierung. Die EU ist hierfür – trotz aller Mühseligkeiten – beispielgebend. Vor allem kann sie die Erfahrungen ihrer Mitgliedstaaten des sozialen Rechtsstaates in die internationalen Beziehungen einbringen.

Darüber hinaus müssen weltstaatliche Strukturen entwickelt werden, damit der Primat der Politik auch in Zeiten der Globalisierung gewahrt bleiben kann.

Ein wichtiger Anknüpfungspunkt für eine Weltordnungspolitik sind die Strukturen der Vereinten Nationen. Sie bedürfen allerdings tiefgreifender Reformen. Der UN-Sicherheitsrat muss repräsentativer zusammengesetzt sein, alle Regionen müssen vertreten sein und das Vetorecht muss entfallen.

Ich halte auch die Forderung des Zedillo-Berichtes (Der frühere mexikanische Präsident Zedillo hat eine von Kofi Annan eingesetzte Kommission geleitet. Sie hat ihren sehr lesenswerten Bericht vor kurzem vorgelegt.) nach Einrichtung eines „Global Council for Economic Policy“ für sehr erwägenswert. In ihm sollen alle Regionen gerecht vertreten sein und es sollen in ihm auf höchster Ebene wirtschaftspolitische Fragen beraten und entschieden werden.

Internationaler Handel

Viele Entwicklungsländer leiden besonders unter den sich immer weiter verschlechternden terms of trade. Für sie ist der freie Zugang zu den Märkten der Industrieländer von entscheidender Bedeutung. Dies gilt besonders für weiterverarbeitete Produkte. Gleichzeitig müssen die Strukturen der Welthandelsorganisation (WTO) so reformiert werden, dass die Entwicklungsländer fair beteiligt werden.

Im Welthandel müssen soziale und ökologische Mindeststandards verankert werden. Die Kernarbeitsnormen der ILO (keine Zwangsarbeit, keine ausbeuterische Kinderarbeit, Zulassung freier Gewerkschaften und das Recht auf kollektive Lohnverhandlungen) müssen durchgesetzt werden.

Internationale Finanzmärkte

Die Hauptforderungen der „Globalisierungsgegner“ richten sich auf die unregulierten internationalen Finanzmärkte. Zu recht wird festgelegt, dass die unkontrollierten Kapitalbewegungen leicht ganze Volkswirtschaften in Gefahr bringen können.

Wir benötigen dringend eine internationale Finanzarchitektur, die mehr Transparenz und einen besseren Schutz der Entwicklungsländer vor Spekulationen sicherstellt. Denn noch ist die Regel, dass die Gewinne privatisiert werden, während die Verluste letztlich von der Allgemeinheit getragen werden.

Die Entwicklungsländer müssen an den entscheidungsrelevanten internationalen Foren besser beteiligt werden und sie müssen mitwirken, wenn Standards für die internationalen Finanzmärkte aufgestellt werden. Schließlich sind die Entwicklungsländer oft die ersten Opfer bei Krisen auf den Kapitalmärkten. Es ist deshalb auch legitim, wenn sie ihre Finanzsektoren nicht umgehend liberalisieren und sich Kapitalverkehrskontrollen – zumal Kapitalimportkontrollen – vorbehalten.

Ferner müssen Regulierungen für die hochrisikoreichen Hedge-Funds und Offshore-Finanzzentren verabredet werden.

Oft wird die Diskussion um den Reformbedarf der Internationalen Finanzmärkte auf die Frage der Tobin-Steuer eingeeengt. Sie ist eine Steuer auf internationale Devisentransaktionen, für die sich zuletzt auch der französische Premierminister Lionel Jospin ausgesprochen hat. Auch in verschiedenen Parlamenten ist die Devisen-

transaktionssteuer ernsthaft diskutiert worden. Sie zielt auf die geschätzten 1,5 bis 2 Billionen US-Dollar, die täglich in Form von Devisentransaktionen zirkulieren und die nur zu einem geringen Teil mit der Finanzierung des internationalen Handels zu tun haben, sehr viel mehr aber mit reinen Spekulationsgeschäften. Selbst bei einem sehr niedrigen Steuersatz würden sich Spekulationsgeschäfte mit kurzem Zeithorizont deutlich weniger rentieren. Zudem ließen sich Einnahmen erzielen, die z.B. für die Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden könnten.

Das Instrument der Tobin-Steuer hat ohne Frage seinen Reiz. Allerdings verhindern handfeste „ökonomische Interessen“ die Einführung in entscheidenden Ländern. Es ist nicht zu erwarten, dass Länder wie die USA oder Großbritannien sich auf diese Besteuerung einlassen. Und ohne sie ist eine Besteuerung der Devisentransaktionen wegen der leichten Ausweichmöglichkeiten schwer vorstellbar.

Finanzielle Verpflichtungen

Sollte sich die gemeinsame Einführung einer Devisentransaktionssteuer nicht in der nächsten Zeit realisieren lassen – und leider spricht einiges dafür –, so müssen neue Wege zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter (z.B. saubere Luft, Finanzstabilität) gefunden werden.

Die von Kofi Annan eingesetzte und vom früheren mexikanischen Präsidenten Zedillo geleitete Kommission schlägt eine internationale Steuerorganisation vor, die sicherstellt, dass Entwicklungsländern ein besserer Zugriff auf Fluchtkapital ermöglicht wird. Das halte ich für einen bemerkenswerten Vorschlag, der in die richtige Richtung weist.

Ein Finanzierungsvorschlag für globale öffentliche Güter könnte auch eine gemeinsame EU-Initiative sein – z.B. zur Besteuerung des Flugbenzins in der EU. Dieser Vorschlag findet sich bereits in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis90/Die Grünen. Dies würde vor allem auch ermöglichen, dass eine Gruppe von Ländern mit einer eigenen Initiative vorangeht.

Reformen, die wirklich global spürbar sind, bedürfen eben auch einer finanziellen Kraftanstrengung. Die internationale Gemeinschaft muss zu ihren finanziellen Verpflichtungen stehen. Nur so kann das von den Staats- und Regierungschefs auf dem UN-Millenniumsgipfel im Jahr 2000

festgelegte Ziel der Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahr 2015 erreicht werden. Zudem haben sich die Industrieländer verpflichtet, 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungspolitik einzusetzen. Von dieser Selbstverpflichtung sind die meisten Länder – auch Deutschland – meilenweit entfernt. Die Ernsthaftigkeit eines politischen Programms muss sich nicht nur, aber auch an dem finanziellen Engagement messen lassen.

Nachhaltige Entwicklung

Es ist ein Gebot der Ehrlichkeit festzustellen, dass wir bereits heute mitten im Klimawandel sind. Die Menschheit – insbesondere aber die Menschen in den westlichen Industrieländern – haben die Welt mit ihrem Energieverbrauch auf einen riskanten Weg gebracht. Besonders problematisch ist daran, dass der Klimawandel im wesentlichen durch die Industrieländer ausgelöst wurde, seine Folgen aber zunächst vor allem in den Ländern des Südens auftreten.

Wir sind deshalb verpflichtet, unsere Energiepolitik endlich zu ändern – und das heißt vor allem, vom Öl unabhängiger zu werden. Wir müssen stärker die erneuerbaren Energien nutzen, die Energieeffizienz steigern und auf Energiesparen setzen.

Anders als im ökonomischen Bereich gibt es international zum Schutz der Umwelt bereits eine ganze Reihe völkerrechtlich verbindlicher Abkommen und Regulierungen. Diese müssen auf jeden Fall eingehalten und ausgebaut werden.

Fazit

Die Gestaltung der Globalisierung ist die politische Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Nur gemeinsam wird es gelingen, die Welt sozial und ökologisch zu gestalten. Wir sollten deshalb nach den Gemeinsamkeiten und den Gleichgesinnten suchen. Ich plädiere für ein breites globales Reformbündnis, an dem die reformbereiten Industrie- und Entwicklungsländer, die Zivilgesellschaft genauso wie die Gewerkschaften und der private Sektor teilhaben. Es wäre ganz illusorisch zu glauben, dass diese große Aufgabe von einzelnen allein gelöst werden könnte. In dieser gemeinsamen Anstrengung sollten die gewaltfreien „Globalisierungskritiker“ eine wichtige Rolle spielen. Sollte hier tatsächlich eine neue, friedliche soziale Bewegung entstehen – um so besser.

Forum DL21

Attac – eine Bewegung im Aufschwung

Diskussionen und Entwicklungen nach Genua

Von Christoph Bautz

Nähere Informationen: Attac Deutschland, Artilleriestr. 6, 27283 Verden, Tel. 04231 – 95 75 91, www.attac-netzwerk.de

Lange hat er verärgert geschwiegen, doch dann musste auch er die Zeichen der Zeit erkennen. „Die vielen Aktiven, die eine unkontrollierte Herrschaft der internationalen Finanzmärkte und Großkonzerne befürchten und für globale Gerechtigkeit und Solidarität eintreten – das sind ja keineswegs nur Spinner.“ Nachdem der kleine Koalitionspartner es verpasst hatte, rechtzeitig auf den Zug der globalisierungskritischen Bewegung aufzuspringen, sucht nun Bundeskanzler Schröder rhetorisch ihre Nähe.

Damit befindet er sich im allgemeinen Trend. Seit Genua ist der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung in aller Munde. Weit über 200.000 Menschen haben in Genua protestiert – die größte Demonstration in Europa seit Jahren. Ihnen gegenüber stand ein zur Festung ausgebauten Konferenzzentrum und ein derart gewalttätiger Polizeieinsatz, wie ihn Europa seit den heißen Siebzigern nicht mehr erlebt hatte. Er gipfelte in der Erschießung Carlo Giulianos und der Erstürmung der Diaz-Schule, bei dem sich der Vergleich zu chilenischen Verhältnissen aufdrängt. Spätestens mit den Berichten über die Gewalteskapaden der italienischen Carabinieri hat sich auch die Berichterstattung der Medien grundlegend gewandelt. Standen anfänglich die Gewalt einer kleinen Minderheit der Protestierenden im Rampenlicht der

Öffentlichkeit, so trat immer mehr die neue Qualität der globalisierungskritischen Bewegung und ihre Anliegen in den Vordergrund. Beschrieb der Spiegel die Bewegung wenige Wochen vor Genua als „Kids ohne politisches Programm“, so hieß es kurz danach: „Eine neue, erstmals wirklich internationale Protestgeneration heizt Politikern und Konzernchefs ein – und zwar zu Recht. Die globale Weltwirtschaft, mächtig und krisenanfällig zugleich, braucht neue Spielregeln.“

Von dieser Aufbruchstimmung von Genua ist auch Attac erfasst worden. Attac wird als gut organisierter Teil der globalisierungskritischen Bewegung in der Öffentlichkeit zunehmend zum Sprachrohr der Bewegung. Gegründet 1998 in Frankreich bildet Attac seit Anfang 2000 auch in Deutschland ein breites gesellschaftliches Bündnis, das vom BUND über ver.di und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen reicht. Für viele vom Konservatismus in Regierungsmehrheit und Opposition desillusionierte Menschen entwickelt sich Attac zum neuen Hoffnungsträger auf wirkliche gesellschaftliche Veränderung. Das Interesse sowohl der Medien als auch von Einzelpersonen und Organisationen an Attac ist enorm angestiegen. Allein die Mitgliederzahl hat sich innerhalb weniger Wochen nahezu verdreifacht. Attac wird als wichtiger Akteur erkannt, der in den letzten Wochen ständig auf den Titelseiten der großen bundesweiten Medien zu finden ist und an den politischen Diskussionsprozessen intensiv beteiligt ist.

Grüne Umarmungsversuche – grüne Positionssuche zur Bewegung

Verschiedene Diskussionenlinien haben seit Genua die deutsche Medienlandschaft durchzogen. Eingeleitet durch die Attacken von Daniel Cohn-Bendit bemühen sich Teile der Grünen um eine Öffnung gegenüber der globalisierungskritischen Bewegung. Ursprünglich angetreten als parlamentarischer Arm der sozialen Bewegungen der Achtziger, bemerken sie mit Entsetzen, dass der Zug dieser Bewegung ohne sie fährt. Der letzte Bezug zur Basis droht verloren zu gehen – sicherlich geschürt durch Äußerungen von Außenminister Fischer, der die Hunderttausenden globalisierungskritischen Demonstranten auf den Straßen von Genua aufforderte, ein Freudenfest zu feiern, da doch ihre Forderungen nun auch auf der Agenda der

G8 stünden. Angesichts der realen Beschlüsse von Genua klingt dies wie blanker Hohn in den Ohren der Globalisierungskritiker.

Die internationale Bewegung Attac wurde in den letzten Woche zum ersten Adressat für die grüne Umarmungswelle. Attac fordert jedoch von den Grünen weniger eine Öffnung gegenüber der Bewegung als vor allem eine Änderung ihrer immer stärker von neoliberalen Positionen geprägten Wirtschaftspolitik. Die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundestagsfraktion wird zunehmend von den grünen Marktliberalen à la Metzger und Scheel bestimmt. Etwa bei der rot-grünen Steuerreform, bei der sie auf eine stärkere Senkung der Spitzensteuersätze drängten und die steuerliche Freistellung der Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften mittrugen. Wenn jetzt Grüne in trauriger Eintracht mit vielen Genossen des großen Koalitionspartners zur Privatisierung als Patentrezept für in die Krise geratene soziale Sicherungssysteme greifen, dann verkennen sie auch hier die Kehrseiten dieser Politik: Mit der Rentenreform geht ein auf paritätische Umlagefinanzierung setzendes Moment immer mehr verloren und das bundesdeutsche Gesundheitssystem droht zu einer Zweiklassenmedizin zu verkommen. Gleichzeitig werden Renten, und nun vielleicht auch das Gesundheitssystem, dem Auf und Ab der internationalen Finanzmärkte ausgeliefert.

Attac setzte sich insbesondere mit dem Entwurf zum neuen Grundsatzpapier 2020 der Grünen auseinander. „So viel Markt wie möglich“, heißt es dort. Eine umverteilende und die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Marktsystems ausgleichende Wirtschaftspolitik kommt immer mehr unter die Räder. Verteilungsgerechtigkeit bedeutet im Grünen Grundsatzpapier lediglich Armutsbekämpfung und Chancengleichheit, während die wachsende Schere zwischen Arm und Reich nicht thematisiert wird. Attac-Forderungen nach konkreten Umverteilungsmaßnahmen wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer, die Besteuerung von Aktienkursgewinnen und eine Abkehr von der Senkung der Spitzensteuersätze sind im Programm nicht zu finden.

Auch auf die Globalisierung der internationalen Märkte antworten die Grünen lediglich mit einem inhaltsleeren Multilateralismus. In dem Grundsatzprogramm entwirft bleibt völlig

unklar, mit welchen Instrumenten die Grünen die Globalisierung regulieren wollen. Damit distanzieren sich die Grünen von den Forderungen der GlobalisierungskritikerInnen. Der generelle Aufruf zur Stärkung internationaler Institutionen wird nicht relativiert durch eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik von IWF, WTO und Weltbank gegenüber den Entwicklungsländern. Die Grünen scheinen das Thema Globalisierung verschlafen zu haben, was um so deutlicher wird, wenn grüne Spitzenpolitiker wie Trittin und Kuhn nicht müde werden zu betonen, das Thema Globalisierung mit Klimapolitik und der HIPC-Entschuldungsinitiative längst besetzt zu haben. Ein völlig verwässertes Klimaprotokoll und ein mit völlig überzogenen Konditionalitäten versehenes Entschuldungsprogramm von gerade mal 70 Milliarden US-Dollar (gegenüber einer Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer von etwa 2 Billionen US-Dollar) sollte nicht die alleinige grüne Antwort auf die Globalisierung bleiben. Attac behandelt die Grünen, anders als frühere soziale Bewegungen, wie jede andere Partei und will mit ihr in einen kritischen und öffentlichen Dialog treten und um Positionen ringen. Verschiedene Streitgespräche haben bereits sowohl Gemeinsamkeiten als auch Kontroversen klarer hervortreten lassen.

Sand ins Getriebe der Spekulation – die Debatte um die Tobin-Steuer

Im Zuge der Debatte um die Konsequenzen aus Genua ist insbesondere die Tobin-Steuer in eine breite öffentliche Wahrnehmung getreten. Sie könnte ein erster Schritt zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte darstellen. Durch die Besteuerung von Devisenumsätzen werden rein spekulative Kapitaltransaktionen unrentabel. Diese tragen dazu bei, dass Wechselkurse eher durch die kurzfristigen Erwartungen der Spekulation als durch die ökonomischen Fundamentaldaten bestimmt werden. Dies ist eine Ursache für die Bildung von spekulativen Blasen, die sich in Finanzkrisen entladen können – mit katastrophalen Auswirkungen auf Armut und Beschäftigung, wie die Asienkrise 1997/98 eindrücklich gezeigt hat. Die erwarteten 150 Mrd. US-Dollar Einnahmen aus der Tobinsteuer sollen für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Attac fordert die Tobin-

Steuer auch im europäischen Alleingang einzuführen, wenn sich die anderen großen Wirtschaftsböcke hieran vorerst nicht beteiligen sollten. Die Tobin-Steuer kann jedoch nur ein erster Baustein zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte sein. Weitere Schritte wie die Schließung von Steueroasen, die Stabilisierung der Leitwährungen durch Zielzonensysteme, der selektive Einsatz von Kapitalverkehrskontrollen oder eine Stärkung der Börsen- und Bankenaufsicht müssen folgen.

Mit Spannung erwartet Attac die weitere Entwicklung der Haltung der Bundesregierung zur Einführung der Tobin-Steuer. Die Front der Kritiker scheint zu bröckeln. Während der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Tacke vor wenigen Wochen noch verkündete, niemand in den Industrieländern wolle die Tobin-Steuer, sah sich nach entsprechenden Äußerungen von Jospin auch Bundeskanzler Schröder zu einer deutlich positiveren Stellungnahme genötigt. Er bezeichnete die Tobin-Steuer als ein mögliches Instrument, um „auf die relative Verselbständigung spekulativer Finanzströme zu reagieren.“ Auf dem Treffen der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister in Lüttich vom 21. bis 23. September wird erstmals auch die Tobin-Steuer auf der Tagesordnung stehen. Eine Gelegenheit auch für die Bundesregierung, Flagge zu zeigen. Attac wird mit einer internationalen Demonstration und einem Europäischen BürgerInnenkongress der Diskussion den notwendigen Rahmen geben.

Genua war erst der Anfang – die Chance auf politische Veränderungen nutzen

In den nächsten Monaten gilt es die große öffentliche Aufmerksamkeit für die globalisierungskritische Bewegung zu nutzen, um politische Erfolge zu erzielen. Für die Schließung von Steueroasen wird ein internationaler Attac-Aktionstag am 6. Oktober in Luxemburg eintreten. Vermögende Privatpersonen und Konzerne haben bereits 6-7 Billionen US Dollar in Steueroasen verlagert, um sie einer Besteuerung zu entziehen. Immense Steuerausfälle und wachsende Steuerungerechtigkeit zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen drohen die Substanz der Wohlfahrtsstaaten und in noch weit größerem Ausmaß die der Entwicklungsländer zu unterhöhlen. Die Folge ist ein Steuerenkungswettbewerb, um im internationalen

Wettbewerb noch mithalten zu können.

Weiterer Schwerpunkt der Attac-Aktivitäten wird die Verhinderung einer neuen Welthandelsrunde in Katar sein. Weitere Marktöffnungen der Industrieländer insbesondere für Agrar- und Textilprodukte und ein Abbau der Exportsubventionen dürfen nicht gegen weitere Öffnung der Märkte der Entwicklungsländer eingetauscht werden. Bei den bestehenden eklatant unterschiedlichen Entwicklungsstadien bedeutet eine weitere Liberalisierung des Außenhandels der Entwicklungsländer nur eine Verdrängung regionaler Erzeuger von den heimischen Märkten durch Billigprodukte aus den Industrieländern. Da ein positiver Zusammenhang zwischen der Offenheit des Handels und Wirtschaftswachstum bei Entwicklungsländern empirisch nicht nachweisbar ist (Kenny & Williams 2001), sollten die Absatzmöglichkeiten für Produkte aus den Entwicklungsländern in den Industriestaaten verbessert werden, anstatt auf weitere Liberalisierungsmaßnahmen seitens der Entwicklungsländer zu drängen.

Doch politische Veränderung braucht auch die Weiterentwicklung von Alternativen zum neoliberalen Dogma. Der erste Kongress der globalisierungskritischen Bewegung findet vom 19. bis 21. Oktober in Berlin unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ statt. Mit einer bunten Vielzahl von Veranstaltungen wird Attac vielen Menschen die Möglichkeit bieten, sich an der Debatte über die neoliberale Globalisierung zu beteiligen. Auf Podien versammelt sich mit Susan George, Wolf Dieter Narr, Oskar Lafontaine, Jean Ziegler, Christa Wichterich und Bernhard Cassen die globalisierungskritische Prominenz. Nach den großen Erfolgen von Genua wird der Kongress ein Forum sein, neue Ideen und Kampagnen zu entwickeln und aktiv zu werden – eine andere Welt möglich zu machen.

Attac wird in den nächsten Monaten weiter Druck für politische Veränderung entfalten. Den hehren Worten vieler politisch Verantwortlicher müssen Taten folgen. Wenn Schröder „amerikanischen Verhältnissen“ eine rhetorische Absage erteilt und den Kurs einer „politischen und demokratischen Steuerung der Globalisierung“ verfolgt, so beeindruckt uns das wenig. Er und seine Partei werden an Taten gemessen. Auf dass nicht ruhige Hände zitterig werden.

Forum DL21

Verlust der Souveränität

von Konrad Gilges

Ich habe am 29. August 2001 gegen den Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung deutscher Streitkräfte am NATO-Einsatz in Mazedonien gestimmt. Meine Ablehnung wird vor allem dadurch bestimmt, dass die Souveränität der deutschen Außenpolitik verloren geht. Sie wird zum Objekt einer kriminellen Vereinigung.

1. Es gibt Indizien für eine Strategie der UCK, nach der internationale Präsenz in von Albanern besiedelten Gebieten provoziert wird. Dies zieht einen andauernden Verlust der staatlichen Autorität nach sich, deren Vakuum die UCK anschließend füllt. Diese Strategie geht im Kosovo mehr und mehr auf. In dieser Strategie liegt auch das Risiko für ein NATO-Protektorat in Mazedonien. Sollte die UCK-Strategie auch in Mazedonien erfolgreich sein, wofür es Anzeichen gibt,

droht der dritte albanische Krieg in Montenegro. Hier lebt eine albanische Minderheit von etwa sieben Prozent der Bevölkerung.

Wenn diese Indizien zuträfen, und dieser Meinung bin ich, würde deutsche Politik von kriminellen Kräften manipuliert. Dass die UCK eine kriminelle Vereinigung ist, belegen auch Untersuchungen der Stiftung Wissenschaft und Politik, die Bundestag und Bundesregierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät.

2. Es wird nicht nur von mir unterstellt, dass die UCK nicht den entscheidenden Teil der Waffen an die NATO abgeben wird. 3300 Waffen sollen nun nach Einigung der UCK mit der NATO als das Arsenal der UCK übergeben werden. Schätzungen sprachen jedoch von bis zu 80.000 Waffen, die die UCK in ihrem Arsenal hätte. Damit steht zu befürchten, dass nur alte Waffen und solche für die keine Ersatzteile mehr vorhanden sind, an die NATO abgegeben werden und das schwe-

re Gerät längst in Sicherheit gebracht wurde.

3. In den Kosovo-Konflikt griff die NATO u.a. mit dem Ziel ein, eine Rückkehr aller, auch der serbischen Flüchtlinge abzusichern und das ganze Gebiet – auch die UCK – zu entmilitarisieren. Weder fand die Entwaffnung der UCK statt noch ist es gelungen, die vor dem Krieg vorhandene ethnische Mischung wiederherzustellen. Dass neue Out-Of-Area-Einsätze durchgeführt werden – ohne die bereits stattfindenden auszuwerten – ist nur schwer verständlich.

4. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Konflikt in Mazedonien auch auf friedlichere Art hätte gelöst werden können. Zum einen hätte mehr diplomatischer und wirtschaftlicher Druck, sowohl auf die mazedonische Regierung als auch auf die UCK, ausgeübt werden können. Damit wäre ein Verhandlungsfrieden zustande gekommen. Zum anderen hätten Einsatzgruppen unterhalb der militärischen Schwelle, z.B. Polizeieinheiten, entsandt werden können. Dies gilt auch für präventive Maßnahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Deren Zahl jetzt immerhin auf 50 Mitarbeiter verdoppelt werden.

Forum DL21

Konrad Gilges, MdB, gehörte zu den 19 SPD-Abgeordneten, die im Bundestag gegen den Bundeswehreininsatz in Mazedonien gestimmt haben, er lebt in Köln

Warum ich zugestimmt habe

von Detlev von Larcher

Am Mittwoch, den 29. August hat eine große Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages für eine Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Einsatz in Mazedonien gestimmt, bei dem Waffen der UCK eingesammelt und zerstört werden sollen. Eine Gruppe von SPD-Abgeordneten, der auch Andrea Nahles und ich angehören, hat sich trotz verschiedener Bedenken ebenfalls für diesen Einsatz ausgesprochen, andere sind bei ihrer Ablehnung geblieben. Ich möchte an dieser Stelle für mich persönlich erklären, warum ich dem Einsatz zugestimmt habe.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass sich der Einsatz in Mazedonien wesentlich von der NATO-Ak-

tion im Kosovo-Krieg unterscheidet. Ich habe die Beteiligung der NATO am Kosovo-Krieg im Bundestag abgelehnt. Noch heute bin ich der Ansicht, dass durch diese Beteiligung die Vereinten Nationen geschwächt und letztlich mehr Leid und Unheil angerichtet als verhindert wurden.

Im Gegensatz zum damaligen Einsatz soll heute in Mazedonien durch das Einsammeln von Waffen der UCK versucht werden, eine weitere Eskalation der Unruhen dort und einen Bürgerkrieg zu verhindern. Die NATO ist also nicht als Konfliktpartei in Mazedonien. Viel mehr soll sie präventiv einen blutigen Konflikt verhindern helfen. Ich kann zum Maßstab meiner Entscheidung darüber nicht meinen Zorn über den Kosovo-Einsatz und über die Propagandamaschine während des Kosovo-Krieges machen. Auch die Tatsache, dass jener Einsatz nie wirklich in der SPD aufgearbeitet wurde, kann keine Grundlage

meines Abstimmungsverhaltens sein. Stets müssen die Folgen für die Menschen, die von dieser Entscheidung direkt betroffen sind, die Grundlage einer solchen Entscheidung sein. Wenn also damit die Chance besteht, einen weiteren Bürgerkrieg und Blutvergießen unter der Bevölkerung Mazedoniens zu verhindern, dann muss ich einem solchen Einsatz zustimmen. Dass diese Chance besteht, davon haben mich unter anderem die Einschätzungen von UNMIK-Chef König und vom deutschen Botschafter der OSZE in Albanien, Herrn Ahrens überzeugt, die wir in der Woche vor der Abstimmung im Deutschen Bundestag dazu befragen konnten.

Mit dem Friedensplan der Konfliktparteien besteht zum ersten Mal die Chance der präventiven Vermeidung eines blutigen Bürgerkrieges. Ich konnte deswegen dem Element dieses Planes: „Einsammeln von Waffen der UCK“ meine Zustimmung nicht versagen. Nach wie vor bleibe ich dabei, dass grundsätzlich die Vereinten Nationen mit einem solchen Auftrag befasst werden müssten. Nur hat die mazedonische Regierung die NATO selbst zum Handeln aufgefor-

Detlev von Larcher, MdB, lebt in Weyhe/Nds.

dert und auch die Albaner haben ihre Waffen nur an die NATO abgeben wollen. Das hat der Verteidigungsminister Mazedoniens im Europaausschuss des Deutschen Bundestages ausdrücklich bestätigt. Er hat auch dringend um die deutsche Beteiligung gebeten. Nur die NATO habe die notwendige Autorität gegenüber beiden Seiten. Auch der Sicherheitsrat hat das Rahmenabkommen, wozu das Einsammeln der Waffen gehört, begrüßt. Man kann letztlich sagen, dass die UN hinter diesem Rahmenabkommen stehen.

Wesentlich für meine Entscheidung war außerdem die Tatsache, dass zusammen mit dem Beschluss zum Einsatz auch ein Entschließungsantrag angenommen wurde, der auf das Engagement unserer Gruppe von SPD-Abgeordneten zurückgeht, die wir dem Einsatz trotz Bedenken dann zugestimmt haben. In dem Entschließungsantrag wird ein europäisches Gesamtkonzept für die Befriedung auf dem Balkan eingefordert. Der Antrag spricht sich außerdem dafür aus, notwendige Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Balkan-Stabilitätspakt über das Jahr 2003 fortführen zu können. Darin ist auch die Forderung

enthalten, die albanische Mafia in Deutschland zu bekämpfen, weil sie zur illegalen Geldbeschaffung für die Rebellen genutzt werden.

In der Konsequenz stehen die Erweiterung der bisherigen Stabilitätsprojekte, die Einbeziehung von IWF und Weltbank in eine mazedonische Wiederaufbaustrategie und die umgehende Einberufung einer internationalen Geberkonferenz auf der Tagesordnung. Ich denke, dass damit die Perspektive glaubwürdig untermauert wird, Frieden mit zivilen statt mit militärischen Mitteln zu schaffen. Der Entschließungsantrag ist die Grundlage dafür, dass wir von der Bundesregierung einfordern können, die außenpolitischen Weichenstellungen neu zu bestimmen und die UCK rigoros im Rahmen eines mittelfristig angelegten Konzepts zu entwaffnen, um die Destabilisierung von Nachbarländern durch grenzüberschreitende Gewalttaten zu verhindern. Ich erwarte außerdem eine verstärkte Initiative der Bundesregierung, statt der bisherigen Selbstmandatierung der NATO die internationale Sicherheitsarchitektur in den supranationalen Organisationen wie UN und OSZE zu verankern.

Ich respektiere das Verhalten derjenigen, die aus pazifistischen Erwägungen den Einsatz abgelehnt haben. Pazifisten müssen auch künftig ihren Platz in der SPD finden.

Selbstverständlich kann ein Misserfolg dieser Aktion nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Weil es aber auch die Hoffnung auf einen Erfolg gibt und darauf, ein weiteres Blutvergießen zu verhindern, während die Ablehnung des NATO-Einsatzes den Bürgerkrieg möglicherweise weiter angeheizt hätte, habe ich mich in einer Abwägung aller Argumente für die Zustimmung entschieden. Ich denke außerdem, dass sich auf der Grundlage des Entschließungsantrags das zukünftige Engagement der Bundesregierung in der Region positiv beeinflussen lässt.

Die nachträglichen Drohungen Franz Münteferings gegenüber den Nein-Sagern, sind scharf zu kritisieren. Seine Haltung dazu widerspricht dem im Grundgesetz verbrieften Recht der Abgeordneten, ihrem Gewissen zu folgen. Franz Müntefering hat seinem Ansehen, dem der SPD-Fraktion und dem der Politik allgemein damit einen schlechten Dienst erwiesen.

Forum DL21

Der globale Klimaschutz hat einen sehr kritischen Punkt überwunden: Es ist gelungen, auf der Weltklimakonferenz in Bonn die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls bis 2002 zu schaffen. Damit haben die globalen Anstrengungen zur Reduktion der Treibhausgase ihre völkerrechtliche, verbindliche Grundlage bekommen und können weitergehen.

Der Beschluss von Bonn bildet den ersten Teil eines noch langen, mühsamen Weges im globalen Klimaschutz und ist daher als hoffnungsvoller Erfolg zu bewerten: Die Staaten der Welt haben bis auf die USA das Protokoll verbindlich anerkannt und werden endlich Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen. Die Entwicklung der Treibhausgasemissionen seit 1992 hat gezeigt, dass es ohne einen völkerrechtlichen Vertrag nicht geht, denn nur in wenigen Ländern, dazu gehört auch Deutschland, sind ernsthafte Anstrengungen unternommen worden, die Emissionen zu senken.

Verlauf und Ergebnis dieser Konferenz haben zugleich die Akzeptanz der UNO als global wirksame Organi-

sation zur Lösung der großen Probleme der Menschheit, insbesondere aber als Instanz zur Rettung des Weltklimas, gestärkt.

Als Erfolg ist auch zu bewerten, dass die internationale Gemeinschaft und besonders die EU sich vom Einfluss der USA emanzipiert hat. Selbst Japan, das die Beziehungen zu den USA nicht aufs Spiel setzen möchte, hat zwar buchstäblich in der letzten Minute, aber dann eben doch dem Vertragstext zugestimmt.

Dafür hat es allerdings der EU als führenden Mitspieler in den Verhandlungen viele Zugeständnisse abgetrotzt und steht neben den Entwicklungsländern als der große Gewinner da. Von der Zustimmung Japans war es abhängig, ob die notwendige Mehrheit von 55 Industriestaaten mit 55 % der CO₂-Emissionen zustande kommt. Diesen Umstand hat die japanische Verhand-

lungsdelegation genutzt, um für sich ein Maximum bei der Anrechnung von Senken herauszuholen.

Die EU dagegen hat demonstriert, dass sie im internationalen Geflecht die Vorreiterrolle im Klimaschutz übernommen hat. Indem die Europäer den Forderungen aus den Umbrella-Staaten sehr weit entgegen gekommen sind, haben sie den Vertrag ermöglicht und von nun an auch die Trumpfkarten für die Zukunft in der Hand.

Die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Bush, die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls abzulehnen und die vielen Appelle und Verhandlungsversuche im Vorfeld von Bonn, das Protokoll zu retten, haben

Der Kyoto-Prozess geht weiter!

Das Protokoll muss nun umgesetzt werden.

von Ulrike Mehl, MdB

Ulrike Mehl ist Sprecherin der AG Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

seine zentrale Bedeutung für den globalen Klimaschutz deutlich gemacht. Die aktuellen Beschlüsse in Bonn, wonach die USA 32,5 % der insgesamt anrechenbaren Senken geltend machen können, landwirtschaftliches Management angerechnet werden kann und der Emissionshandel nicht durch Obergrenzen eingeschränkt worden ist, stellen für die USA eine offene Tür dar, da man damit auch deren ursprünglichen Forderungen weiter entgegengekommen ist. Es muss sich noch herausstellen, ob dieser Kompromiss der weiteren Öffnung von Schlupflöchern, der klimapolitisch als Katastrophe bewertet werden muss, nicht doch taktisch sinnvoll war, wenn er damit den USA den Beitritt erleichtert, denn sie allein sind für 36 % der Industrieländeremissionen verantwortlich.

Der Weg ist noch lang

Bei allem Optimismus sollte nicht vergessen werden, dass das Kyoto-Protokoll nur den ersten Teil eines langen Weges festlegt. Seine Umsetzung stellte bisher gerade mal die Reduktion der Treibhausgase um 5,2 % bis 2012 sicher. Mit dem Bonner Beschluss wird es in der ersten Reduktionsperiode bis 2012 voraussichtlich nur zu einer Stabilisierung der Emissionen der Industrieländer kommen. Danach wird es also noch intensiver weitergehen müssen. Dazu gehört dann auch die Einbeziehung der Emissionen des Luftverkehrs sowie aus den Schifffahrtstreibstoffen. Insbesondere die dynamische Entwicklung des Luftverkehrs wird große Teile der Anstrengungen im Klimaschutz wieder auffressen.

Wir müssen bis 2050 gegenüber 1990 eine Reduktion der Treibhausgase in einer Größenordnung von 80 % bewerkstelligen.

Dies kann ökologisch nachhaltig nur durch einen Umbau der Energiewirtschaft, d.h. drastische Effizienzsteigerungen, konsequentes Energiesparen und die Umstellung auf Erneuerbare Energien erreicht werden. Investitionen in effiziente Technologien rechnen sich, der Weg über niedrigste Energiepreise ist eine Sackgasse nicht nur für den Klimaschutz. Langfristig laufen aber diejenigen Industriestaaten, die sich auf den Emissionshandel und Senkenaktivitäten beschränken möchten, Gefahr, den Prozess der Energiewende und des Ausbaus moderner, energieeffizienter Technologien im eigenen Land zu verpassen, der letztlich für den globalen Klimaschutz

unerlässlich ist. Die drei Ziele Sparen, Effizienz, und das Setzen auf Erneuerbare Energien werden langfristig immense technologische Innovationen anstoßen und damit die wirtschaftliche Stabilität unterstützen.

Die Bundesregierung hat die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll von Beginn an ernstgenommen und ein anspruchsvolles Nationales Klimaschutzprogramm verabschiedet, das auch langfristige Perspektiven enthält. Es muss nun darum gehen, das Programm konsequent umzusetzen.

Das Kyoto-Protokoll als Umsetzungs-instrument

In Kyoto gelang es erstmals nach heftigem Ringen ein Protokoll zu beschließen, das rechtsverbindlich zu einer Begrenzung der Treibhausgasemissionen führen sollte. Erstmals wurden Zahlen genannt und Instrumente formuliert. Alle Industrieländer verpflichteten sich entsprechend ihren Möglichkeiten, im eigenen Land Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen zu unternehmen.

Als Dreh- und Angelpunkt gelten die CO₂-Senken. Dies sind die natürlichen, temporären Speicher für CO₂, die durch den Photosyntheseprozess von pflanzlichen Organismen und Bakterien angelegt werden oder durch physikalische und chemische Prozesse der Lösung in Böden und Wasser entstehen. Auf deren Anrechnung haben schon 1997 in Kyoto Länder wie die USA, Neuseeland, Australien und Norwegen bestanden. Offen war geblieben, welche Art von Senken zugelassen werden sollen und in welcher Form die Anrechnung überhaupt möglich ist und wie sie kontrolliert werden kann. Im Bonner Beschluss wurde eine weitgehende Anrechnung von Senken festgelegt, die einigen Ländern die erhebliche Möglichkeiten eröffnen, ihre Reduktionsverpflichtungen über Senkenaktivitäten zu erreichen. Als sehr positiv ist der Ausschluss von Atomkraftprojekten aus den „flexiblen Mechanismen“ und die Begrenzung von Senkenprojekten im Rahmen von gemeinsamen Klimaschutzprojekten zu bewerten. Leider gehört zum Kompromiss auch, dass nur noch ein „signifikanter Anteil“ der Reduktionen im eigenen Land erbracht werden soll. Die Frage ist, was ist ein signifikanter Anteil?

Die Möglichkeiten der Anrechnung der in Wäldern gebundenen Kohlenstoffmengen, von Maßnahmen im Bereich der Acker- und Grünlandbewirtschaftung und der Ödlandbegrünung

sowie die Anrechnung von (Wieder-)Aufforstungsprojekten in Entwicklungsländern eröffnen zudem weitere riesige Schlupflöcher, weil es bis jetzt keine wissenschaftlich exakten Methoden zur Berechnung von CO₂-Assimilationsmengen von ganzen Wäldern oder Böden gibt.

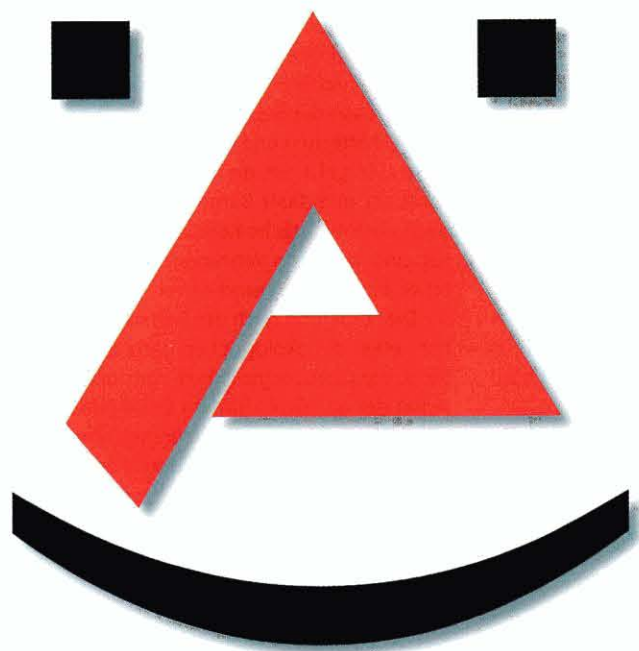
Die USA streben seit jeher eine möglichst kostengünstige Umsetzung der beschlossenen Reduktionsverpflichtungen durch eine uneingeschränkte Anwendung der flexiblen Mechanismen an, d.h. durch Senkenanrechnung, Klimaschutzprojekte vor allem in Osteuropa und in den Entwicklungsländern und durch Emissionshandel. Sie haben damit vorrangig die kurzfristig wirkenden ökonomischen Vorteile im Auge, da Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Land höhere Kosten bedeuten. Die Entwicklungsländer sind darüber hinaus sehr daran interessiert, energieeffiziente Technologien günstig zu beziehen.

Tatsächlich ist es ihnen gelungen Regelungen für Sanktionen durchzusetzen, indem nicht erfüllte Reduktionsraten auf die folgende Verpflichtungsperiode übertragen und um den Faktor 1,3 erhöht werden. Das betroffene Land muss einen Erfüllungsplan vorlegen und verliert ausserdem das Recht, an den „flexiblen Mechanismen“ teilzunehmen. Leider entscheidet sich erst in Marrakesch auf dem kommenden Klimagipfel in diesem Herbst ob die Erfüllungskontrolle rechtlich bindend sein wird.

Europa muss Vorreiter sein

Für Deutschland und die Europäische Union stand die Wahrung der Integrität und der Glaubwürdigkeit des Protokolls im Mittelpunkt der Verhandlungen. Es ist gelungen, den Klimaschutz zu einer für alle Vertragsstaaten verbindlichen Aufgabe zu machen, die langfristig zu einer echten und weitreichenden Reduktion der Treibhausgase führt.

Da die USA wie angekündigt dem Protokoll ferngeblieben sind, ist es um so wichtiger, dass die Staaten der Europäischen Union nun zügig das Protokoll ratifizieren. Nur durch eine demonstrative Vorleistung kann die EU andere Länder mitziehen und Vertrauen bei den Entwicklungsländern wecken, damit auch diese zukünftig klimapolitische Anstrengungen übernehmen. Wir brauchen eine starke europäische Union, die sich nicht von den amerikanischen Interessen abschrecken lässt, sondern selbstständig entlang der europäischen Interessen agiert. **Forum DL21**



Lesen Sie in unserer aktuellen Ausgabe:

**FRIEDHELM HENGSBACH
UND AXEL BOHMEYER:**
Vollbeschäftigung?
So einfach ist das nicht

CLAUS LEGGEWIE:
**Rotgrün und das Unbehagen
an der Globalisierung**

SUSANNE LEINEMANN:
**Innere Einheit nur mit
der PDS?**

FRANK BÖSCH:
Warum die Mitte weiblich ist

MIRIAM HOFFMEYER:
Börsencrash und Literatur

ERIC GUJER:
**Deutschland, die unsichere
Großmacht**

Jetzt Probeheft bestellen:
Telefon 030.25594-130,
Telefax 030.25594-199
E-Mail vertrieb@b-republik.de

**BERLINER
REPUBLIK**

Jobs für alle?

Die Debatte um die Zukunft der Arbeit geht erst los

JA, ICH BESTELLE:

- das Jahresabo* der Berliner Republik zum Preis von 58,- DM frei Haus und erhalte eine exklusive Buchprämie
- das Studentenjahresabo* der Berliner Republik zum Preis von 48,- DM frei Haus (bitte Nachweis beilegen)
- die aktuelle Ausgabe zum Preis von 9,80 DM zzgl. Porto und Verpackung
- ein kostenloses Probeheft

* Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Zahlungsweise Rechnung Bankeinzug

Name/Vorname

Datum/1. Unterschrift

Straße/Nr.

Geldinstitut

PLZ/Ort

BLZ/Kontonummer

Telefon/Telefax/E-Mail

Datum/2. Unterschrift

Bildung forever?

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Horst Peter, Gesa Rünker und
Reinhold Rünker

Bildungspolitik ist inzwischen dabei, aus der Nische der Fachpolitik herauszuwachsen und zu einem gesellschaftspolitischen Schlüsselthema zu werden, in dem sich die großen gesellschaftlichen Konfliktlinien bündeln.

Im Zeichen der Diskussion um Informations- und Wissensgesellschaft wird Bildung zur entscheidenden Produktivkraft. Dabei erleben wir den Wettlauf der großen Kapitalien sich die Wissenspotentiale des Einzelnen und das geistige Eigentum anzueignen. Bei diesem Wettlauf werden gesellschaftliche Regulierungen des Arbeitsprozesses als Hemmnis empfunden. Dieser Wettbewerb, der die bildungspolitische Debatte in Deutschland erreicht, hat, wie das Beispiel der Green-Card für Computerspezialisten zeigt, internationale Dimensionen. Vor allem über die Bertelsmann-Stiftung und die Max-Planck-Gesellschaft werden über internationale Vergleiche von Schülerleistungen und Propagierung angelsächsischer Praxis des Wettbewerbs zwischen Schulen Marktelemente in die bildungspolitische Diskussion eingebracht, bis hin zu Forderungen nach Privatisierung des Bildungswesens.

Der gesellschaftliche Wandel mit den Tendenzen zur Individualisierung und Flexibilisierung in Richtung auf ein „proteisches Menschenbild“ (vgl. Schwerpunkt spw-Heft 120) mit den zu hinterfragenden Begriffen des „Unternehmers seiner eigenen Fähigkeiten“ oder des „Arbeitskraftunternehmers“ werfen die Frage

nach den angemessenen Formen des Lernens auf, die autonome Entscheidungen des Individuums im gesellschaftlichen und beruflichen Kontext der Arbeitswelt ermöglichen. Welches sind die allgemeinen Wertorientierungen des Lernens in der Schule und welches

sind die organisatorischen Rahmenbedingungen des Lernens in der Schule, wie beantwortet sich in diesem Zusammenhang die Frage nach Qualität und Leistung, die sich an Gesellschaftlichkeit und Solidarität des Individuums orientiert.

Im Rahmen eines Modells nachhaltiger Entwicklung stellen sich für alle Gesellschaften die Fragen nach der Ent-

faltung der Lernpotentiale aller Menschen als Teil des natürlichen Reichtums einer Gesellschaft.

Das Bildungswesen wird sich unter dem Gesichtspunkt nachhaltiger Entwicklung daran messen lassen, inwieweit es gelingt, die Lernpotentiale aller Mitglieder der Gesellschaft zu erschließen und zu entfalten. Das muss erfolgen auf der Basis des Rechts aller auf den höchsten Stand der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Erkenntnisse zu lernen. Es geht um die volle Entfaltung der Persönlichkeit künftiger mündiger BürgerInnen, die gleichzeitig ökologisch verantwortliche KonsumentInnen und ProduzentInnen sind mit einem Verständnis von Arbeit als gesellschaftlicher, ökologischer produktiver Tätigkeit.

Die Forderung nach der Entfaltung aller Lernpotentiale hat neben der ökologischen ganz besonders eine soziale Seite, die Chancengleichheit zum unverzichtbaren Kernpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung macht. Zu diesem Verständnis von Chancengleichheit gehört die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Förderung gerade auch für diejenigen, die diese Förderung zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten in besonderem Maße benötigen. Dazu ist der effiziente Einsatz gesellschaftlicher Mittel erforderlich. „Integration“ – sowohl als pädagogisches als auch als soziales Prinzip – ist unserer Einschätzung nach ein geeigneter Leitbegriff, Menschen mit unterschiedlichen Lernhintergründen gleichberechtigt in Bildungsangebote einzubeziehen (vgl. Jobelius u.a. 1999)

Daraus ergibt sich die Frage, ob die Struktur des Bildungswesens vom Kindergarten über Schule, Hochschule bis zur Weiterbildung diesen Ansprüchen genügt. Dazu müssen Fragen nach der Verschwendung und falschen Gewichtung des Einsatzes von Ressourcen gestellt werden: Beispielsweise ist zu fragen, was kostet die Gesellschaft ein Schulabbrecher, Sitzbleiber, Studienabbrecher, oder wie ineffizient ist es, wenn Bildungsgänge zertrennt werden oder nacheinander erfolgen, was untereinander verzahnt werden kann wie allgemeinbildende und berufsbezogene oder wissenschaftspropädeutische Bildungsgänge? Oder was kostet es schließlich die Gesellschaft, wenn Stress und Überforderung den Lehrberuf zu einem Beruf mit einer überdurchschnittlichen Häufigkeit von Krankheit und vorzeitiger Berufsunfähigkeit machen.

Hinzu kommt das immerwährende Problem, in wie weit Bildungspolitik die Balance halten kann zwischen der Notwendigkeit die Voraussetzung zur Erwerbsarbeit immer wieder herauszubilden, andererseits aber auch die persönliche (kulturelle, soziale) Entfaltung des Individuums zu fördern. Wurde in der sozialistischen Bildungstheorie zuweilen der letzte Aspekt in der Suche nach dem sozialistischen neuen Menschen überbetont, droht derzeit auch in der linken Debatte eine Reduktion von Bildung auf seine Verwertungsmöglichkeit. Der „proteische Mensch“, den Westphal/Neumann in der letzten spw beschrieben haben, darf deshalb auch nicht als Wunschbild linker Politik verstanden werden, vielmehr handelt es sich hier um den Versuch, ein Bild des „Gesamtarbeiters“ der new economy zu zeichnen, der Subjekt bildungspolitischer Anstrengungen ist. „Kollege Proteus“ ist Resultat eines stattgefundenen Bildungsprozesses, der nicht die kritische Reflexion zum Inhalt hatte, sondern die kapitalistische Verwertung zum orientierenden Prinzip gemacht. Diesem Prinzip die Logik einer auf Chancengleichheit und Nachhaltigkeit ausgerichteten Bildungspolitik entgegenzusetzen (ohne dabei die Verwertungsnotwendigkeit zu vernachlässigen), dürfte eine der zentralen Herausforderung für die Linke darstellen

Horst Peter, Mitherausgeber der spw und Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, lebt in Kassel
Gesa Rünker, Journalistin, lebt in Leichlingen
Reinhold Rünker, Organisationsberater, Mitglied der spw-Redaktion, lebt in Leichlingen

Aus diesen Grundtendenzen ergeben sich konkrete bildungspolitische Handlungsfelder.

Die Bildungswelle der 70er Jahre mit ihrem beachtlichen Erfolgen war in ihren Strukturen auf die alte Industriegesellschaft mit ihrem starken Anteil an FacharbeiterInnen und abhängig Beschäftigten ausgerichtet. Der gesellschaftliche Wandel hin zur elektronisch gestützten Globalisierung der Ökonomien verlangt in der Bildung nach anderen Akzenten. Verlangt ist von der einzelnen Arbeitskraft wesentlich mehr Selbstständigkeit, Selbstorganisation und Persönlichkeit. Das heißt, die Globalisierung verlangt möglichst viele selbstbewusste Persönlichkeiten mit einem möglichst hohen Bildungsniveau. Nur fachliche Bildung und Ausbildung genügen nicht mehr. Man braucht Persönlichkeit. Die voll entfaltete Einzelpersönlichkeit in möglichst großer Zahl wird in den künftigen ökonomischen Entwicklungen zum wichtigsten gesellschaftlichen und ökonomischen Faktor. Wenn die new economy tatsächlich Vorbote eines Wandels kapitalistischer Weltökonomie ist, dann ändert sich tendenziell die Form der gesellschaftlichen Wertschöpfung in Richtung der Erzeugung individueller und individualisierbarer Werte. Man verkauft immer weniger seine Arbeit an Unternehmen, um seinen Lohn zu realisieren, sondern man produziert vernetzte Einzelleistungen und muss diese an den Märkten realisieren, wirtschaftlicher Erfolg und Misserfolg werden auf den Einzelnen zurück verlagert.

Für jedeN EinzelneN ändert sich dadurch die bisherige Balance zwischen arbeiten, wirtschaften und leben. Die Arbeit bzw. die Verantwortung für sie kommt „nach Hause“ zurück. Jedem Individuum wird die komplizierte Aufgabe übertragen, „seine Balance“ für die Einheit von Arbeit, Wirtschaft und Leben herzustellen. Dazu muss er/sie Persönlichkeit haben und sein.

Die heutigen Leistungskriterien in Schule und Hochschule sind viel zu sehr an den Qualitätsnormen der alten Industriegesellschaft und ihrem sehr hohen Anteil an abhängiger Erwerbsarbeit, mit funktionierenden Arbeitsmärkten und hohem industriell-kollektivem Organisationsgrad orientiert. Gefragt ist jetzt die Ausbildung zur handlungsfähigen Einzelpersönlichkeit als Schlüsselaufgabe der Bildung in der modernen Gesellschaft. Die Diskussion um Qualitätsstandards macht nur dann Sinn, wenn Bildung zur Einzelpersönlichkeit zentraler Bestandteil der Ziele aller Bildungseinrichtungen wird, sie müssen alle zu „Häusern des Lernens“ werden. Deshalb hat jede einzelne Schule ihre pädagogische Verantwortung selbst zu übernehmen.

Für Deutschland bedeutet das auch die Notwendigkeit, die geteilten Bildungsgänge des dreigliedrigen Schulsystems zu einer einheitlichen Schule für die Sekundarstufe I zusammenzuführen. Inzwischen erweist sich die Trennung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium international als nicht wettbewerbsfähig und den neuen Anforderungen nicht mehr gewachsen – als echt antiquiert.

Gegenüber den Forderungen, der Staat und seine Einrichtungen sollten sich aus den Bildungs- und Ausbildungswesen zurück ziehen und mehr Aufgaben des „freien“ privatwirtschaftlichen Trägern zu überlassen, gilt es Widerspruch zu organisieren. Mag auch unter ergebnisorientierten input-output-Kriterien Kritik an staatlichen Einrichtungen begründet sein, so ist der bildungspolitische Grundsatz „gleiche Bildungschancen für alle“ nur durch Staat und Gesellschaft zu garantieren. Die Privatisierung wird zwangsläufig die Qualität der Ausbildung von der Zahlungsfähigkeit abhängig machen. Es ist Aufgabe staatlicher Bildungspolitik dem entgegen zu wirken und für ei-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



nigermäßen gleiche, demokratische und gerechte Lebenschancen zu sorgen. Hier ist die Brücke zwischen Bildungspolitik und sozialstaatlicher Politik.

Für unseren Diskussionsbeitrag heißt das: individuelle existenzsichernde Förderung nach Ende der Sekundarstufe I. Aufbau einer Förderinfrastruktur auf regionaler Ebene, die durch Zusammenführung unterschiedlicher Finanzströme zu regionalen Bildungsfonds auf der untersten Ebene für den erforderlichen sozialen Ausgleich sorgen soll. Unsere Gesellschaft kann sich keine Gruppe von Kellerkindern des Bildungssystems leisten, die von Arbeits- und Lebenschancen abgeschnitten sind. Linke Bildungspolitik muss verstärkt jene Menschen in den Blick nehmen, deren Ausbildungssituation in der Sackgasse steckt: Ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung, ohne Berufsperspektive ist es schwer, eine selbstbewusste Persönlichkeit zu entwickeln. Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts stellt zudem hohe Anforderungen an die Flexibilität des Individuums. Die Notwendigkeit, lebenslang zu lernen, resultiert aus dieser Beobachtung. Dass jemand im Zielberuf der ersten Ausbildung bis zur Rente arbeitet, ist schon heute nicht mehr die Regel und wird künftig die große Ausnahme sein. Damit „lebenslanges Lernen“ keine inhaltsleere Phrase bleibt, reicht es nicht aus, Aus- und Fortbildung sowie theoretische und praktische Bildung stärker miteinander zu verknüpfen. Ein solches Konzept erfordert vielmehr auch eine völlige Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Notwendig werden solidarisch finanzierte Auszeiten oder Sabbatjahre, in denen Menschen sich neue berufliche Qualifikationen aneignen oder einfach auch „nur“ die individuelle Entfaltung und Regeneration in den Vordergrund stellen. Und das darf eben nicht nur für die „Bildungselite“ Gültigkeit besitzen, sondern muss ein durchgängiges Prinzip fortschrittlicher Beschäftigungs- und Bildungspolitik des 21. Jahrhunderts werden. spw

Literatur:

- Klaus Moegling/Horst Peter, Nachhaltiges Lernen in der politischen Bildung. Lernen für die Gesellschaft der Zukunft, Opladen 2001
- Sebastian Jobelius/Reinhold Rünker/Konstantin Vössing, Bildungsoffensive – Reformperspektiven für das 21. Jahrhundert, Hamburg 1999

Bildungspolitik am Ende der Moderne

Von Ingrid Lohmann

Für den Zusammenhang zwischen neuen Technologien und Bildungspolitik gehe ich von dieser These aus: Die Auseinandersetzung um den Zugang zum Wissen wird seit Beginn der kapitalistischen Moderne geführt, und diese Auseinandersetzung ist auch die zentrale Problematik in der „Informationsgesellschaft“ (vgl. Lohmann 1999). Das historisch neue Moment besteht heute darin, dass sich die gesellschaftliche Situierung von Bildung und Wissenschaft grundlegend ändert. Dazu zunächst ein kurzer

Rückblick

Zu Beginn der Moderne – man denke an die Gründung der Universität Berlin und die preußische Bildungsreform zu Zeiten Wilhelm von Humboldts – bestand der Zweck der Etablierung öffentlicher Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen darin, eine *relative Autonomie* der einzelwissenschaftlichen und philosophischen Erkenntnisentwicklung gegenüber den bestehenden – als rückständig wahrgenommenen – gesellschaftlichen Praxisbereichen zu gewährleisten. Das bedeutete vor allem eine relative Autonomie gegenüber den gegebenen *ökonomischen* Verhältnissen, denn die Leistungsfähigkeit der preußischen Wirtschaft war vor allem im Vergleich mit England deutlich im Hintertreffen.

Die überkommenen Stätten der Gelehrsamkeit und Wissenstradierung, die noch unter dem Dach der Theologie und einer postmittelalterlichen Latinität sowie der Ständeordnung standen, wurden abgeschafft bzw. in Institutionen der Bildung und säkularen Wissenschaft transformiert. Die Neugründung der Universität in Berlin stand exemplarisch für die neue Wissensauffassung, welche die Schaffung einer modernen bürgerlichen Gesellschaft ideologisch vorbereiten, beschleunigen und begleiten sollte.

Allgemeinheit wurde den neuen Einrichtungen zugesprochen, weil sie sich auf die Entwicklung einer modernen, nationalstaatlich verfaßtenverfassten *Gesamtgesellschaft* bezogen – und nicht auf die ideelle Reproduktion einzelner Stände; *Öffentlichkeit* wurde ihnen zugesprochen, weil sie auf die Konstituierung der (noch zu schaffenden) bürgerlichen Öffentlichkeit bezogen waren; und um ihnen die notwendige Unabhängigkeit von den rückständigen ordnungspolitischen Strukturen des alten Regimes zu verschaffen, wurden sie in einen „Zweig der staatlichen Verwaltung“ transformiert. Dieser letztere Aspekt war zugleich rückgebunden an die beiden vorgenannten – Allgemeinheit und Öffentlichkeit –, die man durch eine *staatli-*

che Verwaltung am ehesten zu garantieren hoffte. Das alles wurde in die Wege geleitet zu Zeiten und als wesentlicher Bestandteil der Stein-Hardenbergschen Reformen, ab 1808. Sie sind – was die Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung einer modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft betrifft – für Preußen mit Recht als Äquivalent zur Französischen Revolution bezeichnet worden.

Der Bildungsbegriff – z.B. Humboldtscher und Schleiermacherscher Prägung – beinhaltete den Kern der neuen Wissensauffassung, alle ihre entscheidenden konzeptionellen Momente: Der neue Wissenstypus sollte, *erstens*, auf herbeizuführende *künftige* Gesellschaftsstrukturen und Ordnungsprinzipien bezogen sein. Dafür war eine entsprechende, wie man sagen könnte: ethische Durchfärbung des Wissens im Sinne der zu schaffenden bürgerlichen Gesellschaft unerlässlich („Gesinnung“). Der neue Wissenstypus musste, *zweitens*, vor allem auch aus der unmittelbaren Indienstrafe für die Ökonomie herausgehoben werden – denn alles andere hätte bedeutet: Beschränkung der Wissensentwicklung auf die alte Gesellschaft samt der rückständigen Erwerbs- und Produktionszweige des spätfudal-ständischen Preußen („Kenntnisse und Fertigkeiten“; Mathematik und Sprachen als Wissen verallgemeinernde Zeichensysteme).

Der Bildungsbegriff besagte, dass das (männliche) Individuum mit einem Set jener Kenntnisse, Fertigkeiten und Gesinnung – eben Bildung – auszustatten war, das es ihm ermöglichte, sich an der Konstituierung der politischen Sphäre der Moderne – und vermittelt dieser an der Schaffung der neuen Gesellschaft insgesamt – zu beteiligen. Grundgedanke dabei war, dass auf diesem Wege insbesondere die rückständigen ökonomischen und politischen Verhältnisse so rasch wie möglich überwunden bzw. in die Ordnungsstrukturen einer modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft transformiert würden. Durch die erworbene allgemeine Bildung, wie immer elementar sie aus Geldnot blieb oder andererseits mit dem Universitätsstudium gekrönt wurde – würde jeder einzelne sein Teil zur Herstellung dieser neuen Strukturen beitragen können, sei es als leitender Staatsbeamter, als Kaufmann oder Fabrikbesitzer, als freier Bauer oder Lohnarbeiter. Er würde in jede Tätigkeit, der er zum Zweck des Erwerbs und Lebensunterhalts nachging, nach Kräften die (wissensförmigen und ethischen) Gestaltungsprinzipien der neuen Gesellschaft hineinnehmen und den Tätigkeitsinhalt selbst dadurch allmählich umwandeln. Soweit zum Grundgedanken des Konzepts.

Zugleich muss man sagen, dass der klassische Bildungsbegriff sämtliche Schleier reproduziert, die die kapitalistische Moderne über die – in ihren ökonomisch-politischen Grundstrukturen inkorporierten – Klassenbeziehungen legt. Dies gilt insbesondere für die Differenz in der Stellung der formaljuristisch gleichgestellten Staatsbürger gegenüber den Produktionsmitteln, für die Differenz zwischen Eigentümern und Nichteigentümern. Noch so viel Bildung eines Lohnarbeiters (oder Hochqualifizierung eines *knowledge workers*) ändert nichts an der Tatsache, dass aus der Verausgabung seiner Arbeitskraft Mehrwert abgeschöpft wird.

Wir wissen heute, dass jenes Grundmodell des klassischen Bildungsbegriffs – im selben Maße, wie das Bürgertum seine historisch progressive Rolle verlor, einen Klassenkompromißklassenkompromiss mit der Aristokratie schloss und sich gegen das entstehende Proletariat abschottete – zu einem Mittel der Machtausübung und ideologischen Herrschaftssicherung der Bourgeoisie verkam.

Die Auseinandersetzung um den Zugang zum Wissen ist die zentrale Problematik in der „Informationsgesellschaft“

Transformation von Bildung

Heute, in der zu Ende gehenden Moderne, wird der Ideologiecharakter des Bildungsbegriffs kritisiert, aber nicht, um die bisher als bildungspolitisches Ziel immer nur reklamierte, dabei stets auf Modernisierungserfordernisse beschränkte „Chancengleichheit“ endlich zu verwirklichen. Ziel der neoliberalistischen Umdefinition des Bildungsbegriffs und mithin der dominanten Bildungspolitik ist – weltweit – vielmehr die Transformation von Bildung in kreditgetriebene Eigentumsoperationen mit Wissen als Ware, d.h. die Subsumtion von Bildung unter die Gesetze des kapitalistischen Marktes. Dabei werden die für den klassischen Bildungsbegriff charakteristischen Elemente eliminiert, nämlich

- die ideelle, ethisch fundierte Vorwegnahme erstrebenswerter, *künftiger* gesellschaftlicher Verhältnisse im Bezug des Wissens auf die gemeinsame Sphäre des *Politischen* (bei Schleiermacher „das politische Verhältnis von Regierenden und Regierten“),
- die relative Autonomie des Wissens gegenüber dem *Gegebenen*, an das Bildung ja eben gerade nicht kurzschlüssig utilitaristisch-anwendungsbezogen rückgebunden wurde, wie im klassischen Modell aus den angedeuteten Gründen insbesondere für die Transformation der *Ökonomie* entscheidend war,
- die Seite der *formalen Allgemeinheit* des Wissens, die erforderlich ist, um den Handlungs- und Entwicklungsspielraum für die je individuelle Tätigkeit, bei der Wissen und Gesinnung (also Bildung) zum Einsatz kommen, nicht vorab auf bestimmte Einsatzbedingungen einzuschränken und damit die Zukunftsorientierung bildungsgeleiteten Handelns zu verstellen.

Die Auseinandersetzung um diesen letzteren Aspekt ist ambivalent, weil die formale Allgemeinheit des Wissens auch für flexiblen Kapitaleinsatz unter sich rasch wandelnden Marktbedingungen erforderlich ist. Heute geschieht etwas Neues, das mit einer Weiterentwicklung der klassischen modernen Bildungskonzeption auf den ersten Blick wenig gemein hat:

Bei der Transformation von Bildung in *Eigentumsoperationen mit Wissen als Ware* (vgl. Lohmann 2000) wird Wissen aus dem ursprünglich modellhaft vorgesehenen Bezug zur politischen Gestaltung der Gesamtgesellschaft herausgenommen und unter eine quasi einzelbetriebliche Rationalität der Mittelbewirtschaftung subsummiert. Dabei wird einerseits mit der Situierung von „Bildung“ unmittelbar im Ökonomischen der ideologische Schleier entfernt, den die Moderne mit Konzepten wie „staatsbürgerlich-rechtliche Gleichheit“ über die ökonomisch-klassenbedingte, strukturelle Ungleichheit legte. Andererseits wird in der an die Stelle tretenden Ideologie des „freien Marktes“ – auf neue Art – verschwiegen, dass die einzelnen mit sehr ungleichen Eingangsvoraussetzungen ins sogenannte Marktgeschehen eintreten. Künftig wendet jeder einzelne – oder seine Eltern für ihn – nur soviel für Wissenserwerb auf, wie er an Belastungen aus Zins- und Kreditabzahlung auf sich nehmen kann und will.

Parallel zur Eliminierung des Bezugs von Wissen auf die gesamtgesellschaftlich-politische Sphäre und der hierauf bezogenen *ethischen* Aspekte gibt es eine Renaissance der unmittelbar nützlichen, anwendungsbezogenen Aspekte von Wissen. Dies erinnert in vielem an die bürgerlich-„realistische“ Wissensauffassung des 18. Jahrhunderts – heute ergänzt um den Aspekt des „sich Rechnens“, der Rendite. Diese Transformation lässt „Bildung“ zu einem Moment tauschwertbestimmter, abstrakter Arbeit werden – mit all

den Entfremdungserscheinungen, wie sie bisher mit abstrakter Arbeit schon immer, mit (allgemeiner) Bildung, fürs Bürgertum jedenfalls, bisher nur am Rande verbunden war. „Abstrakte Arbeit“: das ist die *nicht* vom individuellen Bedürfnis nach Selbstentfaltung, sondern von der Not des Lebensunterhalts getriebene.

„Reform“ der Hochschulen

Nicht nur für den schulischen Bereich, auch für die Entwicklung in den Universitäten machen Erfahrungen aus den USA die Richtung deutlich, in die auch in Deutschland die „Reform“ der Hochschulen zielt. Die gegenwärtigen Debatten über Hochschulreform sind Wegbereiter einer Kommerzialisierung öffentlicher Bildung und Wissenschaft im Interesse privater Wirtschaftsunternehmen. Ein Beispiel (vgl. Lohmann 2001a):

Mitglieder der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Berkeley in Kalifornien stellten unlängst die Ergebnisse einer Untersuchung vor, deren Gegenstand das umstrittene Abkommen zwischen der Universität Berkeley und dem Schweizer Pharmakonzern Novartis (vormals Sandoz) ist. Der entsprechende Vertrag wurde im November 1998 geschlossen. Novartis ist einer der weltweit führenden Hersteller pharmazeutischer Produkte und genetisch veränderter Nutzpflanzen. Gemäß diesem Vertrag erhält das *Institut für Pflanzen und Mikrobiologie* der Universität 25 Mill. US \$ Forschungsmittel von Novartis; im Gegenzug gewährt die Universität dem Konzern das Erstrecht zum Erwerb von Lizenzen über ein Drittel der vom Institut gemachten Entdeckungen – einschließlich jener, die auf der Basis öffentlicher Gelder zustande gekommen sind. Ferner hält Novartis zwei von fünf Sitzen im Forschungskomitee des Instituts, welches über die Vergabe der Mittel entscheidet.

Dass Universitäten von Privatunternehmen unterstützt werden, ist in den USA seit längerem nicht unüblich. Dass jedoch ein einziger Konzern ein Drittel des gesamten Forschungsetats einer Abteilung einer öffentlichen Universität bereitstellt und dafür die genannten Rechte bekommt, hat zu einigem Aufruhr geführt. Die kurz nach dem Vertragsschluss gegründete Initiative *Students for Responsible Research* kritisiert, dass das Abkommen „in direktem Gegensatz zu unserer Aufgabe als öffentliche Universität“ stehe (zit.n. Press/ Washburn 2000). Die Studierendenzeitung *Daily Californian* veröffentlichte eine Artikelserie über die Privatisierung der Universitäten, und eine Gruppe öffentlicher Repräsentanten schrieb in einem Offenen Brief an den Präsidenten der Universität, Robert Berdahl, dass die Allianz mit dem Pharmakonzern eine akademische Institution disqualifiziere, die bisher im besten Ruf objektiver wissenschaftlicher Forschung gestanden habe. Dagegen forderte der zuständige Dekan das wissenschaftliche Personal der Fakultät auf, gegenüber der Presse Stillschweigen zu bewahren und alle Anfragen ans Pressebüro der Universität zu verweisen.

Die Mitglieder des Instituts sind über die Vereinbarung mit Novartis zutiefst zerstritten; 41 Prozent akzeptieren sie, mehr als die Hälfte sind dagegen der Auffassung, dass sie erhebliche negative Auswirkungen auf die Freiheit der Forschung habe und die Verpflichtung der Universität zu gemeinwohlorientierter Forschung untergrabe. Mehr als 60 Prozent befürchten, dass das Abkommen freien Austausch

Noch so viel Bildung eines Lohnarbeiters ändert nichts an der Tatsache, dass aus der Verausgabung seiner Arbeitskraft Mehrwert abgeschöpft wird.

und Diskussion wissenschaftlicher Forschungsergebnisse beeinträchtigt. Ein Mikrobiologe, der vorher bei Novartis tätig war, beschreibt die Folgen so: „Die meisten, die mich nach Berkeley geholt haben, und meine engsten Kollegen sind Mitglieder des Instituts für Pflanzen und Mikrobiologie. Jetzt ist es so, dass möglicherweise alles, was ich ihnen sage, Novartis hinterbracht wird. Also spreche ich nicht mehr mit ihnen. Wenn ich eine gute Idee habe, behalte ich sie für mich“ (zit. n. Press/ Washburn 2000). Den Kritikern des Vertrags hält der Dekan des ebenfalls beteiligten *College of Natural Resources* entgegen: „Ohne moderne Laboreinrichtungen und den Zugang zu kommerziell entwickelten Datenbanken [...] können wir weder erstklassige Graduiertenausbildung noch die Grundlagenforschung gewährleisten, die zu den Aufgaben der Universität gehört“ (zit. ebd.).

Tatsächlich ist der staatliche Anteil am Budget der Universität Berkeley in den letzten zwölf Jahren von 50 auf 34 Prozent gesunken. Im Gegenzug drängen private Sponsoren in die Hochschulfinanzierung; ihr Anteil an der Finanzierung der kalifornischen Universitäten stieg zwischen 1985 und 1995 von 850 Mill. auf 4,25 Mrd. US \$. Und immer häufiger sind damit Bedingungen verknüpft, wie z. B. Stiftungsprofessuren, deren InhaberInnen einen Teil des Lehrdeputats in der Weiterbildung für die Beschäftigten der drittmittelgebenden Privatwirtschaft erbringen

müssen – mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Lehre.

Den Anfang dieser Entwicklung markiert der *Bayh-Dole Act* von 1980. Dieses Gesetz eröffnet den US-Universitäten die Möglichkeit, öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse privat zu bewirtschaften, indem

sie diese zum Patent anmelden. Der *Bayh-Dole Act* war im US-Kongress von Anfang an umstritten; Kritiker wenden ein, dass die Vergabe der Rechte aus öffentlich finanzierter Forschung an Konzerne den Ausverkauf der Wissenschaft bedeutet. Befürworter loben das Gesetz als visionäres Beispiel vorbildlicher Industriepolitik im Informationszeitalter. Parallel zur Steigerung der privatfinanzierten Forschung ist zwischen 1980 und 1998 die Zahl der von Universitäten produzierten Patente von 250 auf 4800 pro Jahr gestiegen. Diese Zahl beziffert nicht nur die wachsende Profitabilität universitärer Wissenschaft, sie beziffert auch das Ausmaß, in dem diese in ihrer Bildungsaufgabe ebenso wie in ihren akademischen Standards und Idealen inzwischen der Profitwirtschaft subsummiert ist. Nicht wenige ProfessorInnen besitzen heute Aktien eben jener Konzerne, die ihnen ihre Forschungen finanzieren; und sie betreiben Zentren für Technologietransfer, über die sie ihr geistiges Eigentum aggressiv vermarkten (Press/ Washburn 2000; vgl. Miyoshi 2000).

Änderungen der Hochschulform zielen heute auch in Deutschland in erster Linie auf die beschleunigte Transformation der Universitäten in verlängerte Werkbänke transnationaler Konzerne nach US-Vorbild. Eben darin sieht der Rechtssoziologe Martin Böhnhold (2001) übrigens die Funktion des *Centrums für Hochschulentwicklung* (CHE) der Bertelsmann-Stiftung: in der Übernahme ehemals öffentlicher Zuständigkeiten für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich durch das große Kapital und seine Funktionen.

Der Kampf um Information

Eine qualitative Besonderheit des Gutes „Information“ besteht darin, dass die Information nicht verschwindet, wenn

sie konsumiert wird; sie ist für Produzenten wie Konsumenten und übrige potentiell Interessierte dann immer noch da. Deshalb ist es für die Internet-Ökonomie des *Kapitalismus* von entscheidender Bedeutung, Information zu einem knappen Gut zu machen, für welches die Konsumenten zu zahlen gezwungen werden. Je mehr die kapitalistische Ökonomie auf Wissen und Information als Produktionsfaktoren fußt, desto intensiver muss dafür gesorgt werden, die Zugänge zum Wissen zu kommerzialisieren.

Der kapitalistische Modus der Vergesellschaftung der IuK-Technologien steht der „Natur“ dieser Technologien diametral entgegen. Für die kulturelle Weiterentwicklung der neuen Medien ist es mithin sozusagen überlebenswichtig, sie dem Verwertungsgesetz zumindest in Teilen zu entziehen, z. B. *non-profit*-Bereiche zu erhalten. Heute tragen diejenigen, die sich am Erhalt oder der Wiedergewinnung von *non-profit*-Segmenten im Bereich der neuen Medien beteiligen, dazu bei, eine neue öffentliche, politische Sphäre zu erzeugen und damit die kollektive Verhandbarkeit der Zukunft der Weltwirtschaft als Möglichkeit offen zu halten. Für künftige Auseinandersetzungen um den Vergesellschaftungsmodus von Bildung und Wissenschaft wie auch um die Generierung neuer Konzeptionen von (globaler politischer) Öffentlichkeit sind der Erhalt und die Neuschaffung von Einrichtungen und Vorkehrungen also entscheidend, die die Kontrolle der Zugänge zu Wissen und Informationen seitens der Monopole verhindern oder zumindest merklich einschränken. Dazu könnten gehören:

- *neue* (und neu zu begründende) öffentliche Institutionen der Bildung und Wissenschaft, in denen das kulturelle Potential der Informations- und Kommunikationstechnologien über ihren gegenwärtig dominanten, ökonomistisch reduzierten Entwicklungsmodus hinaus erprobt und weiterentwickelt werden kann;
- die Entwicklung qualitativ hochwertiger online-Materialien für Studium, Lehre, Unterricht und Selbstlernen, die den ethischen Standards der *non-profit*-Bewegung folgen und diese weiterentwickeln;
- die Bereitstellung von Servern und Internetportalen in Nichteigentums- und Gemeineigentumsformen (z. B. Genossenschaften; vgl. dazu Krysmanski 2001, Meretz 2001, Schenk 2001).

spw

Literatur und Links (alle Links zuletzt im Juni 2001)

- Böhnhold, Martin: Die Bertelsmann Stiftung, das CHE und die Hochschulreform: Politik der „Reformen“ als Politik der Unterwerfung. In: Lohmann/ Rilling 2001.
- Krysmanski, Hans Jürgen: Cyber-Genossenschaften oder: die Assoziation freier Produzenten. In: Lohmann/ Rilling 2001, <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/s-texte/CyCoop-HH.htm>
- Lohmann, Ingrid: <http://www.bildung.com> – Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft. In: Ingrid Gogolin, Dieter Lenzen (Hrsg.): Medien – Generation. Beiträge zum 16. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Opladen 1999, S. 183-208 sowie in: UtopieKreativ 125 (2001), S. 205-219, <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/16DGFE.html>
- Lohmann, Ingrid: Bildung und Eigentum. Über zwei Kategorien der kapitalistischen Moderne. In: „... was es bedeutet, verletzbarer Mensch zu sein“, Erziehungswissenschaft im Gespräch mit Theologie, Philosophie und Gesellschaftstheorie. Helmut Peukert zum 65. Geburtstag. Herausgegeben von Sönke Abeldt, Walter Bauer, Gesa Heinrichs, Thorsten Knauth, Martina Koch, Holger Tiedemann, Wolfram Weiße. Mainz 2000, S. 267-276, <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/prop.htm>
- Lohmann, Ingrid: When Lisa Becomes Suspicious. Erziehungswissenschaft und die Kommerzialisierung von Bildung. In: Jahrbuch Pädagogik 2001: Zukunft. tbp Frankfurt am Main 2001 (a), <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/lisa.htm>
- Lohmann, Ingrid/Rilling, Rainer (Hrsg.): Die verkaufte Bildung. tbp 2001.

Für die kulturelle Weiterentwicklung der neuen Medien ist es überlebenswichtig, sie dem Verwertungsgesetz zumindest in Teilen zu entziehen.

Meretz, Stefan: GNU/ Linux ist nichts wert – und das ist gut so. Kampf ums Eigentum im Computerzeitalter. In: Lohmann/ Rilling 2001, vgl. auch unter <http://www.kritische-informatik.de/index.htm>
 Miyoshi, Masao: Der versilberte Elfenbeinturm. Globale Wissensindustrie, akademischer Kapitalismus. In: Lettre International (2000) 48,

S. 70-80. Auszug unter <http://www.lettre.de/lettre/48miyoshi.htm>
 Press, Eyal/ Washburn, Jennifer: The Kept University. In: Atlantic Monthly, April 2000, <http://www.theatlantic.com/issues/2000/03/press.htm>
 Schenk, Michael: Erfahrungen mit einer Genossenschaft – Das Beispiel /SP Service eG. In: Lohmann/ Rilling 2001.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Wozu dient Bildung? Die Antwort auf diese Gretchenfrage lautet wahrscheinlich bei den meisten Eltern: „Damit Du etwas für's Leben lernst und Arbeit findest.“ Diese Zweckorientierung, die die gesellschaftliche (Re-)Produktion sicherstellt, befindet sich in der Krise, weil sich – wie schon häufig dargestellt – die Formen von Arbeits- und Produktionsprozessen, die Leitbranchen, die Lebensmuster und damit auch die Anforderungen an das Bildungssystem verschoben haben.

Das Arbeitsleitbild der „neuen Selbständigkeit“ kann dabei für eine sozialistische Bildungstheorie, die Handlungsfelder für die Bildungsreform benennt, auch dann nicht folgenlos bleiben, wenn es sich nicht ohne weiteres auf die Bildungsinstitutionen übertragen lässt.

Neue Selbständigkeit

Unter der Vielzahl von Begriffen, die zur Beschreibung der aktuellen Entwicklung der Arbeitswelt benutzt werden, eignet sich die „neue Selbständigkeit“ in verschiedener Hinsicht als Beschreibungskategorie im Rahmen dieser Erörterung am besten. Zum einen nimmt er die Perspektive des Einzelnen und nicht die der Systeme ein. Zum anderen – und noch wichtiger – benennt er zwei wesentliche Komponenten der aktuellen Entwicklung. Einerseits bezieht sich „neue Selbständigkeit“ auf das tatsächliche Anwachsen der Zahl von selbstständigen Dienstleistungsangeboten, oft auch umgewandelter Angestelltenverhältnisse, die mehr formal als tatsächlich selbstständig zu nennen sind. Andererseits kommt in dem Begriff auch ein Teil jenes sozialpsychologischen Phänomens zum Ausdruck, das die reale „Verselbständigung“ begleitet, sie teilweise an Reichweite sogar überholt. Weit bis in die abhängigen Beschäftigungsverhältnisse hinein wird Selbstverantwortung zu einem Anspruch an die eigene Arbeit, nicht nur auf sich selbst bezogen, sondern auch auf die Umwelt; wird also gegen Versuche von außen verteidigt, ihn einzuschränken.

Was ist es, das auch Angestellte auf den ersten Blick so absurd handeln lässt, dass sie ihre tarifvertraglich garantierte Arbeitszeit freiwillig, ohne direkte Weisung, massiv überschreiten? Die Antwort auf diese Frage ist inzwischen hinlänglich erörtert worden: Es ist die Freiheit. Die neue Selbständigkeit ist ebenso ein Produkt der Änderung be-

trieblicher Herrschaft, wie sie diese wiederum selbst begünstigt. An die Stelle langer, feinstufiger Befehlsketten sind dezentrale Arbeitsprozesse mit autonomen Einheiten getreten, die bei oberflächlicher Betrachtung fast subsidiär wirken. Den revolutionären Umfang der neuen Freiheit wie deren Grenzen verdeutlicht Klaus Peters, wenn er sagt, dass die Arbeitnehmer nun direkt den Rahmenbedingungen ihres Handelns, dem Markt, gegenüberreten. Er wird nun nicht mehr durch den Unternehmer (oder das Management) vermittelt (Peters 2001). Die sozialpsychologischen Auswirkungen dieser Veränderung sind bereits umfassend untersucht worden. Ihre Ambivalenz kann kaum verwundern. Arbeitnehmer berichten, dass gerade die enorme Arbeitsbelastung, die sie sich (scheinbar) selbst auferlegen, für sie emotionale „Highs“ mit sich bringt. Zum anderen ist aber Angst zu einem Massenphänomen geworden. Dabei handelt es sich nicht nur um die direkt erkennbaren Ängste, die sich durch verschärfte Konkurrenz und die Gefahr, abgehängt zu werden, ergeben. Es ist ebenso eine „numinose“ Angst, die nicht durch konkrete Zusammenhänge hervorgerufen wird. Highs und Krisen, beide sich durchdringend, sind Ausdruck eines Phänomens ähnlich dem des Schmetterlingsflügels. Das Allergrößte stößt direkt an das Allerkleinste. Es scheint dem Arbeitnehmer: Jeder Arbeitsschritt, den ich hier tue (oder eben unterlasse), kann auf Wegen, die ich nicht begreife, zu einem „Orkan“ auf dem Weltmarkt führen, der mich dann einfach wegfegt.

Der Komplex „neue Selbständigkeit“ bleibt dabei nicht auf die Arbeit beschränkt. Das liegt an der sukzessiven Aufhebung der Trennung zwischen Arbeits- und Lebenswelt und wird durch das Ideal der individuellen Selbstverantwortung auch kollektiv-kulturell vermittelt und un-

„Ich bin so frei“

– Zur bildungs- und gesellschaftstheoretischen Kritik der Wissensgesellschaft

Von Tobias Gombert, Marc Kaulisch und Matthias Neis

Fast jeder wird zukünftig während seines Arbeitslebens vier oder fünf Berufe ausüben und sich damit beständig requalifizieren müssen

Matthias Neis, Student, Mitglied des Forum Bildung, Referent des freien Zusammenschluss von studentinnenschaften (fzs), Münster
 Tobias Gombert, Student, ist in der Fortbildung für Betriebsräte und Führungskräfte tätig, kooptiertes Mitglied des Juso-Bezirksvorstandes Westliches Westfalen, Münster
 Marc Kaulisch, Student, Mitglied im Bundesvorstand des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi), Berlin

terfüttert. Die zum Teil bereits erfolgte Umstellung der kollektiven Sicherungssysteme ist ein Ergebnis dieses hegemonialen Diskurses.

Entgrenzung von Arbeit und Bildung

Eine ähnliche Gemengelage von bereits erfolgter Veränderung und bloß als schon real *proklamierter* Notwendigkeiten findet sich auch bei der Frage der Bildung. Bildung, ohnedies seit geraumer Zeit nur noch als Wissenserwerb definiert, hat ihre zeitlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen innerhalb der Biografie schon heute verändert. Dies umso stärker, je länger die primäre Ausbildungsphase und je höher der formale Ausbildungsgrad ist. Proportional wächst die Durchdringung von Bildung und Arbeit. Fast kein Studium wird mehr ohne eingeschobene Praktika absolviert – je mehr es sind, so die Faustregel, desto besser. Diese Tendenz weitet sich mittlerweile nach „unten“ aus, wenn sich beispielsweise die SPD in ihrem jugendpolitischen Leitantrag für Praktika als verbindlichen Teil jeder Schulausbildung ausspricht. Gleichfalls real ist die wachsende Nachfrage nach berufsbezogenen Weiterbildungsmaßnahmen. Sie werden zum Teil von Betrieben verordnet, jedoch – wiederum mit ansteigender Position proportional wachsend – von den Beschäftigten oftmals auch selbst gesucht und gebucht. Weitgehend Prognose ist bis jetzt, dass fast jeder zukünftig während seines Arbeitslebens vier oder fünf Berufe ausüben und sich damit beständig wieder re-qualifizieren müssen. In der Tat deuten aber bestimmte Branchen mit Leitbildfunktion – wiederum allen voran die Informationstechnologie – darauf hin, dass ein häufiges „Update“ von Qualifikationen künftig zum Arbeitsalltag gehören wird. Eine projektorientierte Arbeitsorganisation bringt ohnehin abgesehen von tatsächlichem Berufswechsel einen erhöhten Requalifizierungsbedarf mit sich. Bei aller gebotenen Skepsis muss man davon ausgehen, dass ein Lebenslauf künftig immer wieder von Bildungsphasen in unterschiedlicher Gestalt durchdrungen sein wird.

Die Flexibilisierung der Arbeitsorganisation bringt neben Freiheit auch enormen Druck mit sich. Dasselbe gilt ohne Abstriche für die Integration von Bildung in die Biographie und somit für das gesamte Leben, das quasi von zwei Seiten unter Druck gerät.

Dem Zuwachs an Freiheit steht keine wachsende Erkenntnis über die unveränderten gesellschaftlichen Determinanten gegenüber. Im Gegensatz zur Freiheit geht der Grad an Absicherung sogar zurück, nicht zuletzt dadurch, dass

mit der strengen Formatierung der Arbeitsabläufe und der lebenslangen Festlegung auf einen Beruf auch die klare Profession an sich relativiert wird. Berufsbilder erodieren gerade in jenen Bereichen, die der neuen Wirtschaft zugeordnet werden,

und es ist nur ein Ausdruck dieses Abbröckelns, dass wohl nirgendwo so inflationär mit – meist englischen – Titeln herumgeworfen wird wie in diesem Bereich („Chief creative consultant“ etc.). Die Sicherheit einer mit klarer Qualifikationszuordnung versehener Profession können diese Titel im Krisenfall jedoch nicht ersetzen.

Herrschaft durch den Markt

Die beschriebenen Zusammenhänge müssen, wie bereits angedeutet, nicht nur von der Seite der Einzelnen, sondern auch von der Gesellschaft her beleuchtet werden.

Dies gilt umso mehr, je scheinbar stärker das Individuelle gegenüber Kollektivem an Bedeutung gewinnt. So sind

Selbstorganisation und Teamorientierung in der Arbeitswelt nicht etwa Zufallsprodukte oder Ergebnisse der Entscheidung von Beschäftigten. Sie stellen vielmehr eine neue Managementphilosophie dar, wenn diese auch tatsächlich ungewöhnlich ist, da sie das Management quasi unsichtbar macht: Takt- und Zeitvorgaben und kleinschrittige Arbeitskontrolle machen nicht mehr das Wesen des neuen innerbetrieblichen Regimes aus. Vielmehr tritt das Management den Beschäftigten direkt als Rahmenbedingung gegenüber. Das heißt auch: Das Management vereinbart mit den Teams nur noch ein bestimmtes Ziel, dass in einer gewissen Zeit erreicht werden soll. Wie diese Zielvereinbarungen erfüllt werden, bleibt völlig dem Einzelnen/ dem Team überlassen. So ein „Management by Objectives“ komplettiert den Eindruck der Selbststeuerung, ohne dass dadurch die Gefahr des Leistungsverlustes steigen würde. Das verhindert schon der besagte Druck. Tatsächlich zeigen Erhebungen, dass in Unternehmen, die nach diesem Ansatz gemanagt werden, die Arbeitszeit (und auch die Produktivität) sprunghaft ansteigt.

Erstaunlich ist nur, dass die zentrale Frage kaum gestellt wird, an der sich die realen Herrschaftsverhältnisse unter dem neuen Management ebenso klar ablesen lassen, wie früher an der Befehlskette: Wer legt die Ziele fest? Dass die Frage so häufig ungestellt bleibt, mag daran liegen, dass die Übertragung marktförmiger Konkurrenz in die Unternehmen den Eindruck erweckt, dass Vorgaben aus überindividuellen, autonom ablaufenden Prozessen entstünden. Diesen Eindruck ergänzt eine Erosion kollektiver Interessensvertretung auf Seiten der Arbeitnehmer.

Konfliktscheue Gesellschaft

Wie sich die individuelle Umgestaltung der Arbeits- auf die individuelle Lebenswelt auswirkt, so wirkt sich das allgemeine Leitbild der Arbeitsorganisation auf die kulturelle und politische Verfasstheit der Gesellschaft aus. Besonders erstaunlich an dieser Umgestaltung kollektiver Systeme ist, dass sie fast ohne öffentliche Diskussion ablaufen. Eine Rentenreform von erheblichem Ausmaß führt außerhalb der einschlägigen Verbände, der berufsmäßig Betroffenen, kaum noch zu Reaktionen, geschweige denn zu Demonstrationen, wie sie noch die 80er Jahre gekannt haben. Ein schweigender Konsens hat sich über die politische Diskussion verbreitet, in dem sich die politischen Parteien nur mühsam und mit der Hilfe von symbolischen Auseinandersetzungen profilieren können.

Andererseits gibt es ebenso wenig starke Unterstützergruppen im öffentlichen Raum für die tief greifenden Reformen. Die neue Mitte hat sich, so sie jemals mehr war als ein virtuelles Konstrukt, schon lange wieder verflüchtigt. Dabei sind die Möglichkeiten der politischen Artikulation zwar nicht gut, aber auch nicht schlechter als etwa in den 70er Jahren. Insgesamt hat man es also mit einem Plus an individuellen Gestaltungsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Abnahme des kollektiv-institutionellen Gestaltungswillens zu tun. Noam Chomsky hat mit etwas anderer Akzentuierung eine treffende Bezeichnung für eine solche gesellschaftliche Figur gefunden. Er nannte sie: „Konsens ohne Zustimmung“ (Chomsky 2000). Insofern ist die allenthalben beklagte Politikverdrossenheit eher ein Abschied vom Anspruch der politischen Gestaltung, der natürlich von der politischen Klasse unterstützt wird, indem sie immer mehr Abläufe hinter die politischen Kulissen verlegt und der „Expertokratie“ überlässt. So sehr diese „Expertokratie“ Ausdruck der neuen Produktionsverhältnisse sein mag, bleibt doch die Frage, wie der Übergang auf die Bildungsinstitu-

Die allenthalben beklagte Politikverdrossenheit ist eher ein Abschied vom Anspruch der politischen Gestaltung.

tionen zurückstrahlt und ob sich Handlungsperspektiven durch Bildung ergeben könnten.

Produktion von Wissen

Eine sozialistische Bildungstheorie muss in ihrem gesellschaftlichen Kontexten nicht nur die eigenen Produktionsbedingungen für wissenschaftliches „Arbeiten an der Erkenntnis“ (Adorno) klären, sondern auch ihre Ansprüche und Angebote für eine neue Generation darstellen können.

So haben sich mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüchen auch die Anforderungen und Bedingungen an und für *Emanzipation* und *Reproduktion*, die zwei zentralen Aufgaben der Bildungsinstitutionen, ergeben. In den Rück- und Sonntagsreden von Bildungspolitikern jeder Couleur erscheint dabei die Informations- und Wissensgesellschaft als ein neues gelobtes Land. Spätestens seit Daniel Bell ist es dabei üblich, nicht mehr Arbeit und Eigentum als vordringliche gesellschaftliche Produktivkraft zu sehen, sondern Wissen, eine Entgegensetzung, die der Transformation eben nicht gerecht wird. Die allererste Frage diesbezüglich muss dann sein, was denn nun Wissen (und seine gesellschaftliche Funktion) sei. Eine soziologische Definition des Wissens allerdings wird nur von den wenigsten Autoren überhaupt gegeben. Am ehesten einleuchtend scheint da noch die Nico Stehrs zu sein: „Vorläufig möchte ich Wissen als *Fähigkeit zum sozialen Handeln* (Handlungsvermögen) definieren, als die Möglichkeit, etwas in „Gang zu setzen“.“ (Stehr 1994: 208) Diese Definition weist bereits auf den Doppelcharakter des Wissens hin: Es kann einerseits direkt als „Ware“ und „Eigentum“ verstanden werden (die Diskussionen um das weltweite Patentrecht sind das beste Beispiel) und als Produktivkraft. So ist auch Stehrs Wissensbegriff an einer Definition von Eigentum angelehnt, die Miles in den 1920ern formuliert hatte. Das soziale Wissen als Kapital lässt sich auch mühelos von den Kapitalsorten Bourdieus her systematisch entfalten, die durchaus nicht als ein Garant für Gleichheit, sondern als eine Verstärkung gesellschaftlicher Ungleichheit und Selektion gesehen werden müssen. Auch der Faktor, Wissen als (direkte) Produktivkraft zu definieren, ist nicht neu: „Die Natur baut keine Maschinen (...). Sie sind Produkte der menschlichen Industrie; natürliches Material, verwandelt in Organe des menschlichen Willens über die Natur oder seine Betätigung in der Natur. Sie sind von der menschlichen Hand geschaffene Organe des menschlichen Hirns; vergegenständlichte *Wissenskraft*.“ (Marx 1974: 594)

Aber allen Wissensökonomien zum Trotz kommt es zunächst darauf an, Wissen in ein theoretisches Gebäude einzubinden, ansonsten bleiben alle Definitionen beliebig und nebulös. Der wesentlichere Punkt ist, dass sich in den neuen Produktionszweigen (wie der Computerindustrie, aber auch der Biotechnologie) die Anteile von materiellen und geistigen Produktivkräften und Produktionsmitteln verschieben. Die neuen Wachstumsbranchen weisen tendenziell einen höheren Anteil geistiger Produktivkraft auf als die traditionellen, was sich auch in den Organisationsmodellen in der Verlagerung zum flexiblen Menschen als Leitbild kondensiert. Dieser Wandel lässt sich klassisch marxistisch fassen, da Bildung nichts anderes als individuelle Arbeit an einer (gesellschaftlichen) Erkenntnis ist, die ein Produkt, die Ware „Wissen“ produziert, und einer ebenso gesellschaftlichen Abstraktion unterliegt, wie jede andere Arbeit auch. Die typische, wenig präzise Behauptung linker Bildungspolitikern, die eine Kapitalisierung der Bildung behaupten, haben hier ihren Kern.

Wissen und Arbeit

Entscheidend für den Begriff der Wissensgesellschaft ist dabei aber, dass es die Behauptung enthält, dass sich das Ver-

hältnis von Wissen und Arbeit geändert habe. Dies lässt sich einerseits mit dem Begriff der Informatisierung von Arbeitsprozessen fassen, andererseits aber auch für den primären Produktion beschreiben: „Im Gegensatz zum 19. Jahrhundert bedeutet Wissensproduktion heutzutage auch ohne Einschaltung des Arbeitsprozesses unmittelbare soziale Produktion (...). Diese Entwicklung hat zwei Seiten: (1) Mit der Automation, das heißt der tendenziellen Abschaffung der Fabrik- oder Muskelarbeit, wird die Wissenschaft in ihrer produktiven Funktion weitgehend von lebendiger, direkter Arbeit unabhängig. Und damit werden der Stand der Produktivkräfte, die Produktion selbst und der Wert der Produktion von der Wissenschaft abhängig. (2) Durch die Ausschaltung menschlicher Arbeit aus dem Produktionsprozess wird diese selbst verändert: sie wird zur schöpferischen, regulierenden Arbeit und nähert sich dadurch der wissenschaftlichen Arbeit an.“ (Stehr 1994: 217) Zwar kann man von einer „Abschaffung“ wohl kaum sprechen, aber die Tendenz, die sich in weiten Teilen der Produktion feststellen lässt, bedingt immerhin, dass sich die Anforderung an die gesellschaftliche Reproduktion durch Ausbildung, gerade auch an den Hochschulen wesentlich ändern.

Wissensfabrik – Produktionsstätten des Wissens

Diese Art der Wissensproduktion unterliegt aber ebenso eigenen Produktions- und Regulationsmodellen, die nicht identisch sind mit denen der gesellschaftlichen Hegemonie. Die Geschichte der Hochschulstrukturen ist schnell skizziert, schon weil sie zu den konservativsten gesellschaftlichen Systemen zählt, die es gibt: Die wesentliche, noch heute weitgehend wirksame Struktur der Ordinarien verbindet und verband ein monarchisch-ständisches Hochschulsystem paradox mit einem liberal-demokratischen Anspruch. Die daraus resultierenden Produktionsbedingungen für Wissenschaft blockieren nach wie vor die Entwicklung einer demokratischen Wissenschaft, verhindern aber zugleich durch indisponible Verträge den sich verstärkenden Einfluss von Wirtschaft und Politik. Daneben wurden in 1970er Jahren die Gruppenhochschule additiv institutionalisiert, die im begrenzten Maße die Wissensproduktion über die hochschulischen Gremien beeinflussen konnte. Die zur Zeit aktuellen Modelle versuchen, Managementmodelle auf die Hochschulen zu übertragen, eine zweifelhafte Konstruktion: Zunächst wird es dem sozialen Anspruch öffentlich finanzierter Bildung nicht gerecht und zudem widerspricht es auch der Bildungskategorie an zentraler Stelle. Zwar kann man „Wissen“ als Kapital so regulieren, es ist aber nicht funktional bezogen auf Bildung: Individuelle Bildung funktioniert gerade darüber, dass sie bisher gültiges Wissen teilweise negiert, das heißt über bestimmte Negation wahrgenommen wird, daher ist sie punktuell zweck-, aber nicht funktionslos. Bestes Beispiel dafür ist die Computertomografie, die sich in großem zeitlichem Abstand aus der reinen Mathematik entwickelt hat. Eine solche Forschung wäre in einem Modell der Wissensfabrik potentiell unmöglich, weil diese dem langzeitigen, nicht absehbaren Nutzen gegenüber blind sein muss und lediglich den kurzfristigen Nutzen vermarkten kann. Das korreliert mit der Notwendigkeit, dem Einzelnen und der Einzelnen Raum zur Emanzipation zu geben: Eine Bildungsmaschine hat sich in Deutschland noch nicht imma-

Wissensproduktion unterliegt eigenen Produktions- und Regulationsmodellen, die nicht identisch sind mit denen der gesellschaftlichen Hegemonie.

trikuiert, die eben diese bestimmte Negation ohne die individuelle Bildung von Menschen ermöglicht hätte.

Für die gesellschaftliche Reproduktion lässt sich ein fataler Trend feststellen: Zwar sollen nach wie vor mehr qualifizierte ArbeitnehmerInnen die Hochschule verlassen, einem großen Teil soll aber über Bachelorabschlüsse lediglich ein „erster berufsqualifizierender Abschluss“ ermöglicht werden. Wissensaneignung soll rezeptiv geschehen, während gleichzeitig die Räume für Bildung eng gemacht werden. Wissenschaftliche Wissensproduktion kann so gesellschaftlich limitiert werden. Die mögliche Spezialisierung kann dabei über den Weiterbildungsmarkt – ohnehin in Deutschland ein großer Markt – umgeleitet werden. Er wird so auf diejenigen begrenzt, die sozial und finanziell abgesichert werden. So entstehen an den Hochschulen bereits viele Masterprogramme, die Studiengebühren in einem Maß festschreiben, das lediglich „Firmenkunden“ erwarten lässt. Soziale Komponenten sind in diesem weitgehend unregulierten Markt eher die Ausnahme.

Zwar bringt eine projektorientierte Arbeitsorganisation in einigen Produktionszweigen abgesehen von tatsächlichen Berufswechseln einen erhöhten (Re-)Qualifizierungsbedarf mit sich. Das Paradigma der Wissensgesellschaft wird durch das Gesagte allerdings weniger bestätigt, als in der gegenwärtig diskutierten Version relativiert. Zur Wissensgesellschaft jener, die durch (Re-)Qualifizierung sowohl ihr berufliches Fortkommen als auch ihre gesellschaftliche Partizipationsfähigkeit ausbauen werden, wird nur ein höheres Segment der Beschäftigten gehören. Ein großer Teil von geringer Qualifizierten, die oftmals neo-tayloristisch organisierte Dienstleistungen erbringen, werden von diesem Prozess ausgeschlossen bleiben, wenn er nicht politisch gesteuert wird, sondern weiterhin als lukrative Einnahmequelle nun auch für die Hochschulen missverstanden wird.

Diese Tendenz macht jedoch auch vor der grundständigen Ausbildung nicht Halt: So werden zunehmend Teile des Studiums aus den Prüfungsordnungen gestrichen,

ohne als Voraussetzung für einen Berufseinstieg wegzufallen. Die gegenwärtigen Konzepte verschärfen so die gesellschaftliche Spaltung und zementieren die Ungleichheit, die durch das Kapital „Wissen“ erworben wird. Auch hier lässt

sich mühelos die Diskussion um den „Arbeitskraftunternehmer“ anschließen, der möglichst schnell selbst dafür verantwortlich gemacht werden soll, sein „Kapital“ zu mehren, um für den Arbeitsmarkt interessant zu bleiben. Der flexible Mensch wird so marktförmig herangezuchtet.

Gerade auf diesem Hintergrund bleibt aber die Frage, wie die Bildungsinstitutionen ihre Aufgabe im Spannungsfeld zwischen der notwendigen gesellschaftlichen Reproduktion und dem Freiraum für Emanzipation erfüllen können, wie mit anderen Worten sinnvoll der „proteische Mensch“ unterstützt werden kann und wie ein sozialistisches Bildungskonzept dazu aussehen könnte.

Proteisches Menschenbild

Emanzipation schließt dabei direkt bei den Diskussionen um ein proteisches Menschenbild an, allerdings in kritischer Perspektive. Ein proteischer Mensch ist dabei ein ebenso wissenschaftliches Produkt und kann nicht umhinkommen, sich eben nicht als eine zwangsweise Selbstinterpretation des Einzelnen zu verstehen, sie muss dennoch

die Freiheit des Einzelnen beachten, kann also nur über Angebote zur Emanzipation in sozialen Freiräumen führen. Der Weg, den Westphal und Neumann in der gesellschaftlichen (!) Produktion von Subjekten aus Individuen in Anlehnung an Laclau interpretieren, muss so weiterhin auch über Bildung geschehen, wobei der „idealistische“ Anspruch, „sich seines eigenen Verstandes zu bedienen“ (Kant), als kritisches Korrektiv zu gesellschaftlich hegemonialen Ansprüchen erst von jedem Einzelnen und von jeder Einzelnen selbst entwickelt werden muss. Soweit dies also ein Anspruch an Bildung ist, wird er von den Bildungsinstitutionen rudimentär erfüllt, zunächst, weil die gesellschaftliche Reproduktion immer eine Selektion ist und war.

Diese Selektion – das ist wesentlich für die Produktionsbedingungen von Wissenschaft heute – wird im zunehmenden Maße entscheidend, Begriffe, wie Wissens- oder Informationsgesellschaft verdeutlichen dies. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Informatisierung von Arbeitsprozessen, sondern diese strahlt auch auf die Ausbildung (gesellschaftlich gewendet: Reproduktion) zurück.

Doch geht es bei Bildung eben nicht um eine reine berufsqualifizierende Seite, sondern auch darum, das abstrakte Ideal einer vollständigen Entwicklung aller menschlichen Fähigkeiten: Wenn es denn diesbezüglich einen Übergang von der „linearen“ zur „proteischen Persönlichkeit“ (Neumann/Westphal 2001: 23) gibt, so müssen die Bildungsinstitutionen dies kritisch begleiten, in der Lebensführung und der Berufsqualifizierung. Die starke Trennung von Lebensbereichen, von Arbeit und Leben, die noch aus der fordistischen Produktionsphase hinüberreicht, ist dann ein Relikt. Die aus der Identifikation gedrückten Lernenden in einem hierarchischen Bildungssystem und die Tendenz, berufsqualifizierende Bildung in der „höheren“, universitären Bildung verächtlich zu betrachten, bleibt hinter der Lebensrealität der Studierenden heute wesentlich zurück: Der Prozentsatz der arbeitenden Studierenden hat sich einerseits wegen der mangelnden finanziellen Absicherung und den sich ändernden Ansprüchen an die anderen Lebensbereiche auf hohem Niveau gehalten. Sozialistische Politik sollte den Menschen an dieser Stelle helfen, kritische Mündigkeit auszubilden, die zur Widerständigkeit führen kann und vor keinem Lebensbereich Halt macht. Kritische Mündigkeit bedeutet im Prozess der Selbstformierung die Erkenntnis über die eigenen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen, aber darin auch den eigenen Beitrag zur Entstehung, Erhaltung und zur Veränderung dieser Bedingungen: ‚Die Menschen machen die Umstände ebenso sehr wie die Umstände die Menschen‘. Dementsprechend heißt kritische Mündigkeit auch, das Bewusstsein über die Möglichkeiten seines eigenen aktiven Eingreifens in persönliche wie gesellschaftliche Belange zu entwickeln, in erweiterter Perspektive auch, die Fähigkeiten, diese Möglichkeiten zu nutzen.

Wir begreifen daher Bildung als „die Erarbeitung und die Aneignung einer objektiven Sphäre im Prozess der Selbstformierung“ (Seddon 1995: 247) in kritischer Wendung als damit gleichzeitige Veränderung der Umwelt und seiner selbst. Damit ist klar, dass die erste Bildungs- und auch Experimentierphase – beginnend mit dem Kindergarten bis zum Ende der Ausbildung – neben der Lebenswelt prägend dafür ist, wie die Welt wahrgenommen und mit ihr umgegangen wird.

Nun stehen wir am Beginn einer neuen kapitalistischen Stufe, die mit dem Attribut flexibel gut beschrieben werden kann. Wenn wir den Fokus des Bildungssystems auf die Bewältigung der alltäglichen Lebenswelt und auf die

Sozialistische Politik sollte den Menschen helfen, kritische Mündigkeit auszubilden, die zur Widerständigkeit führen kann.

berufliche Qualifizierung legen, so müssen wir mit dem Attribut flexibel in diesen beiden Bereichen umgehen.

„Du hast das Ding nicht gesehen, weil Du nicht weißt, wie man hinsieht. Und Du weißt nicht wie man hinsieht, weil Du nicht weißt wie die Dinge heißen. (...) Wie die Alltagsdinge im verborgenen liegen. Weil wir nicht wissen, wie sie heißen.“ (DeLillo 1998: 634f.)

Jedes Kind hat aus familiären Gegebenheiten unterschiedliche Voraussetzungen im Umgang mit Alltagswissen. Deshalb hat das Bildungssystem die Aufgabe für alle die verborgenen Alltagsdinge ans Tageslicht zu bringen. Erst dieses Wissen schafft die Sicherheit, sich in der Gesellschaft bewegen zu können.

Benjamin Mikfeld hat in seinem letzten spw-Artikel auf die Relevanz von Sicherheit in den drei Bedeutungen von „Gefühl der Sicherheit“, „Gefühl der Gewissheit“ und „dem Gefühl geschützt zu sein“ (Mikfeld 2001: 41) hingewiesen. Wir möchten für das Bildungssystem vor allem auf das „Gefühl der Gewissheit“ (Certainty) eingehen. Dies passt auf das Sennetsche Bild vom Baum, auf den das Wort flexibel im 15. Jahrhundert gemünzt war. Der Baum steht auf seinen Grundfesten und kann sich in stürmischen Zeiten biegen, aber danach sicher sein, wieder festzustehen. Genau diese Standfestigkeit fehlt vielen Menschen.

Das Bildungssystem kann zu dieser Standfestigkeit beitragen. Entscheidend dafür ist eine Elementar- und Grundbildung, die einen genauen Einblick in die Tiefenstrukturen von Sachverhalten gewähren kann. Auch nur so kann die kritische Mündigkeit Realität werden. Die so oft als Flexibilität schaffend gefeierte Methodenkompetenz führt ohne fundierte Grundkenntnissen zu Beliebigkeit und entsprechend zu Unsicherheit, wenn es darauf ankommt, sich zu entscheiden bzw. sich richtig zu entscheiden. In der konkreten Bildungspolitik heißt dies, wachsam gegenüber den Versuchen zu sein, diese Elementar- und Grundbildung abzubauen.

Sozialistische Bildungspolitik muss sich deshalb die Frage stellen, wie sie die neue Flexibilität sozial absichern und durch eine neue Studienreform verändern kann. Gerade die fehlende soziale Absicherung aber trifft in der Regierungspolitik auf Schönfärberei und andererseits auf die alte sozialdemokratische Ideologie der „Chancengleichheit“.

Die Mär von der Chancengleichheit

Eine Umgestaltung des Bildungssystems in Richtung „Chancengleichheit“ ist das eine. Die Wirkungen etwas ganz anderes. Den die (vormals sozialdemokratische) Hoffnung, dass mit einem reformierten zu kritischer Mündigkeit leitenden und expandierenden Bildungssystem sich soziale Ungleichheit ändert, ist illusionär. Andere Systeme wie die Strukturen des Staates, der Ökonomie und der Lebenswelt müssen ebenfalls verändert werden, um die im Bildungssystem eröffneten Möglichkeiten nicht verpuffen zu lassen. Jedes dieser Systeme entfaltet entsprechend ihrer Strukturen eigene Handlungs- und Interpretationsmuster. Das Bildungssystem besitzt deshalb eine relative Autonomie.

An dieser Stelle ist deutliche Kritik an zwei Ansätzen zu üben, die die Funktion des Bildungssystems betreffen. Im SPD-Leitantrag werden dem Bildungssystem Möglichkeiten zugeschrieben, die es definitiv nicht hat. Bildung schafft keine Arbeitsplätze und keine Chancengleichheit, die als Begriff ohnehin schon die Entschuldigung für spätere gesellschaftliche Ungleichheit enthält. Bildung kann höchstens dafür sorgen, dass die Menschen für die Herausforderungen in den Betrieben gerüstet sind. Zudem schafft Bildung kein Startkapital oder entsprechende Nachfrage nach Produkten/Dienstleistungen. Wir brechen hier zum

einen mit dem Reproduktionsansatz und zum anderen mit dem sozialdemokratischen Modernisierungs- und Chancengleichheitsansatz:

Der Reproduktionsansatz behauptet, dass das Bildungssystem soziale Ungleichheit reproduziert und auch genau dafür da ist. Der sozialdemokratische Modernisierungsansatz behauptet im Gegenteil, dass das Bildungssystem, wenn es allen die gleichen Bildungschancen zugute kommen lässt, Bildung soziale Ungleichheit abbaut. Während ersterer die absolute Gestaltungsmacht des Produktions- und Beschäftigungssystems proklamiert, setzt letzterer die Auswirkungen des Bildungssystems absolut. Somit sind beide zwei Seiten einer engen Beziehung.

Der Reproduktionsansatz kann sich bei Betrachtung der Sozialstruktur zumindest oberflächlich bestätigt fühlen, da die Bildungsexpansion der 60er und 70er Jahre kaum Veränderungen hinsichtlich der sozialen Ungleichheit bewirkt hat. Allein dieser Befund reicht, um der sozialdemokratischen Modernisierungstheorie abzuschwören. Dies hängt an mindestens

zwei zentralen Punkten. Erstens missachtet die Idee der Startchancengleichheit, dass die lebensweltlichen Vorbedingungen ungleich sind. Zweitens besitzt die Er-

gebnisgleichheit den eklatanten Nachteil, dass im Beschäftigungssystem Hierarchien existieren, die dann in sozialer Ungleichheit trotz gleicher Bildung(-schancen) münden. Damit ist nicht gesagt, dass die Forderungen nach gleichen Möglichkeiten im Bildungssystem und der bestmöglichen Förderung aufgegeben werden soll. Es heißt lediglich, dass in den anderen Systemen soziale Ungleichheit ebenfalls bekämpft werden muss und die Systeme neu und besser aufeinander abzustimmen sind. Der scheinbar empirisch bestätigte Reproduktionsansatz widerspricht allerdings auf Grund seiner einseitig ökonomisch deterministischen Sichtweise den realen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten des/der Einzelnen. Individuen erscheinen in diesem Ansatz lediglich als Marionetten, genau jener Bevormundung, die für die neue Generation keine Anrufung darstellen dürfte. Insofern kann Bildung nicht an sich selbst gesunden. Erst, wo der Umbau der Gesellschaft als die Folie einer integrierten Bildungsreform verstanden wird, kann sie auch zum zukunftsfähigen Projekt geraten.

Schlussendlich hängt die Zukunftsfähigkeit eines modernen Sozialismus wesentlich davon ab, eine Bildungsreform als Teil eines umfassenden Gesellschaftsreform zu begreifen.

spw

Literatur:

- Adorno, Theodor W. (1998), Theorie der Halbbildung, in: Gesammelte Schriften, Bd. 8, Darmstadt, 93-121.
 Chomsky, Noam (2000), Profit Over People, Hamburg
 DeLillo, Don (1998), Unterwelt, Köln
 Peters, Klaus und Gliebmann, Wilfried (2001), Mehr Druck durch mehr Freiheit. Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen, Hamburg 2001
 Mikfeld, Benjamin (2001), It's the work-life-balance, stupid! In: spw, Kollege Proteus, Dortmund 2001, Heft 120 4/01, 39-41
 Marx, Karl (1974), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin
 Neumann, Lars und Westphal, Thomas (2001), He, Sie da! Der Diskurs zum proteischen Menschen in: spw a.a.O., 21-25
 Seddon, Terry (1995), Bildung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 2, Hamburg, Sp. 245-253
 Stehr, Nico (1994), Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften, Frankfurt a.M.

Methodenkompetenz führt ohne fundierte Grundkenntnissen zu Unsicherheit, wenn es darauf ankommt, sich zu entscheiden

Der individualisierte Begriff von Bildung

Von Raoul Machalet und Jan Kellermann

Während in der deutschen Linken Bildungspolitik traditionell als Schlüssel für den Umbau der Gesellschaft gesehen wurde, wird Bildung heute als individuelle Investition und damit nur mittelbar als Umbauprogramm begriffen. Nach dem sozialdemokratischen Expansionsprogramm in den 70er Jahren folgte eine Phase der Stagnation: Die Schulstrukturdebatte war zu einem Stellungskrieg erstarrt, die inhaltliche Hochschulreform versackte in den gerade neu geschaffenen Mitbestimmungsgremien und diese Gremien selbst waren mit der Verteidigung ihrer Rechte beschäftigt. Trotzdem hat Bildungspolitik in den letzten Jahren einen erhöhten Stellenwert zu zeichnen, warum?

Die Bildungspolitik wurde von der Wirtschaft und marktliberalen Kräften neu entdeckt: Bildungspolitik wird zum Teil bereits als DER Ersatz für Sozialpolitik gehalten, wenn die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts die der Bildung sein soll (so Jürgen Rüttgers). Auch innerhalb der

Sozialdemokratie gewinnt eine solche Betrachtung immer stärker an Bedeutung von Wolfgang Clement (Clement 2000), bis hin zu den Jusos, wo es im Antrag Recht auf Zukunftschancen dann heißt: „Wir sind Zeugen und Akteure einer In-

formationstechnischen Revolution. Damit verbunden ist der Übergang zu einer Produktions- und Konsumptionsweise, in der die Bedeutung und Verarbeitung von Informationen bzw. Wissen eine gegenüber der Industriegesellschaft neue Qualität erlangen. [...] Die Verfügung über Wissen gewinnt gegenüber dem Besitz von Kapital, Rohstoffen oder Boden an Bedeutung.“ (s. Jusos 2001) Auch bei den Bündnisgrünen zeichnet sich bei Lektüre des Grundsatzprogrammentwurfes eine Abkehr von der bisherigen Bildungspolitik ab. Natürlich sind die Schlussfolgerungen aus einer zumindest in Teilen übereinstimmenden Analyse unterschiedliche. Wohin eine solche Festschreibung von Bildungspolitik als neue soziale Frage hinführt, war im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu lesen, in dem die Überwindung von Armut nicht als verteilungspolitisches Problem, sondern als Problem der Bildungs- und (daher) Arbeitsmarktpolitik verstanden wird.

Woher aber kommt die Einschätzung, dass Bildung die neue soziale Frage oder zumindest entscheidend für die Perspektiven des Individuums sind? Wie weit geht die Be-

deutung von Bildung im Bereich der sozialen Gerechtigkeit? Was bedeutet das für die Anforderungen, die an Bildung gestellt werden?

Mit der Veränderung der Arbeitsbeziehung im Übergang zum Post-Fordismus findet eine Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse statt, vor allem durch die Erweiterung des Einflusses von neuen Medien und Technologien in die Arbeitswelt. Dabei wird oft von einer Erosion des Normalarbeitsverhältnisses gesprochen, und der weitere Rückgang seines Einflusses prognostiziert. Diese Grundannahme wird durch den Rückgang der Vollzeitbeschäftigtenquote von 67,4% 1988 auf 62,4% 1998 belegt und durch eine überproportionale Zunahme von Teilzeitbeschäftigung oder der befristeten Vollzeitbeschäftigungen bei jungen Erwerbstätigen gestützt. Ohne näher in die Diskussion über die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses (s. dazu u.a. Bosch 2001) einzusteigen scheint es aber wichtig festzuhalten, dass diese Entwicklung das Bildungssystem in doppelter Hinsicht betrifft. Einerseits durch die an sie gestellten Anforderungen von denen, die gebildet werden wollen, wie auch von denen die die Ergebnisse verwerten wollen. Andererseits aber auch durch eine immer stärkere Vermischung von Bildung und Arbeit. Letzteres ist nicht nur auf den Komplex Lebensbegleitendes Lernen bezogen, sondern vor allem auf die hohe Anzahl von Studierenden und SchülerInnen die bereits in flexiblen Beschäftigungsverhältnissen stehen (Der Anteil der Jugendlichen, die Bildung und Beschäftigung verbinden, ist zwischen 1987 und 1995 von 15% auf 26% gestiegen.) Die Gewichtung von beidem ist dabei einerseits durch den Aufbau der Bildungsphasen andererseits aber auch durch das Interesse der Jugendlichen bestimmt. Die Erwerbsarbeit stellt i.d.R. zu Beginn eine Notwendigkeit zur Finanzierung des Bildungsweges dar, aber immer stärker findet durch die Beschäftigung auch ein Einstieg in die Erwerbsarbeit statt, der nach Beendigung des Studiums – teils auch ohne Abschluss – fortgesetzt wird.

Die Vermischung von Arbeit und Bildung findet aber auch im Rahmen der Deregulierung der Arbeit ihren Ursprung. Mit der Individualisierung von Risiken vom Unternehmen auf die MitarbeiterInnen, wie sie im Rahmen der Konzeption der freien ArbeitskraftunternehmerIn stattfindet, müssen Mitarbeiter neben der Arbeit Anforderungen an sie erkennen und entsprechend die eigene Bildungsbiographie gestalten. Das was Ideal zur Selbstverwirklichung gedacht wurde, ist im Kampf um Arbeitsplätze längst dem Verwertungsinteresse der Unternehmen unterworfen worden: Lebensbegleitendes Lernen soll für eine bessere Ausschöpfung der Potentiale der Beschäftigten genutzt werden, nicht im emanzipativen Sinne für die ArbeitnehmerInnen.

So ist es vielen Konzepten der ersten Bildungsreform oder ihrer Nachfolge ergangen, mit einer stärkeren Ausrichtung am neoliberalen Wirtschaftsmodell ist auch der Bildungssektor nicht verschont geblieben. Natürlich müssen sich Bildungseinrichtungen auch an den an sie gestellten Anforderungen messen lassen. Die gesellschaftliche formulierten Anforderungen an Bildung sind jedoch Ergebnis der innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen, daher werden z.T. sehr unterschiedliche Anforderungen an das Bildungssystem gestellt. Aufgabe der Politik muss es dabei sein, diese Auseinandersetzung nicht nur zu moderieren, sondern aktiv einzugreifen und die eigenen Ansprüche an ein Bildungssystem zur Geltung zu bringen. Dabei geht es vor allem darum, die Anforderungen, an ein Bildungssystem zu formulieren, die Gefahr laufen im freien

Raoul Machalet, 28 aus Hamburg, ist Student der Politischen Wissenschaften an der Universität Hamburg, Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen und für diese in den Juso-Bundesvorstand kooptiert.

Jan Kellermann, 25 aus Berlin, ist Student der Politischen Wissenschaft an der Fernuniversität Hagen und Sprecher des Bündnisses Grün-Alternativer Hochschulgruppen.

Spiel der Kräfte unterzugehen, die aber für ein gerechtes und gutes Bildungssystem notwendig sind. Politik – und daher auch Bildungspolitik – entsteht nicht, wenn anscheinend unaufhebbare Sachzwänge nur nach der besten technokratischen Umsetzung suchen lassen, sondern durch die Auseinandersetzung um die Ziele von politischem und damit veränderbarem Handeln.

Chancengleichheit versus Chancengerechtigkeit

Auch wenn dieses Begriffspaar inzwischen aus der Diskussion weitgehend verschwunden ist, hat es doch dazu beigetragen, dass die Auseinandersetzung um die Bedeutung des Begriffs Chancengleichheit neu aufgerollt wurde. War noch im Zuge der Bildungsreform der egalitäre Ansatz sinnstiftend und begriffsprägend, so hat sich im Zuge der neuerlichen Diskussion immer stärker der formaljuristische Ansatz in den Fordergrund gespielt.

Noch ist diese Auseinandersetzung nicht verloren, aber immer stärker setzt sich – angetrieben durch einen Glauben an die fortschrittliche Kraft des Wettbewerbs – der Ansatz durch, dass es Aufgabe von Chancengleichheit sei, die Ausgangsbedingungen möglichst gleich zu gestalten, damit sich dann die durchsetzten, die entsprechende Leistungen bringen können. (In Bezug auf die Aktuelle Auseinandersetzung um die Sozialhilfe sollten wir hinzufügen: und wollen.) Eine solche Ausrichtung von Chancengleichheit, aber führt konsequent dazu, dass das Scheitern auf dem Arbeitsmarkt, nicht mehr ein politisches Problem ist, sondern lediglich ein individuelles, dass durch erhöhte Leistungsbereitschaft kompensiert werden kann.

Der Ansatz der sozialen Fairness, der offensichtlich in Bildungskreisen der grünnahen Heinrich-Böll-Stiftung positiv aufgenommen wird, geht einen Schritt weiter: Warnfried Dettling, Mitglied der Bildungskommission der Böll-Stiftung, postuliert das „Ende der Gleichheit“ (Dettling 1999) und fordert eine „Perspektive der sozialen Fairness, welche Erinnerungen an christliche Barmherzigkeit mit Regeln sportlichen Verhaltens und Strategien der Aktivierung kreuzt. Man geht nicht achtlos an denen vorüber die am Wege liegen. Jeder darf gewinnen wollen, aber man tritt nicht auf die, die am Boden liegen.“ (ebenda)

Für einen fortschrittlichen Bildungsbegriff, bleibt ein Chancengleichheitsbegriff aber essentiell, der auf ein egalitäres Reformkonzept orientiert und die Gleichheit von Bildungschancen mit einer Demokratisierung der Gesellschaft zusammendenkt. Das vor allem, weil es bei einem Gleichheitsbegriff für uns nicht ausreichen kann, sich auf Gleichheitseffekte zu beschränken, die dazu führen, dass ein möglichst reibungsloses Funktionieren des kapitalistischen Wirtschaftssystems garantiert und auf die herrschenden Konkurrenz- und Hierarchiemechanismen aufbaut. Gleichheit ist eine Frage des Ergebnisses und nicht des Starts, eine Frage der demokratischen Beteiligung an der Entwicklung der Gesellschaft, nicht der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit.

Diese Ausrichtung des Chancengleichheitsbegriffs ist es die uns ermöglicht, nicht nur kurzfristige kompensatorische Erfolge zu erreichen, sondern langfristig die Mechanismen zu überwinden, die diese Ungleichheiten erzeugen.

Bildung erster Klasse versus Bildung für die Masse?

Das ist wohl einer der Widersprüche, der von Apologeten der Konservativen Bildungspolitik am häufigsten genannt wird, um eine Elitisierung des Bildungssystems voran zu treiben. Damit einher geht die Feststellung, dass wir zu vie-

le Studierende haben und unter einer „Studentenschwämme“ zu leiten hätten. Internationale Vergleiche, jedoch belegen das Gegenteil und weisen deutlich auf einen zu geringen Anteil an Studierenden hin. Auch die Nachfrage nach Studierenden ist weiterhin ungebrochen, zumindest ist die Beschäftigungsquote unter Studierenden deutlich höher, als unter ihren nicht studierten AltersgenossInnen. (Bei Männern zwischen 25 und 54 liegt die Beschäftigungsquote um 20 Prozentpunkte höher, bei Frauen sogar um mehr als 30 Prozentpunkte. Vergl. dazu Bosch 2001)

Wenn also ein hoher Bildungsabschluss die Beschäftigungsmöglichkeiten erhöht und im internationalen Vergleich wir feststellen, dass wir deutlich hinter den Studierendenzahlen anderer europäischer Länder zurückstecken, woher kommt die Vorstellung, dass Bildungschancen begrenzt werden müssen? Diese Vorstellung ruht auf der Analyse, dass Bildung zukünftig eine entscheidende Rolle bei der Verteilung von Zukunftschancen haben wird, Bildung entscheidet über den Platz in der sozialen Hierarchie, wie es vor 200 Jahren noch die Standeszugehörigkeit und die finanzielle Ausstattung taten. Die Begrenzung des Zugangs zu Bildung ist Teil des neoliberalen Denkmusters, das in seinem Bildungsbegriff die Durchsetzung von Konkurrenz- und Marktmechanismen auf den Bildungsbereich fordert. Konkurrenz ist aber nur über begrenzte Güter möglich, daher müssen Bildungs- und damit Zukunftschancen begrenzt werden.

Von dieser Prämisse ausgehen, werden seit Ende der 70er Jahre immer mehr Zugangsbeschränkungsmechanismen in das Bildungssystem eingebaut. Ein möglichst geschlossener Bildungsweg wird angestrebt und soll möglichst früh determiniert werden, denn nur dann ist eine gewissenhafte Vorbereitung auf die zu spielende Rolle möglich. Neben den technischen Selektionsmechanismen, wie dreistufigem Schulsystem mit fortdauernden Selektionshürden, Abitur, NC, ausschließende Zwischenprüfungen, etc. bestehen weiterhin weiche Hürden, die sich zumal in Zeiten der nur ungenügenden Förderung durch den Staat (BAföG, ...) an den alten sozialen Schnittstellen festmachen.

Da scheint es nur Konsequent, die Erfolge der Bildungsreform der 70er Jahre als Ursache des Übels zu benennen, da sie erheblich für einen breiten Zugang zu allen Bildungswegen beigetragen und erstmals Schritte für ein offenes und durchlässiges Bildungssystem getan hat. Dabei sind die Massenuniversitäten nicht das Problem, das Problem besteht in der strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen. Würden die KritikerInnen der Massenuniversität ihren Teil dazu beitragen, dieses Übel zu beheben, wären die von ihnen beschriebenen Probleme – denn dabei handelt es sich i.d.R. nicht um Problem der Organisation von Bildungseinrichtungen –

Warnfried Dettling fordert eine „Perspektive der sozialen Fairness, welche Erinnerungen an christliche Barmherzigkeit mit Regeln sportlichen Verhaltens und Strategien der Aktivierung kreuzt.“



Foto: Christian Kiel (Berlin)

größtenteils behoben. Wenn aber über Bildung Zukunftschancen verteilt werden, darf Bildung nicht als knappes Gut dem Konkurrenzprinzip überantwortet werden. Daher muss es gelingen, das Spannungsverhältnis von Qualifikation zur Beschäftigungsfähigkeit und Emanzipation des einzelnen produktiv aufzulösen.

Die Organisation des Bildungszugang entscheidet über die Zukunft der in ihr aufwachsenden Generation, der Umgang mit Bildung entscheidet über das Problembewusstsein einer Gesellschaft. Bildung hilft daher nicht nur der/dem einzelnen, sondern erhöht das Problembewusstsein und das Reflexionsvermögen der Gesellschaft allgemein. Weiterhin gilt, dass Gesellschaft über Bildung und Bildungseinrichtungen verändert wird – und wenn die Ansätze der unterschiedlichen Bildungspolitiken betrachtet werden, scheint dieser Grundsatz der Bildungsreform inzwischen allgemein anerkannt zu sein.

Lebenslanges Lernen – fit 4 Ausbeutung?

Der Begriff von Bildung, die den einzelnen bestqualifiziert und so zum der Ersatz von Sozialpolitik avanciert, macht konsequenterweise nicht nach dem Abschluss der Jugend-

bildungsphase Halt. Der Diskurs um das Lebenslange Lernen wird aufgegriffen und auf einen lebenslangen Arbeits-Update-Service heruntergefahren. Nicht mehr die emanzipatorischen und allgemeinbildenden

Elemente des lebenslangen Lernens, die in den bisherigen Phasen bezeichnend waren, stehen im Vordergrund, sondern die punktuelle Auffüllung von betrieblich notwendigem Wissen.

Aus Sicht der Industrie ist es verständlich, dass nach dem Auslagern der Betrieblichen Ausbildung an den Staat nun auch die interne Weiterbildung abgegeben und so die Kriegskasse für die wirklich wichtigen Investitionen gefüllt werden kann. Es ist jedoch fraglich, warum der Diskurs des Lebenslangen Lernens, der traditionell auf Emanzipation ausgerichtet und damit Teil eines progressiven Umbauprojektes der Gesellschaft war, so kampflös übergeben worden ist. Von Bulmahn (SPD) bis Berninger (Bündnis90/Grüne) wird Lebenslanges Lernen nur noch als „Weiterbildung“ im Arbeitsmarktsinn gesehen und jeder übernimmt damit auch die eigene Verwertbarkeit.

Konsequent ist daher auch die Entwicklung neuer Instrumente wie Ranking oder Finanzierung durch Bildungsgutscheine: Der einzelne Mensch steht als Arbeitskraftunternehmer inmitten der Bildungslandschaft. Woher soll er wissen, was gut und

schlecht ist? Unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes beginnt ein Ranking der Bildungsträger, das jedoch nur zur Verzerrung und nicht einer wirklichen Qualitätsverbesserung im linken Bildungsverständnis führt. Denn in einem Ranking kann es nur um Marktkonformität gehen: Schnellstmöglich mit wenig Kosten die Weiterbildungswilligen auf den neuesten Stand der Arbeitswelt setzen. Wer fragt hier schon nach sozialen und politischen Themen oder gar Demokratie?

Symptomatisch zu beobachten ist auch die Einführung der Kostenbeteiligung für die Weiterbildung: Da der einzelne Mensch nach Absolvierung einen höheren Marktwert hat, kann er einen entsprechenden Obolus entrichten. Die Einführung von Bildungsgebühren wird unterdessen in weiten Kreisen der SPD und Grünen akzeptiert. Statt über eine intelligente Steuerpolitik bei denen abzuschöpfen, die wirklich von der genossenen Bildung profitieren, wird versucht, einen dicken „Vorschuss auf Erfolg“ zu kassieren und damit wird der Zugang mit einer finanziellen Schranke versehen. Und was in der Weiterbildung funktioniert, muss auch woanders funktionieren. Schließlich sind die Studierenden von heute ja auch die potentiellen Großverdiener von morgen. Bei soviel Realpolitik bleibt keine Zeit zum Innehalten, um die soeben aufgestellten Forderungen mit den eigenen Überzeugungen abzugleichen: Politik geschieht unter dem Primat der leeren Kassen und damit abhängig von der Industrie und Wirtschaft.

Autonomie der Bildungseinrichtungen

Ein breiter und erfolgsversprechender Diskurs war in den 70er und 80er Jahren die Idee der „Autonomie der Bildungseinrichtungen“. Das Ende der Kamekalisierung sollte mehr Spielräume erschließen. Sowohl was die eigene Ausgabensteuerung als auch was die demokratische Mitbestimmung angeht. Unterdessen wird Autonomie nur noch als Synonym für Wettbewerb verstanden. Schulen und Hochschulen treten in Konkurrenz um die besten Bewerberinnen gegeneinander an, buhlen bei Wirtschaft und Stiftungen um die höchsten Forschungsgelder und müssen sich bei Presse und Politik mit Forschungsergebnissen präsentieren.

Der leitende Motiv der Politik für die Autonomisierung der Bildungslandschaft scheint jedoch nicht ein emanzipatorisches, sondern vielmehr die fehlende Bereitschaft, genügend Geld für Bildung zur Verfügung zu stellen. An Stelle der erhofften Zuwächse in Sachen Demokratie werden heute Schulen und Hochschulen zu Märkte getragen: Die Bildungslandschaft wird zum Markt umgestaltet, aus der Einrichtung wird ein Anbieter, aus der Schulleitung oder Präsident der Manager, aus dem (Hoch-)Schüler wird ein Kunde und aus einem Forschungsergebnis wird eine Ware. Schöne neue Welt. Platz für Demokratie und Emanzipation ist in dem engen Marktgeflecht nicht mehr. In Niedersachsen schlug 2000 der Kultusminister Oppermann (SPD) in seinem ersten Gesetzentwurf für das neue Landeshochschulgesetz vor, die verfassten Studierendenschaften doch gleich abzuschaffen. In Berlin werden die von allen Statusgruppen besetzten akademischen Gremien immer weiter entmachtet zu Gunsten von externen Gremien aus Wissenschaftlern, Politikern und Managern, die mehr an Aufsichtsräte als an Mitbestimmung erinnern. Damit folgen sie zwar einem Trend, der auch in der Politik der Konsens- und Beratungsgesellschaft um sich greift, verbessern die Situation aber nicht. Vielmehr findet eine Entmachtung der demokratischen Gremien durch Expertenräte statt, selbst gegenüber der Bundesregierung und dem Parlament ist dieser Trend zu verzeichnen.

Unterdessen wird Autonomie nur noch als Synonym für Wettbewerb verstanden.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Zwei Beispiele, wie zur Zeit die Errungenschaften des letzten Jahrhunderts zurückgebaut werden.

Die Vertretungsorgane haben oft mit Personal- und Motivationsmangel zu kämpfen. Wenig Mitsprache ist verantwortlich für eine hohe Frustrationsrate. Hinzu kommt das Fehlen des politischen Mandats, wodurch sich studentische Vertreter immer wieder Klagen konservativer NachwuchspolitikerInnen ausgesetzt sehen. Initiativen wie das Bündnis für das Politische Mandat oder Kampagnen wie die „Demokratieoffensive“ der Landesschülervertretung Bayern sind eher die Ausnahme geworden. Im Allgemeinen sind Schülervertretungen heute zum Einteilen der Pausendienste und Putzpläne der Klassenräume, bestenfalls für die Ausgestaltung der Parties zuständig. Schließlich soll die Schule ja sauber und den interessierten Eltern potentieller NeukundInnen auch was bieten können...

Akteure in diesem Umbauprozess sind allerdings weniger die PolitikerInnen. Sie sind fast ausschließlich nur ausführende Hand. Die Debatten finden hinterverschlossenen Türen der Bertelsmann- oder der Volkswagen-Stiftung statt. Neu gegründete Einrichtungen wie das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), aber auch Stiftungen wie die Böckler oder Heinrich Böll, sind Orte, an denen die neuen Inhalte systematisch erarbeitet und in die Politik und Gesellschaft kommuniziert werden.

Genau der Ausschluss der Öffentlichkeit von der Debatte ist das Problem, an dem progressive PolitikerInnen heute leiden: Die Debatte in Presse und Parlament läuft nur an die Oberfläche ab; Instrumente werden unter Sachargumenten gegeneinander abgewägt. Ein Diskurs über Ziele ist nicht mehr möglich. Die Debatte ist für den Laien zu komplex. Zwar ist bei vielen Leuten das Bewusstsein gewachsen, dass Bildung etwas wichtiges sei und dass der Staat daran nicht sparen dürfe. Allerdings sind die Begründungsmuster die der individuellen Wertsteigerung oder die der Standortsicherung und damit dem erhofften Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes.

Eine Auswertung der Bildungsexpansion wird nicht mit den Betroffenen vorgenommen, sondern durch die Stiftungen. Es werden nicht mehr die Ideen und Instrumente differenziert betrachtet, sondern pauschal als „nicht bewährt“ über einen Kamm geschert.

Eine Diskursintervention ist nötig

Je nach favorisiertem Gesellschaftssystem wird Bildungspolitik betrieben, was muss also der Weg sein, um die Möglichkeiten von hohem Bildungsstand für möglichst viele zu erhöhen und dadurch gesellschaftliche Partizipation und Zukunftschancen zu verbessern? Weiterhin prägt der familiäre Bildungshintergrund die Bildungslaufbahn entscheidend, daran hat die BAföG Reform der Rot-Grünen Regierung nur wenig geändert. Auch wenn in ihr eine Verbesserung erreicht wurde, schreckt der zu erwartende Schuldenberg vor allem SchülerInnen aus Familien mit niedrigerem Bildungsstand. Der Zugangskorridor zu Bildung muss erweitert werden, und Barrieren müssen abgebaut werden. Dazu gehört, dass die im Bildungssystem befindlichen unsere Ansprechpartner werden. Staatlich Unterstützung muss ihnen direkt zukommen und nicht über den Umweg der Eltern. Das bedeutet aber auch, dass wir durch das Bildungssystem die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Lage versetzen qualifiziert über ihren weiteren Bildungsweg zu entscheiden – unabhängig von sozialer Herkunft und elterlichem Druck – der zu meist über die Unterstützungsleistungen aufgebaut wird.

Eine solche finanzielle Unabhängigkeit darf aber nicht durch andere Mechanismen korrigiert werden, die einen schnellen Erfolg oder Abschluss als Vorgabe machen. Erfolg kann nicht nur über Abschlüsse definiert werden. Das Androhen vom schnellen Entzug der staatlichen Unterstützung – egal ob finanzieller oder anderer Art – führt meist nicht zum gewünschten Erfolg, sondern vermehrt zu einer unabhängigen Absicherung des eigenen Bildungswegs. Derzeit ist vor allem eine Sanktionierung bei zu langsamem Studienverlauf, wie sie auch von SozialdemokratInnen angestrebt wird, eine Abwälzung auf die Studierenden. Hier werden Studierende für eine Politik verantwortlich gemacht, die durch verschärfte Konkurrenzbedingungen – Knappe Güter sind z.B. ProfessorInnen, Bücher, arbeitsfähige Seminare – und eine nicht mehr zeitgerechte Studienstruktur, zu verlängerten Studienzeiten führt und durch die Sanktionierung dann noch verlängert werden.

Wir können nicht zulassen, dass subjektive Bewertungsrahmen über die Zukunft ganzer Generationen entscheiden. Wer glaubt über eine Verkleinerung der Zugangszahlen qualitative Verbesserungen zu erreichen, irrt. Nicht das Aussortieren aus dem Bildungsweg, sondern eine aktive Begleitung und Beratung über weitere Schritte helfen, dass Bildungsangebote nicht ins Leere laufen. Das Ausbrechen aus den anscheinend geordneten Bildungsbahnen und Unterbrechungen der staatlich organisierten Bildungswege, stellt oft kein Scheitern dar, sondern die Erkenntnis, dass für die eigene Entwicklung und den eigenen Bildungsfortschritt andere Erfahrungen notwendig sind, als das System zu organisieren vermag. Auch das Nebenher von Arbeit und Bildung muss möglich sein. War das früher vor allem noch durch finanzielle Zwänge geboten, so ist die Entscheidung für ein sog. Teilzeitstudium vor allem auf die veränderten Ansprüche junger Menschen und ein Interesse an der Vereinbarkeit von Arbeit und Bildung zurückzuführen – meist nicht Nachteil. Ein solcher individueller Bildungsweg ist zu unterstützen und die Rückkehr zum staatlich organisierten offen zu halten.

Bildung muss sich wieder zuerst an den Bedürfnissen der zu bildenden richten und nicht an kurzfristigen Verwertungsinteressen der Wirtschaft. Bildung muss die Qualifikationen, fördern, die sowohl für die Emanzipation der/des Einzelnen notwendig sind, ohne dabei die Beschäftigungschancen aus dem Auge zu verlieren. Sie muss aber vor allem die Menschen in die Lage versetzen den eigenen Bildungsweg selbst bestimmen zu können. Wenn Politik die Voraussetzungen dafür schaffen kann, dann haben wir auch wieder die Möglichkeit in eine Diskussion über die Ziele von Bildung zu diskutieren und ihren Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklung positiv zu bestimmen. spw

Literatur

- Gerhard Bosch: Konturen eines Neuen Normalarbeitszeitverhältnisses in: WSI-Mitteilungen 4/2001
- Wolfgang Clement: Durch innovative Politik zu gerechter Teilhabe. Rede anlässlich des „Forum Grundwerte: Gerechtigkeit“ der SPD am 26.04.2000.
- Warrfried Dettling: „Gleichheit – Vielfalt – Fairness“ in: „Bildung, Brücken der Zukunft“, hrsg Heinrich-Böll-Stiftung, Dezember 1999
- Juso-Bundesverband, Beschlüsse des Juso-Bundeskongress 2001, S. 1, Bestellnummer 703 1173:

Akteure in diesem Umbauprozess sind allerdings weniger die PolitikerInnen. Die Debatten finden hinterverschlossenen Türen der Bertelsmann- oder der Volkswagen-Stiftung statt.

Foto: Christian Kiel (Berlin)

Fortgesetzt ungerechte Bildungs- und Einkommensverteilung in Deutschland

Der erste Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung und die 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW)

von Jörg Meier

Die Benachteiligung einkommensarmer Menschen in Deutschland wird vom ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und der jetzt ebenfalls vorliegenden 16. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) wieder einmal belegt.

Bildungsabschluss und Einkommensverteilung hängen direkt miteinander zusammen. Die Wahrscheinlichkeit, von Armut verschont zu bleiben, steigt mit den Bildungsabschlüssen.

Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Regierungsbericht belegt u.a. eine nachhaltige Ungleichheit hinsichtlich der Bildungsbeteiligung. „Schichtenspezifische Beteiligungsunterschiede“ haben danach

auch weiterhin große Bedeutung. Der Anteil der „Arbeiterkinder“ unter den Studierenden ist mit 13,3 Prozent (1997) kaum verändert gering (1973: 12,0 Prozent). Noch deutlicher zeigt sich die Ungleichverteilung an folgenden Zahlen: Ausweislich des vorliegenden Berichts haben 55 Prozent der

Studierendeneltern einen Hochschulabschluss absolviert, obwohl 78 Prozent der Eltern von 17 bis 18-Jährigen einen Haupt- oder Realschulabschluss vorweisen können.

Bildungsarmut führt zur Einkommensarmut: Die im Bericht zusammengestellten Daten belegen eindrücklich den Zusammenhang von Chancengleichheit im Bildungssystem und Chancengleichheit im Hinblick auf einen gleichberechtigten Zugang zum ökonomischen, materiellen und kulturellen Reichtum der Gesellschaft. Die Sicherheit vor Erwerbslosigkeit, die Stellung im Beruf und nicht zuletzt die erzielten Einkommen selbst, sind vom beruflichen Bildungsstand abhängig. Eine Hochschulausbildung verbessert die individuellen Chancen erheblich. Und das bedeutet: Die Chancengleichheit trägt entscheidend zu fortgesetzter sozialer und ökonomischer Benachteiligung bei.

Bildungsabschluss und Einkommensverteilung hängen direkt miteinander zusammen. Die Wahrscheinlichkeit, von Armut verschont zu bleiben, steigt mit den Bildungsabschlüssen.



Der demnächst vollständig vorliegende Bericht zur sozialen Situation der Studierenden zeigt die Lagedaten noch detaillierter. Die Erhebung wurde wieder von der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) in Hannover für das DSW durchgeführt. Derzeit liegt dazu der Vorbereicht „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2000 – 16. Sozialerhebung“ vor. Schwarz auf weiß wird mit den Ergebnissen der 16. Sozialerhebung das Versagen auch rot-grüner Bildungspolitik aufgezeigt. Trotz vollmundiger Erklärungen und wiederholter Bekundungen wird die Benachteiligung Studierender mit einkommensschwacher und bildungsferner Herkunft fortgeführt. Ganz so, wie die 1998 abgelöste Regierung schon Jahr um Jahr bestehende Ungleichheit zementiert hat. Die Zahlen dazu sind deutlich: Der Anteil der Studierenden aus einkommensschwachen und bildungsfernen Familien hat sich weiter verringert und liegt bei nur noch 13% (1997: 14%). Hingegen ist der Anteil der Studierenden aus der Herkunftsgruppe „hoch“ (einkommensstark, bildungsnah) noch einmal auf 33% gestiegen (1997: 31%).

Ein weiteres, interessantes Ergebnis: Kurz nach der Regierungsübernahme wurden *einige* Regelungen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) nach den Verschärfungen der 1996er wieder leicht entspannt (u.a. Fachrichtungswechsel, Verlängerungsgründe). Die Wirkung dieser großmundig verkündeten „Verbesserungsmaßnahmen“ lässt sich nun auch zahlenmäßig ablesen. Das Ergebnis überrascht die KennerInnen der Materie kaum. Mit der Sozialerhebung ist nun auch belegt, dass sich der durchschnittliche Förderungsbetrag kaum erhöht hat. Dazu passt die im Ergebnis weiter verstetigte Erwerbstätigkeit Studierender. Ein Beleg für die unverändert zu geringen Förderungsbeträge. Und auch für die fortgesetzte „Abschreckungswirkung“, die durch eine ständige Änderungsdynamik der BAföG-Regelungen gezeitigt wird. BAföG ist – als „Rumpfförderung“ keine Studienfinanzierung (mehr). Dafür gibt es zu wenig Verlässlichkeit und Verbindlichkeit.

Auch unter Rot-Grün ist also der Zugang zum Hochschulstudium für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen nicht erleichtert, sondern erschwert worden. Paradox

Jörg Meier lebt in Hannover, ist als Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen in Frankfurt am Main tätig und lehrt Sozialrecht an der Fachhochschule Merseburg.

dabei: In Zukunft werden nicht weniger, sondern sehr viel mehr Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen benötigt. Die jüngste Bildungsstudie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bspw. hat nachgewiesen, dass die Bildungsbeteiligung in Deutschland mit gerade einmal 28 Prozent auch im internationalen Vergleich (Vergleichswert: rund 40 Prozent) ausgesprochen niedrig ausfällt.

Aber offensichtlich besteht auch das Handlungsprogramm für die neue Regierung darin, überwiegend Kinder von Besserverdienenden an die Hochschulen zu lassen. Da helfen auch die zu zögerlich und unbeherzt vorgenommenen „Kurskorrekturen“ bspw. im BAföG nicht. Lt. Sozialerhebung kann BAföG nur mit bescheidenen 10 Prozent zum Lebensunterhalt der ohnehin zu wenigen, leistungsberechtigten Studierenden beitragen. Ein mehr als ernüchterndes Ergebnis. Und das ausgerechnet zum anstehenden 30. Geburtstag des BAföG, das „Benachteiligten ausgleichend“ denen eine akademische Ausbildung ermöglichen wollte, denen dies wegen geringer oder nicht vorhandener eigener finanzieller Mittel ansonsten nicht möglich ist.

Wie wenig das BAföG immer noch seinen Anspruch erfüllt, zeigen die Ergebnisse der 16. Sozialerhebung ebenfalls. 2000 erhielten von allen Studierenden weniger als 20 % BAföG. Zum Vergleich: 1982 lag diese Gefördertenquote bei 37%, 1994 bei knapp 27%.

Und das trotz einer – aktuell deutlich – gestiegenen Zahl von BAföG-Anträgen. Doch die, von den zuständigen Stellen, chronisch knapp gehaltenen Ämter für Ausbildungsförderung, können die Antragsflut kaum bewältigen. Insider befürchten nun, dass dadurch die Bescheiderteilung unnötig verzögert werden wird. Und wie im letzten Jahr auch, wird sich bei den hoffnungsvoll Antrag stellenden Studierenden wieder Ernüchterung einstellen, wenn ihnen ihr BAföG Bescheid dann endlich vorliegt. Vielfach kommt es nicht zu einer auskömmlichen Förderung. Die nächste Sozialerhebung wird dazu die Zahlen aufzeigen. Zu erwarten steht, dass die Zahl der Geförderten sowie der Förderungsbeträge nur sehr gering steigt.

Angesichts dieser Befunde mutet es fast zynisch an, wenn Bundesbildungsministerin Bulmahn an Jugendliche aus Arbeiterfamilien appelliert, sich häufiger für ein Studium zu entscheiden (Süddeutsche Zeitung vom 20. Juli 2001, S. 5). Mit einer nicht bedarfsgerechten, wegen der anhaltenden Änderungsdynamik überaus unverlässlichen Ausbildungsförderung, die ohnehin nur die wenigsten Studierenden erreicht, bleiben derlei Appelle nur hohle Phrasen. So gelangen die Angesprochenen gar nicht erst zur Hochschulzugangsberechtigung, weil schon die vorgelagerte, ein Studium überhaupt erst ermöglichende, (Schul-)Ausbildung nicht BAföG-förderungsfähig ist. Die Förderungsart in Form eines privatrechtlichen Darlehensvertrag über die „Deutsche Ausgleichsbank“ ist eine sozialrechtliche Einmaligkeit. Eine solche, subventionsrechtlichem Verständnis entlehnte, Ausbildungsförderung ist – nicht nur aus Gründen rechtssystematischer Unmöglichkeit – entschieden abzulehnen. Man stelle sich – vergleichend – bspw. vor, das Recht auf Erziehungsgeld würde darin bestehen, dass Anspruchsberechtigte lediglich das Recht erhalten, bspw. bei der „Deutschen Bank“ einen privatrechtlichen Darlehensvertrag abschließen zu dürfen. Eben genau dieses „Recht“ wird BAföG-Berechtigten zugestanden bzw. zugemutet, wenn ihnen anstatt BAföG ein Vertrag mit der „Deutsche Ausgleichsbank“ offeriert wird. Natürlich wird eine solche Art der

Ausbildungsförderung weiterhin Studierwillige abschrecken, die mangels finanzieller Rückhalte eben keinen solchen ungedeckten Scheck auf die Zukunft ausstellen können.

Angezeigt sind grundsätzliche und strukturelle Änderungen in der Ausbildungsförderung. Studierendengebühren müssen, da wo sie als unvermeidlich verortet werden, auf die finanzielle Leistungsfähigkeit abgestimmt werden, um Abschreckungseffekte zu vermeiden und eine gleichberechtigte Finanzierung der Hochschulausbildung zu gewährleisten.

Die schrittweise Einführung von Studiengebühren, ja allein die anhaltende Diskussion über Gebühren, schreckt insbesondere Studieninteressierte aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien vom Studium ab.

Natürlich kann es Ausbildung nicht zum Nulltarif geben. Es kann aber auch nicht angehen, dass weniger Begüterte die Infrastruktur der Hochschulausbildung überwiegend finanzieren müssen. Nur eine wirklich bedarfsgerechte Ausbildungsfinanzierung – nicht nur des Hochschulstudiums – sichert eine angemessene Ausbildungsqualität.

Die Ergebnisse der Sozialerhebung sind als *Zusammenfassung* und als *Vorbericht* via Internet unter <http://www.studentenwerke.de/> abfragbar. Der Armuts- und Reichtumsbericht ist als vollständiger Text („Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, Bd. 1: Bericht/ Bd. 2: Daten & Fakten) auf der Homepage des BMA abzurufen <http://www.bma.de>

spw

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

40

Zukunfts- Perspektiven

Wirtschaftsdemokratie; Internationale Finanzmärkte, Europäischer Wohlfahrtskapitalismus; Wissensökonomie, Care Economy, Solidarisches Arbeiten; Ethik der Nachhaltigkeit, Ökosteuer, Neue Energiepolitik; Sozialisierung des Marktes, Sozialgenossenschaften; Gewerkschaften, Neuer Internationalismus

A. Künzli, E. Aitvater, M.R. Krátka, A. Gorz, M. Madörin, C. Möller, M. Massarrat, M. Müller, W. Brüggen, B. Fieger, M. Creydt, H. Busch, A. Rieger, D. Gallin

Diskussion

A. Demirovic: Kritische Gesellschaftstheorie
M. Jäger: Kapitalismus als Religion
M. Zülle: Psychoanalyse und Dissidenz

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

21. Jg./1. Halbjahr 2001

20 Jahre

208 Seiten, Fr./DM 25.– (Abonnement Fr./DM 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Bildungshorizonte

Sechs Aspekte des Lehren und Lernen für Nachhaltigkeit und sozialen Ausgleich.

Von Klaus Moegling

1. Nachhaltigkeit.

Eine sozialdemokratische Bildungspolitik, die sich nicht als Erfüllungsgehilfen kapitalistischer Verwertungsinteressen versteht, muss das Prinzip der Nachhaltigkeit im Sinne der Brundtland-Kommission mit dem kritischen Blick auf das Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie und das Verhältnis zur Dritten Welt zum prioritären Bezug haben. Bildungsprozesse müssen dementsprechend mit Priorität Qualifikationen vermitteln, die auf nachhaltiges Wirtschaften und den Abbau des internationalen Reichtumsgefälles abzielen. *Des Weiteren muss der Nachhaltigkeitsgedanke auf die Bildungsprozesse selbst übertragen werden, d.h. es geht um eine zukunftsichernde Förderung der Lernpotentiale aller Menschen, nicht im neoliberalen Sinne von Humankapital, sondern in der Balance individueller und gesellschaftlicher Interessen.* (Moegling/Peter 2001) Um das Lernpotential der jungen Menschen auch unter einer methodischen Perspektive zu fördern, sind versuchsweise Phasen thematisch orientierten Epochenunterrichts einzurichten, in denen zugunsten niveauvollem projektorientierten Unterrichts eine partielle Ausschaltung des verstaubten institutionellen Kerns der noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Segregation des Schulwesens (Dominanz einer fachspezifischen Stundentafel, Vorrang des 45-Minuten-Unterrichtstaktes, starre Lerngruppen, Fixierung auf Klassenräume etc.) erfolgt. Lernprozesse müssen die Schüler/innen als Subjekte erreichen, sie so berühren und anregen, dass lernwerte Erfahrungen und kritische Reflexionen angestoßen werden. Dies bedeutet ein Verstehen des pädagogischen Handelns als „interaktiven Ernstfall“ in doppelter Hinsicht: Einbau von handlungsorientierten Situationen in die pädagogische Interaktion einerseits und hiermit verbunden andererseits das Abzielen auf Handlungsfähigkeit in relevanten außerschulischen Situationen. Ein derartiger didaktischer Ansatz hat fast nichts mehr mit der traditionellen Lehrbuchmethodik gemeinsam, sondern weist die paradigmatische Verwandtschaft zu Ansätzen der Befreiungspädagogik in der „Dritten Welt“ auf, wie sie von Freire, Illich und Nyerere vertreten wurden (Vgl. hierzu Illich u.a., 1972, 22f.). Der Schüler wird hier nicht als „leeres Gefäß“ betrachtet, sondern als Erkennender im gemeinsamen Prozess der Welterkundung und –gestaltung.

2. Sozialer Ausgleich.

Sozialdemokratisch orientierte Bildungspolitik muss sich natürlich auch auf die Vorbereitung sehr leistungsfähiger und gut sozialisierter junger Menschen für die technologischen Anforderungen der Informationsgesellschaft beziehen. Doch in erster Linie muss sich das Anliegen einer linken sozialdemokratischen Bildungspolitik von anderen Par-

teien dadurch unterscheiden, dass die ersten Adressaten dieser Politik von der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung der Marginalisierung breiter Gesellschaftsschichten benachteiligt werden und Bildungspolitik gezielt dafür eingesetzt wird, dieser Benachteiligung entgegenzuwirken. So muss in einem sozialdemokratischen Papier – wie es der eingangs bemühte Entwurf eines sozialdemokratischen Leittrags darstellt – die Gesamtschulthematik enthalten sein und ein klares Bekenntnis zur Förderung reformorientierter Gesamtschulen, die über institutionalisierte Integrationsleistungen und Förderkonzepte am ehesten eine Kompensation unbefriedigender familialer und milieubedingter Sozialisation leisten können. Voraussetzungen hierfür sind, dass sozialdemokratische Bildungspolitik sich klar zu reformorientierten (in der Regel integrierten) Gesamtschulen bekennt und hier die gesellschaftlichen Ressourcen in finanzieller und personeller Hinsicht massiert einsetzt und jegliche politisch sinnvolle Unterstützung für diesen Schultyp gewährleistet. Insbesondere die Verbindung aus integrierten Gesamtschulen und pädagogisch gestalteten Ganztagsangeboten sollte im Zentrum sozialdemokratischer Bildungspolitik unter dem Aspekt der Kompensation sowie der Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen und Schichten stehen. Unsere Gesellschaft braucht nicht ein größeres Maß an Segregation und Entfremdung der Menschen, Gruppierungen und Schichten voneinander, wie sie die durchgehende Rekonstruktion des dreigliedrigen Schulsystems zu Folge hätte. Wir brauchen Integration, die Verständigung auf gemeinsame Grundwerte und gegenseitigen Respekt, um innergesellschaftlich friedliches und damit auch ökonomisch erfolgreiches Zusammenleben zu erreichen. So verstanden ist Bildungspolitik auch Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik.

Hierüber hinaus machen die gegenwärtigen internationalen Vergleichsstudien sowie OECD-Analysen deutlich, dass das hochselektive Bildungssystem der Bundesrepublik nicht nur sozial unausgewogen, sondern hierüber hinaus auch uneffizient ist. Es kann nicht einmal eine internationalen Vergleichen standhaltende Bildungselite hervorbringen, geschweige denn Hochschulabsolventenzahlen wie in Skandinavien, wo die deutliche Mehrheit der Schüler und Schülerinnen eines Jahrgangs aufgrund eines auf eher auf Förderung und weniger auf Selektion ausgerichteten Schulsystems studiert.

Des Weiteren sind im Rahmen einer linken sozialdemokratischen Bildungspolitik die Institutionen beruflicher Aus- und Fortbildung konzeptionell und finanziell zu stärken, da hier eine enorme Chance kompensierender Bildung im fortgeschrittenen Jugendalter bzw. im Erwachsenenalter enthalten ist.

3. Globalisierung, Europäisierung und Migration.

Deutschland und Europa sind durch die sozioökonomischen Prozesse und ökologischen Folgen der Globalisierung zunehmend zu Einwanderungsregionen geworden. Sozialdemokratische Bildungspolitik muss insbesondere Anstrengungen unternehmen die für unsere Gesellschaft dringend notwendigen MigrantInnen in unser politisches und gesellschaftliches Leben zu integrieren. Dies bedeutet eine weitere Konzentration von finanziellen und personellen Ressourcen im Bereich der Bildungseinrichtungen, in Rahmen derer MigrantInnenkinder und erwachsenen MigrantInnen Bildungschancen eröffnet werden. Gerade in diesem Kontext gewinnt die Förderung reformorientierter Gesamtschulen einen besonderen Stellenwert. Unter diesem Blickpunkt bedeutet die pädagogische Strukturierung

BILDUNG

von Ganztagschulen eine deutliche Chance zu einem kulturell ausbalancierten Angebot für MigrantInnenkinder in ihrem Leben zwischen Schule und Familie einerseits und andererseits für deutschstämmige Schüler die Errungenschaften und die Jugend anderer Kulturen im schulischen Zusammenleben kennen zu lernen.

Die mit der zunehmenden Europäisierung verbundenen Bildungschancen interkultureller Erziehung in Deutschland sind bewusst und gezielt wahrzunehmen. Insbesondere bilinguale Angebote in Schule und Studium sind verstärkt vom Lehrpersonal einzufordern. Hierfür notwendige Fortbildungslehrgänge sind zu finanzieren und einzurichten. Bilinguale Erziehung ist nicht nur zweisprachiges Unterrichten, sondern stellt die Möglichkeit dar, zu interkultureller Toleranz zu erziehen und somit ihre friedensstiftende Funktion im europäischen Raum wahrzunehmen.

Des Weiteren ist ein besonderer Schwerpunkt in der Europäisierung der Ausbildungsgänge und der Qualifikationen zu sehen, um hier Bildungshemmnisse im europäischen Raum abzubauen.

4. Politische Bildung.

Angesichts zunehmender Wahlenthaltung, emotionaler Abwendung von der Sphäre des Politischen und wachsender rechtsextremistischer Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland sind die systematischen Versuche der christdemokratisch regierten Länder, z.B. Hessen, die politische Bildung auf allen Ebenen zu zerschlagen, ausgesprochen kontraproduktiv. Hingegen ist die politische Bildung in allen relevanten Bereichen zu aktivieren (Schule, Hochschule, Volkshochschulen, freie Bildungsträger etc.). Hier dürfen keinesfalls Ressourcen des Bundes und der Länder abgezogen werden, sondern diese sind hier deutlich zu erhöhen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung bzw. Nachhaltigkeit in der politischen Bildung erfordert aufgrund der zu leistenden gesellschaftlichen Aufgabenstellung einen erweiterten Kompetenzbegriff, der durch weitsichtiges, interdisziplinäres, vernetzendes, solidarisches und multiperspektivisches Denken gekennzeichnet ist. Dies erfordert eine Schülerpersönlichkeit, die in der Lage ist, Informationen selbstständig aufzunehmen, in kommunikativen Prozessen zur Erkenntnis reifen zu lassen und entsprechende Konsequenzen handeln zu ziehen. Unterrichtsmodelle, die an derartigen Ansprüchen nachhaltigen Lernens orientiert sind, müssen Handlungssituationen schaffen, im Rahmen derer eine derartige Gestaltungskompetenz gefördert wird, deren Struktur den interaktiven Ernstfall bereits enthält und auf ihn abzielt. Besonders geeignet hierfür sind Formen des exemplarischen Lernens, im Rahmen derer gesellschaftliche Interessen hinter sozialen Konfliktfällen aufgespürt und erkenntniskritisch bearbeitet werden. Aber auch andere Formen des entdeckenden und forschenden Lernens, z.B. der methodenkritische Einsatz von jugendgemäß rekonstruierten Formen empirischer Sozialforschung bietet sich hier an. Insbesondere Politik- und Geschichtswerkstätten könnten der geeignete Ort im Rahmen von Bildungsinstitutionen sein politischen Konflikten und Interessenslinien auf die Spur zu kommen. (Zum didaktisch-methodischen Konzept der Politikwerkstatt vgl. Moegling/Peter: 2001, 101 ff.)

5. Lehreraus- und -fortbildung.

Die verschiedenen Phasen der Lehreraus- und -fortbildung müssen stärker vernetzt werden. (Die derzeit erarbeiteten Konzepte im Spannungsfeld der Hamburger von J.Oelkers

Foto: Christian Kiel (Berlin)



geleiteten Konzeption und der u.a. von R. Messner und H. Dauber entworfenen Kasseler Konzeption bieten eine anregende Grundlage für eine derartige Reformierung der Lehreraus- und -fortbildung.) Hierbei müssen die Universitäten, die Studienseminare und die Lehrerfortbildung wesentlich intensiver als bisher miteinander Kontakt aufnehmen und sich institutionell unter Beteiligung der administrativen Unterstützungssysteme im Bildungssektor vernetzen. Es gilt regionale Lehrernetze unter Beteiligung der genannten Aus- und Fortbildungsinstitutionen zu begründen, deren didaktisch-methodischer Diskurs zu einer zeitgemäßen Wahrnehmung der Lehrerrolle zunehmend als Moderator und Begleiter von Lernprozessen führen müsste. Eine veränderte Theorie-Praxis-Durchdringung durch die Integration von Studenten, Referendaren, Planstelleninhabern, Fachleitern, Fortbildnern und Hochschullehrern könnte zu einer deutlicheren Verlagerung von Bildungszielen und Lehrmethoden auf die psychosoziale, lebensgeschichtliche und lebensweltliche Ebene der Schüler führen. Der Schüler als Subjekt steht hier eher im Mittelpunkt der Bildungspraxis, ein derartiger Blick geht nicht so leicht verloren, wenn Praktiker und Studenten auf die oftmals schon zu lang hiervon getrennten Ausbilder treffen.

6. Fazit.

Eine sozialdemokratische Bildungsoffensive insbesondere unter dem Aspekt des sozialen Ausgleichs, der kritischen Berücksichtigung globaler Tendenzen und der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Lernprozesse benötigt nicht nur gute bildungspolitische Ideen und pädagogische Phantasie, sondern bedarf insbesondere einer deutlichen Verlagerung der staatlichen Investitionspolitik zugunsten des Bildungssektors. Hier muss tatsächlich „Geld in die Hand genommen“ werden, um den internationalen Anschluss im Bildungsbereich wiederherstellen zu können. Bildung muss zu einem Mega-Thema sozialdemokratischer Politik des soeben begonnenen Jahrzehnts werden. Die SPD muss eine Grundsatzentscheidung treffen, ob sie die politische und soziale Dimension des Bildungsthemas erkennen und hierbei den neoliberalen oder den nachhaltigen Entwicklungsweg vertreten will. Hierbei muss allerdings darauf aufmerksam gemacht werden, dass die neoliberale Lösung im Widerspruch zur sozialdemokratischen Tradition und Identität steht, zwei Bezüge, die hiermit aufgegeben würden.

spw

Literatur

Klaus Moegling/ Horst Peter: Nachhaltiges Lernen in der politischen Bildung. Lernen für die Gesellschaft der Zukunft. Opladen 2001
Illich u.a. (Hrsg.): Bildungspolitische Alternativkonzeptionen der Dritten Welt. Bonn 1972, 22f.

„Bildung entscheidet über unsere Zukunft“ –

Grundsätzliche Anmerkungen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte in der SPD

Von Ernst-Dieter Rossmann

„Dieser Leitantrag ist überflüssig. Er tut weder der Bildungspolitik noch der SPD einen Gefallen.“ Mit diesem harschen Verdikt über den am 23.04.01 vom SPD-Parteivorstand vorgelegten ersten Entwurf eines bildungspolitischen Leitantrags hat sich kürzlich der frühere langjährige GEW-Bundesvorsitzende Dieter Wunder in der „Frankfurter Rundschau“ zu Wort gemeldet. Diese Ansicht muss man in dieser Schärfe nicht teilen, aber sie gibt schon Anlass zum Nachdenken. Immerhin ist es ein positives Zeichen an sich, dass im SPD-Parteivorstand zum ersten Mal seit langer Zeit überhaupt wieder die Initiative ergriffen worden ist, mit einem Leitantrag offensiv die bildungspolitische Debatte aufzunehmen. Diese Chance sollte jetzt aufgegriffen werden.

Bildungspolitik als Kernbereich jeder Reformpolitik

Schließlich handelt es sich hier um einen Kernbereich jeder sozialdemokratischen Reformpolitik. Schon die Gründerväter und -mütter der Sozialdemokratie wussten: „Wissen ist Macht und Bildung führt zur Freiheit“. Kein Grundsatzprogramm in der langen Geschichte der SPD verzichtete darauf, das Recht auf Bildung in den Zusammenhang von Gleichheit und Gerechtigkeit zu stellen. Über Bildung zu Fortschritt und Innovation beizutragen, ist einer der ehren Programmsätze im Grundverständnis dieser Partei, von ihrer Spitze bis zu den Mitgliedern. Für viele war ihr persönlicher Aufstieg erst durch bessere Bildungschancen möglich geworden. Und es war natürlich auch kein Zufall, dass sich in der bildungsbewegten SPD auch immer wieder überproportional Vertreterinnen und Vertreter der Lehrerschaft, aus den Hochschulen und aus anderen Bildungsbe-

reichen organisierten. Mit besonderem Engagement hat sich die SPD auch in ihrer praktischen Reformpolitik in den Kommunen, in den Ländern und im Bund der Bildung gewidmet. Unvergessen die harten Kämpfe um mehr Chancengleichheit im Schulsystem, für Arbeiterkinder, für Mädchen und junge Frauen, ideologisch hoch umstritten die kritische Auseinandersetzung um Bildungsziele und Lehrpläne, schon legendär die Bildungsoffensive unter Willy Brandt in der sozialliberalen Koalition, mit BAföG, dem Hochschulrahmenrecht bzw. dem Hochschulbauförderungsgesetz und der Berufsbildungsreform.

Entsprechend hoch dürfen die Ansprüche an einen bildungspolitischen Leitantrag sein, von dem die Partei und

die interessierte Öffentlichkeit dreierlei erwarten können: Er muss kritische Maßstäbe zur Analyse von Zustand und Entwicklung der modernen Wissens- und Bildungsgesellschaft einbringen und dabei das sozialdemokratische Grundverständnis von Bildung, ihrer Bedeutung und ihrer komplexen Qualität, klar und profiliert zu definieren versuchen. Er muss ordnend und orientierend bildungspolitische Handlungsfelder beschreiben und die verschiedenen Bildungsphasen und institutionellen Lernfelder in konkreten Veränderungsschritten miteinander verbinden. Und schließlich muss er die institutionellen wie personalen Träger von Bildungsprozessen ansprechen, motivieren und für die neuen Perspektiven gewinnen.

Der Aufruf an die „Bildungschaffenden“ ist überfällig

Ein selbstbewusster Leitantrag muss deshalb auch eine ausdrückliche Aufforderung an alle diejenigen sein, die in den Bildungseinrichtungen arbeiten, sich in diesen Bildungsdiskurs von außen kritisch einzuschalten oder/und in unserer Partei mitzuwirken, z.B. als Referendar, Lehrer, Hochschullehrer, Ausbilder und Wissenschaftler, als Schüler und Elternteil, als Auszubildender und Student. Nur neue, auf inner- wie außerparteilichen Diskurs und offene Partizipation angelegte Qualitäten in unserer Bildungsreform können hier die Verluste an Zustimmung und Engagement, die nicht zuletzt durch andauernde Sparhaushalte der Länder und Orientierungslosigkeit der Partei auf ihren verschiedenen Ebenen verursacht worden sind, schrittweise wieder aufholen. Gerade in Zeiten, wo absehbar 50% der 670.000 Lehrer an den Schulen und der 35.000 Professoren an den Hochschulen neu eingestellt werden, liegt hierin für die SPD mehr als nur eine große Chance zur eigenen Erneuerung. Einfach gesprochen: Die SPD braucht die Berufsgruppe der Lehrer, Ausbilder und Professoren als dynamischen Teil ihrer Mitglieder. Sie muss sich bei über 12 Millionen Schülern und ihren Eltern – darunter 2,3 Millionen in einer beruflichen Bildung – und 1,8 Millionen Studenten als Bildungspartei verankern. Ohne sozialdemokratische Meinungsführer und Mittler in den Institutionen selbst kann im Bildungsbereich jede strukturelle und inhaltliche Reform in unserem Sinne nur scheitern. Die Hochschul- und Wissenschaftsforen der SPD sind hier ein bemerkenswerter Ansatz. Spitzenpolitiker der SPD stellen sich regelmäßig dem kritischen Forum an den Hochschulen. Für den wichtigen vorschulischen und schulischen Sektor fehlen bisher noch solche Plattformen, von der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Bildungswesen einmal abgesehen. Gleiches gilt für den expandierenden Bereich der Weiterbildung.

Im übrigen wissen wir: Mit Bildungspolitik werden kaum Wahlen zu gewinnen sein, verloren werden können sie in den Ländern dadurch jedoch allemal. Die Hessenwahl 1999 steht auch hier als Menetekel an der Wand. Mit Sparplänen alleine lässt sich nun einmal keine Zustimmung mobilisieren. Und Lehrer sind auch in Niedersachsen alles andere als „faule Säcke“. Wir brauchen den Aufruf an alle Bildungsschaffenden, sich in unserer Partei für die Bildungsgesellschaft der Zukunft mit anderen zusammen einzusetzen. Es ist überfällig, dass wir dieses Potential zurückholen in die Partei und die ebenso streitige wie konstruktive Auseinandersetzung um das richtige Bildungsverständnis, die gesellschaftskritische Begleitung des gesellschaftlichen Wandels und die politische Programmatik für die nächsten 10 Jahre führen! Der Leitantrag kann hierzu ein Forum bieten. Er muss zum Anstoß werden für einen breit

Mit Bildungspolitik werden kaum Wahlen zu gewinnen sein, verloren werden können sie in den Ländern dadurch jedoch allemal.

Ernst-Dieter Rossmann, MdB, lebt in Elmshorn

entwickelten Orientierungsrahmen zur Bildungsgesellschaft 2010, der die verschiedensten Akteure in den Kommunen, den Ländern und im Bund in einer konzertierten Aktion zusammenbringt.

Mehr Wertorientierung und klare Leitbegriffe

Dazu bedarf es allerdings mutiger und mobilisierender Vorgaben. Tatsächlich werden in der sozialdemokratischen Diskussion die Herausforderungen für die zukünftige Bildungspolitik immer noch viel zu ökonomistisch und technologisch, wenig gesellschaftskritisch und reformpädagogisch angegangen. Es fehlt schmerzlich eine klare und selbstbewusste Darstellung unseres sozialdemokratischen Bildungsverständnisses, bei dem Bildung nicht nur in Kombination mit anderen Zwecken, sondern als Ziel in sich, als eigener in sich wertvoller Inhalt definiert wird. Noch einmal zu Dieter Wunder und seiner Philippika gegen den ersten Entwurf des bildungspolitischen Leittrags: Er regt an, die Vision der Bürgergesellschaft, wie von Gerhard Schröder thematisiert, als grundsätzlichen Rahmen aufzunehmen. Nicht der Wirtschaftsbürger, der Träger von Qualifikation und Arbeitskraft, sondern der selbstbewusste, in eigener Bildungsidentität ruhende, sich der Gesellschaft und den res publica zuwendende moderne Bildungsbürger wäre damit zum Leitmotiv gemacht. An dieses Ideal lassen sich demokratische Verantwortung und soziale Teilhabe ebenso knüpfen wie Nachhaltigkeit und Solidarität in einer gefährdeten Welt. Hierin gründet im Übrigen auch die Perspektive einer modernen Bildungspolitik, nämlich sich nicht nur auf die ersten Lernphasen und die erste Ausbildung zu konzentrieren, sondern sich auf die Bildungszeit eines ganzen Lebens und aller Generationen auszurichten.

Als Leitlinie sozialdemokratischer Bildungspolitik muss dabei deutlich herausgestellt werden die Entwicklung und Förderung eines allseitig gebildeten, kritikfähigen und selbstbestimmten, gesellschaftsorientierten und verantwortungsbereiten Menschen, und zwar eines jeden Menschen. Bildung wird damit auch zur Voraussetzung für Lebensglück und Lebensverwirklichung jedes Individuums. Der Begriff der Emanzipation bleibt für ein sozialdemokratisches Bildungsprogramm auch für die Zukunft unverzichtbar. Und auch der Grundwert der Solidarität ist zentral mit unserer Vorstellung von Wissenschafts- und Bildungsgesellschaft der Zukunft verbunden.

Die Chancengleichheit gehört ins Zentrum

Leider fällt immer wieder auf, dass es in vorgelegten programmatischen Entwürfen aus der SPD zur Bildungspolitik gar keine oder nur rudimentäre Ansätze zur gesellschaftskritischen Analyse mehr gibt, sondern der gesellschaftliche Wandel, der vorrangig als ökonomisch-technologischer gesehen wird, als Macht des Faktischen quasi emotionslos angenommen wird. Wo findet sich die explizite, gesellschaftspolitisch begründete Kritik der nach wie vor ungleichen Bildungschancen in Deutschland und in der Welt, der fehlenden Ansprache und Förderung bestimmter bildungsferner, unterqualifizierter und sozial diskriminierter Gruppen unserer Gesellschaft? Es ist doch schon bemerkenswert, dass der Bundespräsident hier zu deutlicheren Worten gegriffen hat als es die SPD-Parteiführung vielfach tut, wenn Johannes Rau sich in seiner berühmten bildungspolitischen Grundsatzrede vom 14. Juli 2000 erkennbar Sorgen macht über die „Spaltungen in unserer Gesellschaft“ (Rau), zwischen den sozialen Klassen, den Geschlechtern, den Nationalitäten, zwischen Ost und West. Die Politik hat schließlich die Aufgabe, die Gesellschaft zu gestalten und

sich nicht hinter einem ausschließlich ökonomisch definierten Strukturwandel zu verstecken.

Natürlich ist es richtig, dass das Bildungssystem „Angebote sowohl für die leistungsschwächeren als auch für leistungsstärkere Kinder und Jugendliche“ bieten muss. Nur darf bei der Differenzierung der Angebote, der Förderung von sog. Hochbegabten und der Propagierung von Exzellenzzentren nicht vergessen werden: Wer, wenn nicht die SPD, kann und muss aus ihrem Verständnis von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit immer wieder besondere Anstrengungen im Ausgleich von Bildungsdefiziten und der Kompensation von Bildungsnachteilen und Bildungsschranken unternehmen und sich dafür einsetzen? Dafür hat die SPD allein im Schulbereich mit der Orientierungsstufe und der Gesamtschule, mit dem offenen Unterricht an der Grundschule wie mit der Integrationspädagogik für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung in ihrer erfolgreichen Reformpolitik zu viele Zeichen gesetzt, als dass sie diese Linie jetzt stillschweigend aufgeben könnte. Wir haben keinen Grund, geschichtslos über nachhaltig wirkende sozialdemokratische Beiträge zur Schulreform hinweg zu gehen.

Wichtige traditionelle Aufgabenstellungen unserer SPD-Reformpolitik sind schließlich nach wie vor aktuell:

Gibt es im Gender Mainstreaming wirklich keine gravierenden Missstände mehr, sowohl in der Schulzeit wie vor allen Dingen im weiteren Verlauf des Bildungs- und Berufslebens? Die Beseitigung der Bildungsunterschiede zwischen Frauen und Männern in der Wahl aussichtsreicher Berufsausbildungen und Studiengänge, in der Qualifizierung für und Berufung in Führungsaufgaben an den Bildungseinrichtungen, speziell an den Hochschulen, gehört weiter ganz oben auf die Liste der Agenda. Ein Frauenanteil unter 10% an den Professuren ist ein Skandal!

Auch gesellschaftspolitische Zukunftsaufgaben, wie die Integration der über 7 Millionen Migrantinnen und Migranten und die bildungspolitische Begleitung einer Einwanderungskultur, erfordern programmatische und praktisch-politische Anstrengungen, besteht doch längst ein Konsens darüber, dass von Zuwanderung und Integration eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen für die nächsten Jahrzehnte ausgeht. Schon jetzt hat ein Drittel aller Schüler einen „Migrationshintergrund“. Und diese Zahl wird noch wachsen. Die Zahl ausländischer Studenten soll um 50% auf 160.000 gesteigert werden. Die SPD muss aus vielen Gründen die Partei sein, die sich hier konzeptionell wie in der praktischen Umsetzung besonders engagiert.

Auch Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit können nicht ausgespart bleiben. Wo wir die Gesellschaft auffordern, gegen diese Menschenverachtung Gesicht zu zeigen, darf ein bildungspolitischer Leittrags hierzu nicht schweigen, sondern muss seinen Handlungsrahmen aufzeigen und konkrete Schritte benennen. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse setzte auf dem Gewerkschaftstag der GEW im Mai dieses Jahres die Akzente so: „Es ist wichtig, mit dem Internet umgehen zu können. Aber ebenso wichtig ist es zu wissen, welche Rechte und Pflichten man in der Demokratie hat und wie Toleranz und Solidarität gelebt werden“. Die Gewichte sind falsch verteilt, wenn die

Leider fällt immer wieder auf, dass es in programmatischen Entwürfen aus der SPD nur rudimentäre Ansätze zur gesellschaftskritischen Analyse gibt.

SPD, z.B. im bildungspolitischen Leitantrag zum Bundesparteitag, den neuen Medien ein ganzes Kapitel, einem Handlungsrahmen für politische Bildung und Lernen von Demokratie jedoch nur wenige magere Zeilen widmet.

Nachhaltige Antworten bedarf es auch auf die im Entwurf bisher ignorierten Zukunftsprobleme aus den nach wie vor bestehenden Ost-West-Divergenzen in den Bildungsstrukturen und -entwicklungen in der Bundesrepublik. Die Auswirkungen des demographischen Wandels verstärken diese Divergenz im Osten, bevor sie dann mit gleicher Vehemenz und bildungspolitische Relevanz auch in Westdeutschland virulent werden. Noch scheint es gar nicht richtig durchzudringen, was es in Zukunft für Erziehung und Bildung in einer Gesellschaft bedeutet, wenn über 35% der Menschen älter als 60 Jahre und deutlich unter 15% jünger als 20 Jahre sind.

Schließlich ist festzustellen: Ein Jahrhundertprojekt, wie die politische und gesellschaftliche Entwicklung Europas muss endlich auch bildungspolitisch durchbuchstabiert werden, von den praktischen Zusammenhängen mit der Globalisierung ganz zu schweigen. Die Probleme von Brain Drain und Brain Gain dürfen nicht unbeantwortet bleiben, wo gemeinsame internationale Konzepte überfällig sind. Nicht ohne Grund beklagen die osteuropäischen Staaten schon jetzt den gleichen Verlust an qualifizierten jungen

Menschen von den Hochschulen und aus der Wissenschaft, wie ihn Deutschland gegenüber den USA leidvoll erlebt. Und im europäischen Schulwesen rücken Vorschläge wie ein Pflichtaustausch von jedem europäischen Schüler in ein andere

europäisches Land (so Frankreichs Premierminister Lionel Jospin) oder die Europa-Anerkennung und Einsatzfähigkeit jedes Lehrers in den Vordergrund. Nachdem in ca. 30 Staaten Europas der Bologna-Prozess vor zwei Jahren erfolgreich eingeleitet worden ist, um die Kooperationsfähigkeit der Hochschulen in Europa zu erhöhen, sind hier jetzt auch neue Ideen für die Schulen gefragt. Denn richtig ist: Internationalität sollte schon in frühen Bildungsphasen gelehrt und gefördert werden.

Peter Glotz, der vormalige Vordenker der Sozialdemokratie in den 80er Jahren, hatte in einer Streitschrift über die Zukunft der Bildung propagiert, diese müsse humanistisch, europäisch und ökologisch sein. Es fällt auf, dass ökologische Vorsorge und Nachhaltigkeit, der Umbau des Energiesystems oder ein Ausgleich der Entwicklungschancen von armen und reichen Ländern in der Welt in ihrer ohne Zweifel gegebenen Bildungsrelevanz programmatisch nicht angemessen aufgegriffen werden. In dieser Ausblendung und Ignoranz gegenüber zentralen Zukunftsfragen liegt ohne Zweifel ein gravierender Rückschritt. Ökologische Vorsorge und Nachhaltigkeit sind aktueller denn je. Die SPD muss sich – gerade in ihrer Bildungspolitik – anstrengen, hier auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

Wirtschaft: Der heimliche Erzieher?

Es sind nicht nur die Unternehmensverbände und die großen Stiftungen, wie die Bertelsmann- oder die Herrhausen-Stiftung, die in letzter Zeit ebenso systematisch wie finanzkräftig einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Ausrichtung unseres Bildungssystems betreiben, nämlich weg von der staatlichen Verantwortung, hin zu einer immer umfassender werdenden Privatisierung. Bis hin in re-

gionale Wirtschaftskreise wird aktuell die Debatte geführt, welchen Weg die „Privatisierung“ – nicht nur in der Hochschulbildung, sondern auch in der schulischen Bildung – gehen soll, in wie weit Sponsoring zum Regelfall für die Bildungsfinanzierung und Wirtschaft zum „heimlichen Erzieher“ werden kann. Als Beispiel nenne ich einen Beitrag aus der Zeitschrift der Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein WNO 7/2001, in der ein Autor mit Befriedigung feststellt: „Die Privatisierung der Bildung macht Fortschritte. (...) Mit dem Schwinden gesellschaftlicher Leit- und Konsenskonzepte gewinnen wirtschaftspolitische Argumente und Instrumente an Schlagkraft. Der Prozess der Privatisierung von Bildung wird von der Bildungspolitik indirekt gefördert und verstärkt. Überall hat sie aus Einsicht oder finanzieller Notlage heraus damit begonnen, ihren Schulen eine größere Selbständigkeit in zentralen Aktivitätsfeldern wie Personal, Organisation und Finanzierung einzuräumen. Und immer häufiger verweist sie die Schulen an die Wirtschaft, wenn es etwa um die Fort- und Weiterbildung der Pädagogen, um die Finanzierung von zusätzlichen Planstellen oder um die Ausstattung mit Sach- und Fachmitteln geht.“

Auch wenn Untersuchungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung nachweisen, dass der Anteil des privaten Mittelaufkommens am Gesamtbudget des Schulwesens noch bei unter einem Prozent liegt, so muss sich die sozialdemokratische Bildungspolitik dennoch auf diesen sich verstärkenden Trend einstellen. Eine Kooperation der Schulen und auch der Hochschulen mit dem regionalen Umfeld, mehr Betriebspraktika von Lehrern und Schülern, Praktiker aus der Wirtschaft für Ausstattung und Fortbildung in innovativen Bereichen, z.B. IT-Ausstattung und Pflege, erscheinen denkbar und sogar wünschenswert, so lange das Primat der Politik, die Freiheit der Institutionen und der Didaktik und Methodik von Einflussnahme und Werbung erhalten bleibt. Gerade hier sollte die SPD zu einer gemeinsamen Haltung finden vom Bund über die Länder zu den Kommunen. Diese Risiken nicht rechtzeitig zu thematisieren, ist sträflich. Die Folge können Abhängigkeiten von der Wirtschaft sein, die dann nicht mehr zu rückgeschraubt werden können, und Ungleichheiten zwischen den Schulen, die nichts mehr mit einem konzeptionellen und pädagogischen Profil zu tun haben, sondern vorrangig mit Standortbesonderheiten, Sponsorenmacht und Attraktivität im Werbemarkt. Hier bedarf es klarer Regulierungen und einer schulübergreifenden Fondslösung. Dies wird umso wichtiger, als die Eigenverantwortung den Schulen neue Spielräume geben soll. Vor unbedachten Deregulierungen, um neoliberalen Zeitgeist zu genügen, kann nur gewarnt werden. Schulautonomie und leistungsbezogene Wettbewerbsstrukturen können zu einer dramatischen Divergenz der Schulqualität führen, mit einigen wenigen leistungsstarken, besonders gut ausgestatteten Schulen in einem deutlichen Abstand zu einem schlechter gestellten Rest. Um eine Amerikanisierung im Bildungssystem zu verhindern, müssen vor allen Dingen zwei Prinzipien gefestigt werden:

- Die staatlich-öffentliche Rahmengesetzgebung und politische Vorgaben von hohen Bildungsstandards und
 - die ausreichende öffentliche Finanzierung des Personal- und Sachbedarfs;
- Grundsätze im Übrigen, die unter dem Gesichtspunkt einer breiten Qualitätssicherung nicht nur für den Schulbereich, sondern genauso für den Hochschulbereich, die berufliche Ausbildung und die Weiterbildung gelten. spw

Schulautonomie und leistungsbezogene Wettbewerbsstrukturen können zu einer dramatischen Divergenz der Schulqualität führen

Brüggmann: Frau Bulmahn, zum Auftakt für die Arbeit des Forums Bildung hat Bundespräsident Johannes Rau eine viel beachtete Grundsatzrede über Bildung gehalten. Die Leitgedanken und auch die Kritik, die er darin geäußert hat, ziehen sich wie rote Fäden durch die Arbeit des Forums. Zwei Sätze sind mir besonders aufgefallen: „Bildungspolitik muss verhindern, dass das Tempo der Veränderungen zu wachsender sozialer Ausgrenzung führt und damit zu einer neuen Form der Klassengesellschaft.“ Und: „Wir müssen verhindern, dass ein Bildungsproletariat entsteht, das den sozialen Anschluss verliert.“ Klassengesellschaft und Bildungsproletariat – was begründet diesen Rückgriff auf Begriffe, die nach dem Willen der herrschenden Meinung doch in die Mottenkiste der Geschichte gehören?

Bulmahn: In dem Maße, in dem Wissen und Kompetenzen Schlüssel für die Zukunft sind, führen Nichtwissen und Nichtbeherrschen von Kompetenzen immer häufiger zu sozialer und beruflicher Ausgrenzung. So gehen die Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte weiter drastisch zurück und der Bedarf an mittleren und höheren Qualifikationen steigt weiter. Angesichts dieser Entwicklung dürfen wir uns nicht damit zufrieden geben, dass Deutschland im internationalen Vergleich einen hohen Ausbildungsstand hat. Wir können nicht gleichgültig bleiben, wenn 9 % der Schulabgänger nicht einmal den Hauptschulabschluss erreichen oder 15 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben. Außerdem haben fast 40 % der jungen Ausländer keinen anerkannten Berufsabschluss. Hier müssen wir etwas tun.

Brüggmann: Eine ganz wichtige Aufgabe von Bildungspolitik ist es, sozialer Ausgrenzung entgegen zu wirken. Dabei geht es nicht nur um den Lebensweg und das Lebensglück des einzelnen Menschen, sondern es geht auch um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Inwiefern?

Bulmahn: Wir setzen den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft aufs Spiel, wenn wir es zulassen, dass Menschen ausgegrenzt werden, weil sie keinen Zugang zu Bildung finden, etwa Migrantinnen und Migranten, Langzeitarbeitslose oder Ungelernte. Diese Menschen brauchen eine zweite Chance. Besonders erfolgreich sind dabei Ansätze, die Ergebnisse informellen Lernens, insbesondere das Lernen im Prozess der Arbeit, berücksichtigen. Dies wird auch vom Forum Bildung empfohlen.

Brüggmann: Die Tendenz zur weiteren Spaltung der Gesellschaft in Bildungsbesitzer und Bildungsverlierer wird exemplarisch mit einem Beispiel aus der Stadt Essen illustriert: In einem Stadtteil, in dem 48 Prozent Sozialhilfeempfänger wohnen, gehen nur acht Prozent der Jugendlichen auf ein Gymnasium, in Stadtteilen, in denen nur fünf Prozent Sozialhilfeempfänger leben, besuchen dagegen zwei Drittel aller Jugendlichen ein Gymnasium. Welche Herausforderung steckt in dieser Feststellung?

Bulmahn: Die Herausforderung besteht darin, Barrieren beim Zugang zu Bildung abzuschießen. Der Zugang zur Bildung und damit zu Lebenschancen wird immer noch in starkem Maße von der sozialen, ethnischen und finanziellen Situation von Familien beeinflusst. Das heißt für uns, wir müssen früh ansetzen. Die Förderbedingungen für Kindergärten und Schulen mit hohem Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und von Kindern aus Migrantenfamilien müssen verbessert werden und auch die Eltern besser beraten werden. Ich halte auch den Ausbau von Ganztagschulen für sinnvoll, um Kinder verstärkt individuell fördern zu können.

Wir müssen die Barrieren beim Zugang zu Bildung und Beruf abschaffen

Das Bund-Länder-Forum Bildung gibt neue Anstöße für zeitgemäße Reformschübe

Interview mit Edelgard Bulmahn

Brüggmann: Müssen neue Ideen und Geld nicht besonders da investiert werden müssen, wo früh wichtige Weichen für unsere Kinder gestellt werden, im Kindergarten und in der Grundschule?

Bulmahn: In der Tat! Wichtige Weichen für Bildungschancen werden lange vor Eintritt in die Grundschule gestellt. Deshalb muss die Förderung von Chancengleichheit bereits im frühen Alter der Kinder einsetzen. Eine gezielte individuelle Förderung in den ersten Grundschuljahren, insbesondere bei der Vermittlung der Grundlagen in Lesen, Schreiben, Rechnen und beim Spracherwerb ist eine wirksame Bildungsarbeit. Sie beugt späterem Schulversagen vor und ist Grundlage für die Ausbildung von Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit.

Trotzdem fehlt in der Praxis häufig das Geld für zusätzliche Förderangebote. Deutschland investiert im internationalen Vergleich in die ersten Bildungsjahre erheblich weniger als vergleichbare Staaten. Dabei sind die gesellschaftlichen Folgekosten dieses Versäumnisses ungleich höher.

Brüggmann: Bei den Kindergärten und den Kindertagesstätten liegt Deutschland im europäischen Vergleich weit hinten. Welche Schlussfolgerungen zieht das Forum aus dieser Erkenntnis?

Bulmahn: Im europäischen Vergleich werden in der Bundesrepublik die Möglichkeiten zur Förderung von Chancengleichheit in den Kindertageseinrichtungen noch zu wenig genutzt. Was wir brauchen ist mehr fachliche Anleitung, Beratung und Fortbildung des pädagogischen Personals zur Verbesserung der frühkindlichen Förderung. Die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher sollte dringend aufgewertet und verbessert werden.

Brüggmann: Kommen wir zum Thema Bildungsziele. Was definiert das Forum als Ziel von Grundbildung und Ausbildung?

Wir können nicht gleichgültig bleiben, wenn 15 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben.

Edelgard Bulmahn ist Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft und Mitherausgeberin in der spw.

Die Fragen stellte FR-Redakteur Wolf Gunter Brüggmann, das Interview erschien am 01.09.2001 in der Frankfurter Rundschau. Wir bedanken uns herzlich für die Überlassung.

Bulmahn: Wir haben im Forum Bildung bewusst darauf verzichtet, einen Wissenskanon aufzustellen. Wir sagen: Wichtig ist vor allem der Erwerb von Kompetenzen, die wir ein Leben lang brauchen können. Dazu gehört vor allem das Lernen selbst zu lernen. Dazu gehört auch, Methoden zu kennen, wie wir die immer mehr werdenden Informationen verarbeiten und anwenden können. Und wir brauchen auch ein gutes Grundlagenwissen in Sprachen und Naturwissenschaften.

Wenn wir über die Bedeutung von Bildung für die gesamte Gesellschaft nachdenken wird klar, wie wichtig auch soziale Kompetenzen und Wertorientierungen sind. Dies dürfen wir nicht vernachlässigen.

Brüggmann: *Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der nicht nur die Karriere zählt, sagt der Bundespräsident. Wie hat das Forum diesen Hinweis aufgenommen?*

Bulmahn: Das Forum Bildung sieht drei Dimensionen von Bildung. Ersten: Bildung bietet Orientierung in einer immer komplexer werdenden Welt. Zweitens: Bildung ermöglicht Teilhabe und die Gestaltung des sozialen und gesellschaftlichen Lebens und drittens ist Bildung der Schlüssel zum Arbeitsmarkt und Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung. Das heißt für uns, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass junge Menschen zu einer vielseitig entwickelten Gesamtpersönlichkeit mit ausgeprägten Kompetenzen für persönliches und soziales Handeln werden können. Dies ist für die gesamte Gesellschaft ein hohes aber auch sehr wertvolles Ziel.

Brüggmann: *Ganz wichtig ist dem Bundespräsidenten die Ausbildung sozialer Kompetenzen, vor allem durch und für Teamarbeit und das Lösen von Konflikten. Dazu gehören für ihn auch Toleranz und die Bereitschaft, Verantwortung für andere zu übernehmen. Was müssen und können Grundbildung und Berufsbildung dafür leisten?*

Bulmahn: Mit dem Schwerpunkt des Lehrens und Lernens auf Kenntnisvermittlung ist in der Vergangenheit das demokratische Handeln in Schule und Berufsbildung oft zu kurz gekommen. Auch Einrichtungen der Berufsbildung müssen Aufgaben bereithalten, durch die die Auszubildenden Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen können. So lernen Jugendliche, dass die Übernahme

von Verantwortung die Grundlage für die Mitgestaltung der eigenen Lebenswirklichkeit ist.

Brüggmann: *Um den Wandel zu gestalten, werden Wertorientierungen immer wichtiger, lautet im Kern auch*

eine Botschaft des Forums. Und wie können Kinder und Jugendliche diese Werte erfahren und sich aneignen?

Bulmahn: Zum Beispiel in dem man nicht nur in der Schule fürs Leben lernt, sondern auch im „wahren“ Leben selbst. Das heißt in sozialen Einrichtungen oder in Betrieben, über Erfahrungen und Begegnungen mit Menschen, die in der Schule nicht möglich wären. Die Schule muss bereit sein, mit den Kindern und Jugendlichen diese Erfahrungen zu reflektieren und dabei soziale und demokratische Werte zu vermitteln.

Brüggmann: *Kinder und Jugendliche müssen besser darauf vorbereitet werden, systematisch und eigenverantwortlich ein Leben lang zu lernen. Liegt ein solcher Wunsch nicht konträr zu aller Alltagsrealität, in der Kinder eben nicht in Verhältnissen mit zuverlässigen Wegweisern und Vorbildern aufwachsen sondern eher ein zappeliges Videoclip-Leben führen, bei dem sie viel alleine gelassen werden und keine feste Bodenhaftung haben?*

Bulmahn: Wir brauchen eine Lern- und Lehrkultur, die Freude am Lernen und Freude an Leistung vermittelt. Man kann an der Neugier der Kinder ansetzen und an ihrer Begeisterungsfähigkeit. Es ist wichtig, die Kinder einzubeziehen in bestimmte Entscheidungsprozesse. Dann sind Kinder und Jugendliche zu erstaunlichen Anstrengungen und zu Kontinuität bereit.

Brüggmann: *Noch ein Mal zur Berufsbildung: Wir müssen dafür sorgen, dass niemand mehr durch die Maschinen fällt, sagt der Bundespräsident. Was muss hier getan werden?*

Bulmahn: Zunächst einmal ist bereits sehr viel getan worden. Wir haben mit den Sofortmaßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit den jungen Menschen endlich wieder eine Perspektive gegeben. Der Ausbildungskonsens, den wir im Bündnis für Arbeit geschlossen haben, greift.

Das Forum Bildung fordert die unterschiedlichen Förderinstrumente wie Berufsvorbereitung, Ausbildung in Betrieben, ausbildungsbegleitende Hilfen besser zu verzahnen, um Jugendlichen, die zunächst keine Ausbildung erreichen, – notfalls auch schrittweise – doch noch eine anerkannte Berufsbildung zu ermöglichen. Dies ist ein guter Weg.

Brüggmann: *Das Rad muss nicht neu erfunden werden, denn es gibt viele gute Erfahrungen, die nur umgesetzt werden müssten, hat das Forum Bildung wiederholt erklärt. Im Prinzip wissen wir also eigentlich genug, um handeln zu können. Was denn ist nun eigentlich neu, an dem, was das Forum Bildung erarbeitet?*

Bulmahn: Neu ist, dass wir endlich über alle Zuständigkeitsgrenzen hinweg sehr offen und vor allem sehr zielorientiert arbeiten. Das Forum Bildung ist ein Bündnis für Bildung, in dem Verantwortliche aus Politik und Wirtschaft, Expertinnen und Experten aber auch Auszubildende und Studierende an einem Tisch sitzen. Das Forum Bildung wird konkrete Empfehlungen erarbeiten, die es dann umzusetzen gilt.

Brüggmann: *Erfolgreich kann die neue Bildungsreform, die das Forum Bildung anstoßen möchte, freilich nur sein, wenn sie zum Projekt der ganzen Gesellschaft wird, sagt der Bundespräsident. Wie ist das zu erreichen?*

Bulmahn: Nur über eine Zusammenarbeit wie diese. Eine Bildungsreform wird dann erfolgreich sein, wenn diese Schlüsselrolle von Bildung auch von der breiten Öffentlichkeit anerkannt wird. Dazu müssen wir alle beitragen. Dabei brauchen wir auch dringend die Unterstützung der Medien, um Brücken zwischen Experten und Öffentlichkeit zu schlagen.

Brüggmann: *Bleibt die Arbeit des Forums, wie Kritiker meinen, ein gut gemeintes aber doch eher folgenloses Modellprojekt nach dem Motto: Schön, dass wir mal drüber geredet haben? Wer ist gefordert, die Empfehlungen des Forums umzusetzen?*

Bulmahn: Wir alle sind gefordert. In erster Linie die politischen Verantwortlichen aus Bund und Ländern wenn es um die Veränderung der Rahmenbedingungen geht. Aber auch die Wirtschaft, wenn es um konkrete Unterstützung von Projekten oder bei der Umsetzung vor Ort geht. Nicht zuletzt die Schulen und die Eltern. Eben alle, die wissen, wie wichtig Bildung für unsere Gesellschaft ist. Auf einem großen Abschlusskongress des Forum Bildung im Januar 2002 werden wir im Beisein des Bundespräsidenten unsere Empfehlungen vorstellen und bereits wichtige Konsequenzen für die Umsetzung ankündigen.

spw

Eine Bildungsreform wird dann erfolgreich sein, wenn diese Schlüsselrolle von Bildung auch von der breiten Öffentlichkeit anerkannt wird.

I. Kontinuität der Iran-Politik

Die Außenpolitik ist – wie kaum ein anderes Politikfeld – im nun gegen einen Regierungswechsel. Dieser Befund gilt für die meisten Demokratien dieser Welt. Die Deutschen befinden sich also in einer guten Gesellschaft.

Was aber die Außenpolitik und speziell die Iran-Politik der Bundesrepublik auszeichnet, ist die bemerkenswerte Abwesenheit einer erkennbaren politischen Strategie. Die rot-grüne Bundesregierung markierte zwar mit der Führung eines evident völkerrechtswidrigen Angriffskriegs einen Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte. In der Iran-Politik setzte sie allerdings die gescheiterte Nicht-Politik der alten Bundesregierung fort. Kinkels „Kritischer Dialog“ wurde umgetauft in „Wandel durch Handel“. Die wohl zutreffende Bezeichnung für beide Konzepte wäre die „Politik der ruhigen Hand“, die vor allem durch Passivität und Ignoranz glänzt.

Die Kontinuität der deutschen Iran-Politik ist vor dem Hintergrund der Veränderungen der letzten Jahren in Iran nicht nachvollziehbar. In der Wahl Chatamis zum Staatspräsidenten im Jahre 1997 kam der unübersehbare Reformwille der iranischen Bevölkerung zum Ausdruck. Dieses Signal hätte die Bundesregierung zum Anlass nehmen müssen, einen Paradigmenwechsel in der Iran-Politik durchzuführen. Statt dessen fügte Fischer der Serie der verpassten Chancen eine weitere Episode hinzu.

Im Gegensatz zu der Balkan-Politik entspricht die außenpolitische Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber Iran nicht der historischen Bedeutung Deutschlands. Die Deutschen genießen in Iran – historisch bedingt – hohes Ansehen. Während das aktive Eintreten der früheren Kolonialherren für Menschenrechte heute noch weitgehend als Bedrohung empfunden wird, spricht man dem deutschen Engagement – von der offiziellen Propaganda abgesehen – den guten Willen nicht ab. Die ehemaligen und heutigen Weltmächte besuchten Iran für gewöhnlich in Uniformen. Die Deutschen kennt man als Humanisten, Dichter und Denker und seit einiger Zeit als Entwicklungshelfer. Eine Einschätzung, die viele Völker Europas wohl nicht teilen würden.

Wenn also nicht die deutsche Geschichte einer aktiven Iran-Politik im Wege steht, stellt sich die Frage, wie die Passivität der Bundesregierung zu



erklären ist. Warum werden für das Jahr 2001 Hermeskredite in Höhe von 1 Milliarde DM vergeben, ohne konkrete Gegenleistungen bei Menschenrechtsfragen zu verlangen?

Man könnte versuchen, diesen Umstand mit der angeblich fehlenden Übersicht der Bundesregierung über die innenpolitische Lage im Iran zu rechtfertigen. Dieses Argumentationsgebäude bricht aber spätestens bei der Lektüre des Iran-Berichts des Auswärtigen Amtes in sich zusammen. Solche Berichte des Auswärtigen Amtes werden u.a. von dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und der Verwaltungsgerichtsbarkeit bei der Begründung ablehnender Asylentscheidungen zitiert. Dort entdeckt man erstaunlich präzise Informationen über die politische Situation im Iran. Es wäre ratsam, diese Materialien auch außerhalb der Asylverfahren, etwa bei der Auswahl der richtigen Verhandlungspartner, zu verwenden.

Fest steht jedenfalls, dass für die Kontinuität der passiven Iran-Politik keine plausible und zufrieden stellende Begründung ersichtlich ist. Die Strategie der neuen Bundesregierung muss daher angesichts der verschärften Menschenrechtslage in Iran dringend überdacht werden.

II. Die Menschenrechtslage

Seit Jahren wird Iran von internationalen Menschenrechtsorganisationen wegen der eklatanten Verletzungen der Menschenrechte verurteilt. Im April diesen Jahres hat die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in einer Resolution der Islamischen Republik erneut öffentliche Hinrichtungen und Folter vorgeworfen. Die Resolution kritisierte auch die

Perspektiven der deutschen Iran-Politik

Von Reza Fakhreshafaei

mangelnde Meinungsfreiheit, die Inhaftierung von Journalisten und das Vorgehen gegen Demonstranten. Dass solche Resolutionen die Führung wenig beeindruckt, ist nichts neues. Bemerkenswert ist allerdings die Tatsache, dass Teheran seit 1996, also während der gesamten Amtszeit des „gemäßigten“ Chatami, den Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen die Einreise verweigert.

Die Ermordung führender Oppositionspolitiker stand schon zu Beginn der islamischen Revolution auf der politischen Tagesordnung. Der iranische Staatsterrorismus beschränkte sich nicht nur auf die Inlandopposition. Die Spuren der grausamen Morde sind mittlerweile auf dem ganzen Globus vorzufinden.

Auch Chatami könnte die Mordmaschinerie nicht stoppen. Nach seiner Wahl begann eine neue Mordserie. Der Unterschied zu früheren Zeiten bestand allerdings darin, dass die kritische Presse trotz bestehender Zensur die Öffentlichkeit informieren konnte, so dass selbst der religiöse Führer, Khamenei, sich von den Verbrechen distanzieren musste. Ein Umstand, der zu Lebzeiten des Revolutionsgründers, Ayatollah Khomeini, undenkbar wäre. Schließlich verkündete er höchst persönlich in einer Vielzahl von Fällen das Todesurteil.

Seit der erneuten Verfolgung der freien Presse in diesem Jahr, die mit zahlreichen Verhaftungen und Publikationsverbote endete, wird zunehmend ein Rückfall in die Vor-Chatami-Ära befürchtet. Die herrschende Menschenrechtslage wird sogar von den Abgeordneten der Reformfraktion scharf kritisiert. In einem Untersu-

Die Ermordung führender Oppositionspolitiker stand schon zu Beginn der islamischen Revolution auf der politischen Tagesordnung.

chungsbericht des Parlaments wird den Justizorganen die Verletzung „elementarer Rechte“ der inhaftierten Journalisten vorgeworfen.

Neben der massiven Einschränkung der Pressefreiheit gibt auch die Ausbreitung der Willkürjustiz Anlass zur Sorge. Davor können sich nicht einmal Parlaments- und Kabinettsmitglieder sicher fühlen. In Schauprozessen werden Geistliche, Journalisten, Anwälte und Politiker zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Das berüchtigte Teheraner Ewin-Gefängnis ist zur neuen Heimat der iranischen Prominenz aus Politik und Kultur geworden.

Weiterhin bedrohlich ist die Situation der religiösen Minderheiten sowie die systematische Diskriminierung von Frauen. Eine Besserung ihrer Lage ist kurzfristig nicht in Sicht. Bei einer so düsteren Prognose stellt sich ernsthaft die Frage, ob die Bundesregierung gut beraten ist, mit großzügigen Wirtschaftshilfen ein verbrecherisches System zum Überleben zu verhelfen. Die Strategie kann nur dann gerechtfertigt sein, wenn der Reformkurs Chatamis eine realistische Überlebenschance hat. Dies ist zur Zeit jedoch mehr als zweifelhaft.

III. Chatamis Wiederwahl

Chatami ist im Juni in seinem Amt bestätigt worden. Nach einer durch den Machtkampf zwischen Parlament und Justiz bedingten Verzögerung wurde er vereidigt. Das Parlament bestätigte auch das von ihm vorgeschlagene Kabinett, obwohl viele Reformparlamentarier ihren Widerstand angekündigt hatten, weil dem Kabinett kein profiliertes Reformpolitiker angehört.

Chatami hat nun weitere vier Jahre Zeit, eine Zivilgesellschaft mit demokratischen und rechtsstaatlichen Elementen im Rahmen der islamischen Gesetze zu verwirklichen. Ein einmaliges Projekt, das dem Quadrat des Kreises gleicht. Von vielen Beobachtern wurde sein Vorhaben schon 1997 bei seinem Amtsantritt als objektiv unmöglich eingestuft.

Nach vier Jahren Präsidentschaft muss sich Chatami die Frage nach der Bilanz seiner politischen Arbeit gefallen lassen. Gemessen an den Erwartungen seiner Wähler kann Chatami keinen nennenswerten Erfolg vorweisen. Die Politik ist aber bekanntlich die Kunst des Möglichen. Leider beherrscht Chatami diese Kunst nicht optimal. Sein Zögern und seine Unentschlossenheit in entscheidenden Momenten haben viele seiner Weggefährten teuer bezahlt. Und den-

noch: Seine Wiederwahl ist zu begrüßen.

Sie ist zu begrüßen, weil in einem von Korruption beherrschten politischen System der ihm von Freund und Feind bescheinigten persönlichen Integrität eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt. Im übrigen zeichnete sich die Präsidentschaftswahl vor allen durch die Alternativlosigkeit Chatamis aus. Die konservativen Kandidaten kamen für die Bevölkerung nicht ernsthaft in Betracht. Die mutigeren Reformer waren entweder tot oder im Gefängnis.

Ob Chatami den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der zweiten Amtszeit gewachsen ist, wird sich noch zeigen. Ihm bleibt jedenfalls nicht viel Zeit. Dafür sorgen schon die Fundamentalisten. Seit seiner Wiederwahl hat die Zahl der von konservativen Richtern verfügten öffentlichen Hinrichtungen und Auspeitschungen deutlich zugenommen. Die Behörden werden sogar dazu vom iranischen Justizchef ausdrücklich ermuntert. Trotz erheblicher Kritik aus dem Reformlager konnte sich Chatami bis jetzt gegen diese Form des Justizvollzugs nicht durchsetzen.

Er gewinnt zwar die Wahlen, verliert aber die entscheidenden Machtkämpfe im politischen Alltag. Die politische Struktur des Irans ist recht paradox: Die Wahlsieger (Präsident, Parlamentsmehrheit, Kommunalräte) verlieren nach jeder Wahl an Einfluss; die Wahlverlierer (Religionsführer, Justiz, Wirtschafts-Mafia) gehen gestärkt aus den Wahlen heraus. Diese Paradoxie ist aber charakteristisch für den Gottesstaat. Entscheidend ist nach der Staatsideologie der Konservativen nicht der Volks-, sondern Gotteswille. Folgerichtig nimmt man die Wahlen als notwendiges Übel für die internationale Imagepflege hin. Der Wahlausgang darf aber faktisch an der Alleinherrschaft der „Gottesrepräsentanten“ nichts ändern. Darauf achten Justiz und Milizen.

IV. Das iranische Wahlsystem

Unabhängig von der relativen Bedeutungslosigkeit der Wahlen in Iran kann dem Wahlsystem nicht ohne weiteres das Prädikat „demokratisch“ verliehen werden. Die Siegesserie der Reformer bei den Wahlen in den letzten Jahren ist nur vor dem Hintergrund des iranischen Wahlsystems zu verstehen, das im Grunde keine freie Wahl zulässt. Selbst die gewählten Reformer repräsentieren nur partiell

das iranische Volk, da die Vertreter einer Reihe von politischen Strömungen de jure aus den Wahlen ausgeschlossen sind. Die Selektion im Vorfeld der Wahlen obliegt dem überaus mächtigen „Wächterrat“.

Jeder Kandidat muss den Filter des Wächterrats passieren. Ein Gremium, das fest in der Hand der Konservativen ist und als ein effektives Unterdrückungsinstrument des religiösen Führer, Khamenei, fungiert. Der Wächterrat überprüft die „Verfassungstreue“ jedes einzelnen Kandidaten. Die Prozedur dient hauptsächlich der Ausschaltung derjenigen Kandidaten, die sich zu der unkontrollierten Alleinherrschaft des religiösen Führers nicht bekennen. Erst dann hat das Volk die „Wahl“ zwischen den für unbedenklich erachteten Kandidaten. Wie absurd dieses Verfahren ist, hat sich bei der jüngsten Präsidentschaftswahl gezeigt: Der Wächterrat hatte ursprünglich vor, Chatami für die zweite Amtszeit für ungeeignet zu erklären. Die Eignung von einem seiner Herausforderer, Fallahian, wurde ohne nähere Begründung bejaht. Dies wäre nichts besonderes, wenn Fallahian nicht der Ex-Geheimdienstminister wäre, der im Berliner Mykonos-Prozess verurteilt wurde und zur Zeit mit einem internationalen Haftbefehl gesucht wird.

V. Der verfassungsrechtliche Hintergrund

Der Grundkonflikt zwischen dem republikanischen Geist und der islamischen Werteordnung ist bereits in der iranischen Verfassung angelegt, die gesetzestechisch vollkommen misslungen ist. Die iranische Verfassung ist eine aus der Revolutionszeit stammende Ansammlung von sich widersprechenden Prinzipien und Zielbestimmungen. Formal enthält die Verfassung einen Grundrechtskatalog sowie Elemente der Gewaltenteilung. Die gleiche Verfassung garantiert mittels einer unüberschaubaren Kompetenzverteilung die Alleinherrschaft des religiösen Führers. Durch den sukzessiven Aufbau paralleler verfassungsfremden Machtapparate ist schließlich das Verfassungsrecht längst von der Verfassungswirklichkeit überholt worden. Militär, Justiz und Rundfunk unterstehen gänzlich dem religiösen Führer, um nur einige wichtige Machtzentren zu nennen.

Angesichts des Ungleichgewichts der Macht als Konsequenz der systemimmanenten Widersprüche neigt man dazu, den Unmut und die

Entscheidend ist nach der Staatsideologie der Konservativen nicht der Volks-, sondern Gotteswille.

Resignation der Skeptiker zu teilen, die in Chatami den letzten Überlebensversuch eines gescheiterten Systems sehen. Wenn aber das System aufgrund seiner Konzeption keine Reformen aushält – und dafür spricht einiges –, stellt sich die Frage, wie der Konflikt zwischen der reformwilligen Mehrheit und der unterdrückenden Minderheit zu lösen ist. Die Antwort könnte in einem gewaltsamen Umbruch bestehen. Genau dies will – von einigen militanten Splittergruppen der Exilopposition abgesehen – niemand in Iran. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Mehrheit der Bevölkerung steht einer bis auf die Zähne bewaffneten Minderheit gegenüber. Ein blutiger Umsturzversuch ist daher wenig erfolgversprechend. Noch wichtiger als der Ausgang einer gewaltsamen Auseinandersetzung ist der Umstand, dass das iranische Volk revolutionsmüde geworden ist. Die letzte Revolution liegt erst 22 Jahre zurück und hat der Bevölkerung das heutige Regime beschert. Im übrigen sind viele Familien noch dabei, die Wunden des achtjährigen Kriegs ge-

gen den Irak zu heilen. Die Mehrheit der Iraner hat eine realistische Einschätzung der politischen Lage und steht daher trotz aller Skepsis hinter Chatami.

VI. Konsequenzen für die deutsche Iran-Politik

Was bedeutet nun die Wiederwahl Chatamis für die deutsche Iran-Politik? Die Bundesregierung muss die sich aus der Wiederwahl ergebenden Signale richtig zu interpretieren wissen. Die wichtigste Botschaft ist dabei, dass die Mehrheit der Iraner der Oligarchie der Mullahs ablehnend gegenüber steht. Chatami repräsentiert zwar die Reformbewegung, ist aber mit ihr nicht identisch. Auch Chatami muss man zu verstehen geben, dass jetzt die Zeit zum Handeln gekommen ist. Wenn er mit 22 Millionen Wähler hinter sich immer noch den erforderlichen Mut nicht aufbringen kann, dann ist er offensichtlich mit der ihm anvertrauten Aufgabe überfordert.

Das stärkste außenpolitische Instrument der Bundesregierung ist

nicht die Diplomatie, sondern das Geld. Das Kabinett von Chatami ist dringend darauf angewiesen, wirtschaftliche Erfolge zu vermelden. Wenn aber die deutsche Wirtschaftshilfe letztlich der iranischen Wirtschafts-Mafia zugute kommt, ist damit weder den Reformen noch der Bevölkerung geholfen. Daraus folgt, dass die Vergabe von Krediten streng projektbezogen sein, um eine möglichst große Transparenz der Wirtschaftsaktivitäten herstellen zu können. Noch wichtiger ist die Verknüpfung der Kredite mit konkreten Bedingungen, etwa die Freilassung der inhaftierten Redner der Berlin-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung. Bei diesem Beispiel hätte die Bundesregierung sogar eine moralische Verpflichtung zu erfüllen. Immerhin sind die Verurteilten Gäste der Deutschen gewesen.

Die deutsche Iran-Politik muss sich am Erfolg des Reformkurses in Iran messen lassen. Es gibt keine Garantie für den Erfolg des Demokratisierungsprozesses. Die Passivität der Bundesregierung minimiert aber die ohnehin minimalen Erfolgsaussichten. spw

Wenn aber das System aufgrund seiner Konzeption keine Reformen aushält stellt sich die Frage, wie der Konflikt zwischen der reformwilligen Mehrheit und der unterdrückenden Minderheit zu lösen ist.

„Fit to rule?“ – Die politische Strategie des ANC

Mit dem Konterfei des regierenden Staatspräsidenten und ANC-Vorsitzenden Thabo Mbeki auf der Titelseite, fragte die südafrikanische Wochenzeitung „Mail and Guardian“ kürzlich: „Is this man fit to rule?“ Angesichts des darauf folgenden Verrisses der ersten zwei Jahre seiner Amtszeit mutet diese Frage fast rhetorisch an, und in der Tat fällt eine kritische Bewertung der südafrikanischen Regierungspolitik unter Thabo Mbeki nüchtern aus:

Der African National Congress (ANC) hat seit seiner Regierungsübernahme 1994 in einem kurzen Zeitraum einen beachtlichen Kurswechsel in wesentlichen wirtschaftspolitischen Fragestellungen vollzogen. Waren die Positionspapiere des ANC zu Beginn der 90er Jahre noch stark von marxistischen Argumentationsmustern durchzogen, zeichnete sich bereits kurz nach der Regierungsübernahme 1994 unter dem damaligen Präsidenten Nelson Mandela die Hinwendung zu einer Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Fiskalpolitik mit deutlich key-



nesianischen Zügen ab. Dem im selben Jahr ins Leben gerufenen „Reconstruction and Development Program“ (RDP), lag der Versuch zugrunde, durch staatliche Investitionen in öffentliche Infrastruktur (Wohnungsbau, Stromversorgung, Erziehung und Gesundheitseinrichtung, etc.) die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln und Beschäftigungseffekte zu erzielen.

Auch wenn RDP Erfolge erzielen konnte, wurde das Programm im öffentlichen Diskurs weitgehend für gescheitert erklärt. Vor dem Hintergrund der schweren Währungskrise 1995 und dem sicherlich nicht zu unterschätzenden internationalen Druck zur Währungsstabilisierung und Haushaltskonsolidierung, forderten

Suche nach einer Zukunft

Südafrika im Jahre acht der Demokratie

Von Matthias Jobelius,

Thabo Mbeki, damals Vizepräsident unter Mandela sowie Finanzminister Trevor Manuel ein neues wirtschaftspolitisches Paradigma: Inflationbekämpfung, restriktive Haushaltspolitik, Reduzierung der Staatsquote und Privatisierung staatlicher Unternehmen, Investitionsanreize, „moderate“ Lohnabschlüsse, etc.. Diese Prinzipien fanden ihren Niederschlag im „Growth, Employment and Redistribution Program“ (GEAR), welches 1996 beschlossen wurde und bis heute – nach den zweiten demokrati-

Matthias Jobelius arbeitet z. Z. bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kapstadt, Südafrika

schen Wahlen von 1999 und der Regierungsübernahme Thabo Mbekis – den wirtschaftspolitischen Kurs des Landes bestimmt. Es sieht unter anderem eine Liberalisierung des Devisenhandels, die Senkung der staatlichen Konsumausgaben, die Senkung der Inflationsrate, eine Rückführung des Haushaltsdefizits und Lohnzuwächse unterhalb des Produktivitätszuwachses vor. Das Programm war und ist auf Investitionsanreize, makroökonomische Stabilität und Wirtschaftswachstum ausgerichtet, wodurch sich die Regierung nach dem Jahr 2000 die Schaffung bis zu 400.000 neuen Arbeitsplätzen jährlich versprach. GEAR hat seine Ziele verfehlt. Statt der angestrebten 6% Wirtschaftswachstum wurden, seit 1996 durchschnittlich nur 2% erzielt. Die Arbeitslosigkeit stieg seit 1996 weiter an und liegt heute, je nach Bemessungsgrundlage zwischen 26% und 38%. Der formale Sektor wurde durch den Verlust von ca. 300.000 Arbeitsplätzen weiter geschwächt. Die restriktive Geld- und Finanzpolitik der Regierung steht in krassem Widerspruch zu der Notwendigkeit staatlicher Infrastrukturprogramme.

Und auch die Person Thabo Mbeki lässt viele Fragen offen. Nachdem er zunächst durch wissenschaftlich unhaltbare und angesichts des epidemieartigen Ausmaßes der Virusinfektion politisch deplazierte Ausführungen über den angeblich nicht nachweisbaren Zusammenhang von HIV und AIDS international in die Kritik geraten war, wurde seine Reputation durch die zögerlichen Reaktionen auf die Zerstörung demokratischer Strukturen im Nachbarland Simbabwe weiter beschädigt. Zuletzt machte Mbekis Regierung international negative Schlagzeilen, als sie dem Kauf von Rüstungsgütern für umgerechnet 10 Milliarden DM beschloss. Eine militärisch sinnlose, wie fiskalpolitisch fatale Entscheidung angesichts eines fehlenden Bedrohungsszenarios auf der einen und des ungeheuren Bedarf an staatlichen Investitionen auf der anderen Seite.

Trotz einer solchen Bilanzierung ist die Popularität des ANC ungebrochen und dessen historische Allianz mit der South African Communist Party (SACP) und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU weitgehend stabil. Das historisch gewachsene Band zwischen diesen Organisationen, ebenso wie die führende Rolle des ANC in der Befreiungsbewegung bedeutet noch immer politisches Kapital für die Regierung.

Grenzen des Wandels – ‚racial fordism‘ und das Erbe der Apartheid

Doch was ergibt sich damit für ein Bild der südafrikanischen Regierungspolitik? Ein neoliberaler ANC? Ein Versagen der politischen Eliten? Wer hier dem Charme einfacher Erklärungsmuster unterliegt, kommt schnell an einen toten Punkt. Eine kritische Bewertung der Regierungspolitik ist allein nicht in der Lage, die Probleme der südafrikanischen Gesellschaft zu erfassen. Vielmehr bewegt sich jedes staatliche Handeln in Südafrika in einem komplexen Gefüge wirtschaftlicher und sozialer Transformation, welche gleichermaßen Grundlage des politischen Handelns und begrenzender Korridor jeglichen progressiven Wandels ist.

Mit der Ausarbeitung einer der liberalsten Verfassungen der Welt wurde 1994 der Wechsel von der Apartheid zur Demokratie, ohne den befürchteten Bürgerkrieg vollzogen. Doch die vielbeschworene „rainbow nation“ verkommt zum zynischen Begriff angesichts der tiefen Spaltungen und Fragmentierungen, welche die südafrikanische Gesellschaft durchziehen. Das United Nations Development Program (UNDP) identifiziert in seinem jüngsten Südafrika-Report „race, class, gender and spatial“ als „the four major lines of inequality“.

Eine Klassifizierung Südafrikas entlang der gängigen globalen Indizes von Weltbank oder UNDP ist vor diesem Hintergrund schwierig. Die Lebensführung der zumeist weißen Mittel- und Oberschicht und der gesellschaftliche Führungseliten ist in ihren Konsumgewohnheiten und Kulturmustern nicht von den Standards des westlichen Industrienationen zu unterscheiden oder übertrifft diese noch. Die Lebenswelt eines Teils der schwarzen städtischen Bevölkerung, deren Lebensqualität sich nach dem Ende der Apartheid auch in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht und nicht zuletzt durch Maßnahmen

des ‚black empowerment‘ seitens der Regierung verbessert hat, würde bei einer Kategorisierung wohl unter die Rubrik „middle-income development country“ fallen. Demgegenüber steht eine überwältigende Zahl schwarzer Südafrikaner in ländlichen Regionen oder informell Beschäftigte bzw. arbeitslose, aber fast ausschließlich schwarzer Stadtbewohner, deren Lebenssituation sich annähert an die Verhältnisse der „poorest of the poor“, in den „Least Developed Countries“ des sub-saharischen Afrikas, wie Mocambique oder Burundi. Das Monatseinkommen von 45% der südafrikanischen Bevölkerung liegt unter 100 DM, wobei die Lebenshaltungskosten auf westlichem Niveau liegen. 57,2% aller schwarzen und aber nur 2,5% aller weißen Südafrikaner leben unter der Armutsgrenze, wobei in beidem Gruppen von einer deutlichen Feminisierung der Armut gesprochen werden kann. Mit einer solchen sozialen Landkarte liegt Südafrika auf Platz drei derjenigen Staaten, die den größten Ungleichheitskoeffizienten zwischen Arm und Reich aufweisen (hinter Brasilien und Guatemala).

Die Wurzeln dieser Ungleichheit lassen sich bis weit in die Geschichte des europäischen Kolonialismus zurückverfolgen: die Unterwerfung der südafrikanischen Stämme durch Briten und Buren, die Ausbeutung schwarzer Arbeitskraft nach der Entdeckung von Gold und Diamanten (Proletarisierung), die Spaltung von urbaner und ländlicher schwarzer Bevölkerung (Peripherisierung). Diese frühen Entwicklungen haben die Grundlagen der gesellschaftlichen Spaltungen gelegt, die wirtschaftliche und politische Ordnung der Apartheid hat diese weiter zementiert. Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs lässt sich in Südafrika – von 1948 bis 1990 wird das Land von der National Party mit ihrem Ideologiekonglomerat aus faschistischen, rassistischen und mystizistischen Versatzstücken regiert – eine Wirtschaftsregime erkennen, welches als ‚racial fordism‘ bezeichnet werden kann: die beiden zentralen, aber auf lange Sicht widersprüchlichen Säulen dieses Akkumulationsregimes waren eine import-substituierende Industrialisierung und die Ausbeutung schwarzer Arbeitskraft. Im Gegenzug wurde die Kaufkraft der weißen Arbeiter durch massive Lohnerhöhungen so weit gesteigert, dass der Produktionskreislauf von Massenkonsum und Massenproduktion bei gleichzeitiger Exklusion

Die Popularität des ANC ist ungebrochen und dessen historische Allianz mit der SACP und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU weitgehend stabil.



der schwarzen Arbeiter kurzzeitig geschlossen werden konnte. Nach westlichem Muster wurde ein Wohlfahrtsstaat mit sozialen Sicherungssystemen aufgebaut, deren Zugang jedoch auf Weiße beschränkt war. Die Arbeit von Weißen erfuhr intensive staatliche Förderung, um weiße Arbeitslosigkeit zu vermeiden (schwarze Arbeitslosigkeit könnte statistisch erst gar nicht entstehen, da bis 1979 die Kategorien „Arbeiter“ und „Angestellte“ nur Weiße einschloss), bursische Unternehmen und Farmen konnten auf eine Vielzahl staatlicher Unterstützungsleistungen zurückgreifen. Kurz: der Wohlstand der weißen Bevölkerung und ihre privilegierte Stellung auf dem Arbeitsmarkt war eines der obersten Regierungsziele. Dieses Wirtschaftsprinzip war abhängig von Exklusion und Ausbeutung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, was seine Entsprechung neben der ökonomischen, auch auf anderen gesellschaftlichen Ebenen fand: durch die Einführung schwarzer ‚homelands‘ konnten die Reproduktionskosten dieses Wirtschaftsregimes, ebenso wie die erwerbslose Bevölkerung in die ländliche Peripherie abgeschoben werden. Mit dem dazugehörigen Repressionsapparat als Instrument und der Rassenideologie als Legitimation verfügte der ‚racial fordism‘ in den homelands über eine Reservearmee schwarzer Arbeitskraft, die er bedarfsorientiert und ‚kostenfrei‘ einsetzen konnte. Auf diese Weise und verstärkt durch externe Faktoren (ausländische Investitionen, steigender Goldpreis) erlebte Südafrika bis in die siebziger Jahre hinein einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung mit Wachstumsraten von durchschnittlich 5% und einem wachsenden industriellen Sektor, der einen Weg aus der Rohstoff-Abhängigkeit andere afrikanischer Volkswirtschaften wies.

Natürlich musste dieses Modell an seine Grenzen stoßen. Eine Binnenfrage, die sich nur auf die weiße Minderheit stützte war auf Dauer unzureichend, oder wie es der südafrikanische Generaldirektor von General Motors schlicht ausdrückte: „We need people to sell to“. Die importsubstituierende Industrialisierung sorgte ähnlich wie in Lateinamerika für negative Handelsbilanzen, deren Defizite nur durch die kurzfristig enormen Gewinne im Bergbau gedeckt wurden. Durch die Rassentrennung entstand ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, wodurch das ohnehin kaum realisierbare Ziel der internatio-

nen Wettbewerbsfähigkeit in immer weitere Ferne rückte. Der politische Widerstand war längst zur Massenbewegung und ab den 60er Jahren zum bewaffneten Kampf geworden, vor dessen Hintergrund die Aufrechterhaltung des Apartheidsystems zu enormen wirtschaftlichen Folgekosten führte: Kostenexplosionen im staatlichen Repressionsapparat, wirtschaftliche Verluste durch arbeitskampfbetragene und politische Streiks, Abzug ausländischen Kapitals, gefolgt von internationalen Wirtschaftssanktionen, uvm. Die folgenden Reformbestrebungen änderten zwar das politische Klima des Landes grundlegend, schufen augenscheinliche Verbesserungen im Sinne einer partiellen Aufhebung von Apartheidgesetzen und sorgten für eine verbesserte Stellung schwarzer Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt (schwarze Gewerkschaften wurden zugelassen, Löhne wurden stärker angeglichen, etc.). Die „ökonomische Apartheid“ als Folge einer grundsätzlichen Spaltung des Arbeitsmarktes und fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten und Bildungschancen für Schwarze blieb jedoch weiterhin Realität und ist auch im Jahre acht nach Ende der Apartheid existent. Die durch die beschriebenen endogenen und weiteren extrogenen Faktoren (instabiler Goldpreis, Weltwirtschaftskrise, ö-Schock) ausgelöste Wirtschaftskrise sorgt nach wie vor für schlechte Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten in jeglicher Hinsicht. Führt SA lange Jahre die Wachstumsrate des Südlichen Afrikas an, so bildet es inzwischen zusammen mit Zambia das Schlusslicht. Der Trend einer Verlagerung der Erwerbstätigenzahlen vom formellen zum informellen Sektor ist ununterbrochen, was ein nur schwer überwindbares Hindernis für jede wohlfahrtsstaatlichen Reformbestrebungen ist, der Strukturwandel kostet Hunderttausende Jobs im industriellen Sektor und im Bergbau. Zu allem übel entpuppt sich die HIV/Aids-Epidemie zu einem der größten sozialen und ökonomischen Belastungen der südafrikanischen Gesellschaft: die Zahl der HIV-infizierten Südafrikaner ist im Zeitraum von 1990-1996 von 0,76 auf 14,1% gestiegen. In einigen Regionen des Landes sind über 25% der Bevölkerung HIV infiziert, täglich kommen ca. 2000 Neuinfektionen hinzu. Neben der dahinter steckenden menschlichen Tragödie, büßte Südafrika jährlich ca. 0,6% seines wirtschaftlichen Wachstums durch die HIV/Aids-Epi-

demie ein. Die hohe Zahl der Infizierten stellt neben den enormen finanziellen Folgekosten eine massive Belastung für viele grundlegenden Reformbemühung, insbesondere den Aufbau eines flächendeckenden Gesundheitssystems dar.

Der steinige Weg politischer Reformen

Berechtigterweise verweisen südafrikanische Regierungspolitiker auf diese Rahmenbedingungen. Das Erbe der Apartheid eignet sich ebenso wie das ewig bemühte Feindbild IWF und Weltbank als Sündenbock, wenn um die Ursachen von Armut und Ungleichheit geht. Aber wo liegt der Umschlagpunkt zwischen schwierigen Rahmenbedingungen und defizitären politischen Strategien? Lässt sich ein solcher Punkt überhaupt identifizieren oder ist nicht vielmehr jede politische Strategie angesichts der überwältigenden Probleme des Landes in der ein oder anderen Hinsicht „defizitär“? Als 1990 die offiziellen Verhandlungen zwischen Regierung und Widerstandsbewegung begannen, welche zur Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit und 1994 zu den ersten demokratischen Wahlen führten, kristallisierte sich schnell heraus, dass zwar ein grundlegender Wechsel im politischen System stattfinden würde, die Verteilungsverhältnisse jedoch weitgehend stabil bleiben und die Wirtschaftsordnung im Zuge der Reintegration in die Weltwirtschaft weiter liberalisiert werden würde. Zum „südafrikanischen Wunder“, dem weitgehende friedliche Übergang von der Apartheid zur Demokratie gehört die Integration der ehemaligen Widerstandsbewegung in einen Transformationsprozess, in dessen Zuge grundlegender Prinzipien der gesellschaftlichen Ordnung zwar nicht zur berühmten ‚normative Macht des Faktischen‘, aber doch zum ‚starting point‘ des weiteren politischen Handelns wurden. Verrat? Nein! Ein solcher Vorwurf verkennt die Dynamik politischer Systemtransformationen und hebt die Sphäre des Politischen von ihrer realen gesellschaftlichen Verankerung hinauf in das Reich der politischen Utopie. Unausgewogene politische Prioritätensetzung? Die Anzeichen mehren sich, dass die vom ANC mit dem „Growth, Employment and Redistribution Program“, eingeschlagene Wirtschaftspolitik nicht in der Lage sein wird, Arbeitsplätze zu

Die „ökonomische Apartheid“ ist auch im Jahre acht nach Ende der Apartheid existent

schaffen und Ungleichheiten abzubauen. In der südafrikanischen politischen Praxis hat das Paradigma der Inklusion bislang ausgeschlossener und benachteiligter Bevölkerungsteile, das Ziel einer grundsätzlichen ökonomischen und sozialen Neuordnung ersetzt. Aber in einem Land mit solch massiven Ungleichheiten ist der Versuch Gleichheit/Ungleichheit durch Inklusion/Exklusion zu ersetzen, kaum mehr als Augenwischerei. Was passiert, wenn man versucht die „poorest of the poor“ in das bestehende System zu integrieren, dessen Kennzeichen doch gerade die Exklusion ist? Im besten Fall: the „poorest of the poor“ will get poor, zumindest auf Grundlage einer Strategie, die glaubt, durch Wirtschaftswachstum und Investitionsanreize die Lebensbedingungen der unteren 50% der südafrikanischen Bevölkerung grundlegend verbessern zu können.

Doch sollte die Kritik an der aktuellen Regierungspolitik nicht verkennen, dass die eingeschränkten finanziellen und administrativen Kapazitäten sowie die schwierigen Rahmenbedingungen des Landes jeden politischen Reformkurs zu einer „Strategie der kleinen Schritte“ verdammt. Was dem ANC und seinen Bündnispartner allerdings fehlt, ist ein politisches Leitbild, welches „die Strategie der kleinen Schritte“ bündelt, dem stark polarisierten Land ein sozial ausgewogenen Weg in die Zukunft weist und den marginalisierten Massen mittelfristig eine Perspektiven auf soziale Sicherheit, Gesundheit und Arbeit eröffnet. Ohne Einschnitte in die Verhältnisse und massive öffentliche Investitionen wird dies nicht möglich sein. Dies allerdings würde einen politische Neujustierung der südafrikanischen Regierungspolitik notwendig machen.

Die Frage, welche Leitprinzipien künftig Grundlage des Regierungshandelns sein wird, ist umkämpftes Terrain und keineswegs entschieden. Und trotz der berechtigten Kritik ist innerhalb des stark verminten politischen Handlungskorridors Südafrikas die Allianz von ANC, SA Communist Party und COSATU die einzige Kraft im politischen System des Landes, welche einen ökonomisch wie sozial ausgewogenen Wandel zu gestalten in der Lage ist. Ob ein solcher Wandel gelingen kann, hängt allerdings an erster Stelle von der Fähigkeit eines klaren Blickes auf die Erfordernisse eines weitreichenden sozialen Reformprozesses zusammen.

Die Sackgasse der Kritik

Der letzte Marxist macht das Licht aus!

von Mathias Brodkorb

Der vielleicht bekannteste Marxist auf einem Lehrstuhl für Philosophie in der Bundesrepublik Deutschland, Wolfgang-Fritz Haug, ist emeritiert. Von seiner Abschiedsvorlesung vom 12. Februar 2001 durfte man entweder den Versuch erwarten, eine Bilanz über die Geschichte und den Stellenwert marxistischen Philosophierens im westlichen Kapitalismus vorzulegen oder noch einmal den Kern der marxischen Theorie zu entwickeln, um abschließend ein gut begründetes Plädoyer für ein marxistisches Forschungsparadigma abzugeben. Haug hat Letzteres versucht. Er widmete seine Ausführungen dem „Kritikbegriff marxistischen Denkens“ (Haug 2001: 153)

Die „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden“ (Marx)

Dass wir es bei der Kritik in der Tat mit einem grundlegenden Motiv – wie Haug sagen würde – der *Marxismen* zu tun haben, wird allein deutlich, wenn man sich Titel und Untertitel der marxischen Hauptwerke vergegenwärtigt: „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ (1843), „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ (1844), „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik“ (1845), „Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie...“ (1845/46), „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ (1859), „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie“ (1857/58), „Das Kapital. Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ (1867) und „Zur Kritik des Gothaer Programms“ (1875).

Das Motiv der Kritik entwickelte Marx bekanntermaßen in Abgrenzung zu den so genannten „utopischen Sozialisten“ bereits in seinem Frühwerk. Es sollte nicht moralisiert oder die zukünftige Gesellschaftsentwicklung mehr oder weniger beliebig konstruiert, sondern aus der Kritik des Bestehenden der Entwicklungsmechanismus der bürgerlichen Gesell-

schaft offengelegt und so die zukünftige Entwicklung bestimmt werden. So schreibt Marx bereits 1844: „Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die *rücksichtslose Kritik alles Bestehenden*, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikte mit den vorhandenen Mächten.“ (MEW 1/344) Es gehe also darum, an die bestehenden – wirklichen – Kämpfe anzuknüpfen: „Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder. Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.“ (ebd.: 345) Der Clou dieser theoretischen Figur besteht gerade darin, die Selbstansprüche der bürgerlichen Gesellschaft aufzugreifen und sie mit ihrer eigenen Wirklichkeit zu konfrontieren: „...man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“ (ebd.: 381) Aus diesem offengelegten Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der bürgerlichen Gesellschaft sollte umgekehrt die Arbeiterbewegung die Kraft gewinnen, die Ansprüche von Aufklärung und Moderne tatsächlich ins Werk zu setzen. Hinzu kommt der wichtige Aspekt, dass Kritik im Marxschen Sinn immer auch politisch motiviert und *deshalb destruktiv* ist: „Diese Kritik... greift an. Aber ihr Angriff ist mörderisch, versucht zu töten und nicht nur zu verletzen. Der Angriff ist also prinzipieller Natur, er versucht zu destruieren und damit ihren Gegenstand selbst zu vernichten.“ (Holloway 1998: 15)

Kritik im Marxismus des 20. Jahrhunderts

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts diskutierte die marxistische Linke engagiert über die Frage, ob der

Was dem ANC und seinen Bündnispartner fehlt, ist ein politisches Leitbild, welches „die Strategie der kleinen Schritte“ bündelt.

Mathias Brodkorb ist Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der SPD Mecklenburg-Vorpommern, Student der Philosophie und des Altgriechischen an der Universität Rostock

Marxismus ausschließlich als Wissenschaft zu verstehen oder ihm notwendig auch durch die Kritik ein politisches Moment inhärent sei. Erste Position ist von Rudolf Hilferding im Vorwort zu seinem Hauptwerk „Das Finanzkapital“ (1909) vertreten worden. Er hielt den Marxismus und auch sein Politikmodell für rein wissenschaftlich und glaubte daher, dass er völlig „frei von Werturteilen“ (Hilferding 1947: XLV) sei. Er widme sich nämlich keiner weiteren Aufgabe als der Analyse der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft in ihrer Allgemeinheit und der bürgerlichen in ihrer Besonderheit: „Aber die Einsicht in die Richtigkeit des Marxismus, die die Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus einschließt, ist durchaus keine Abgabe von Werturteilen und ebensowenig eine Anweisung zu praktischem Verhalten. Denn etwas anderes ist es, eine Notwendigkeit zu erkennen, etwas anderes, sich in den Dienst dieser Notwendigkeit zu stellen. Es ist ganz gut möglich, daß jemand, von dem schließlichen Sieg des Sozialismus überzeugt, sich dennoch in den Dienst seiner Bekämpfung stellt.“ (ebd.: XLVI) Eine solche Auffassung allerdings lässt sich nur dann kohärent aufrecht erhalten, wenn der Marxsche Kritikbegriff als ein rein analytisches Werkzeug interpretiert wird. Was Marx nach Hilferding mit seinem Kritikbegriff im Blick hat, sind dann nicht (auch) die gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Menschen in ein „erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen“ (MEW 1/385) verwandeln und folglich überwunden werden müssen, sondern ausschließlich die Tatsache, dass die bürgerliche Wissenschaft bisher ihren Gegenstand verfehlt hat. So paradox dies klingen mag: Nach Hilferdings Ansicht müsste ein Kapitalist, der sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus angeeignet hat, sie allerdings gebraucht, um die *notwendige* gesellschaftliche Entwicklung hin zum Sozialismus zu bremsen, ebenso als ein Marxist angesehen werden wie jemand, der vor dem gleichen theoretischen Hintergrund – allerdings unter Berufung auf andere Werturteile – den Kapitalismus bekämpft, um nach dem kategorischen Imperativ des jungen Marx zu handeln, nämlich „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes,

ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (MEW 1/385)

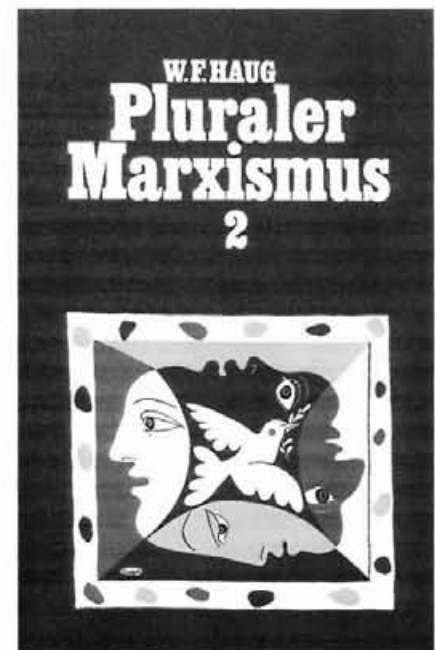
Einer solchen Auffassung hat sehr früh der marxistische Philosoph Karl Korsch grundsätzlich widersprochen. Er war sogar der Auffassung, „dass gerade im wohlstandigen, gutbürgerlichen Sinne des Wortes ‚Wissenschaft‘ der Marxismus eine ‚Wissenschaft‘ niemals gewesen ist und, solange er sich selbst treu bleibt, auch niemals werden kann. Er ist weder eine ‚Ökonomie‘, noch ‚Philosophie‘, noch ‚Geschichte‘, noch irgendeine sonstige ‚Geisteswissenschaft‘ oder Kombination von solchen Wissenschaften – alles dies verstanden im Sinne bürgerlicher ‚Wissenschaftlichkeit‘... Karl Marx setzt sich statt dessen als Ziel die ‚Kritik‘ der bürgerlichen Philosophie, die ‚Kritik‘ der bürgerlichen Geschichtsschreibung, die ‚Kritik‘ sämtlicher bürgerlicher ‚Geisteswissenschaften‘...“ (Korsch 1993: 165f) Dass diese für den Marxismus konstitutive Kritik nach Korsch Ansicht allerdings nicht ausschließlich ein Problem der (nicht-normativen) Wissenschaft ist, macht er in seinem Aufsatz „Why I am a Marxist“ deutlich: „Die marxistische Theorie ist weder positive materialistische Philosophie noch positive Wissenschaft. Sie ist vielmehr von Anfang bis zu Ende eine zunächst theoretische, in der Folge aber auch praktische Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung und aller Institutionen und Ideen dieser bestehenden Gesellschaftsordnung.“ (Korsch 1996: 686) Für Korsch handelt es sich bei Marx' Kritik-Begriff also keinesfalls nur um eine analytische Methode, sondern auch um die notwendige Grundlage für seine politische Orientierung. Gerade auch die Kritik der bestehenden Gesellschaft und ihrer Mängel verleiht der Arbeiterbewegung Sinn und Richtung. Folgerichtig sieht Korsch in Hilferding den „krassesten Ausdruck“ (ebd.: 687) einer Tendenz innerhalb des Marxismus, den Kritik-Begriff inhaltlich stark zu verengen bzw. eigentlich aufzugeben. Nach Korsch muss also jemand, der tatsächlich die theoretischen Prämissen des Marxismus teilt, auch Antikapitalist sein, ansonsten würde er nämlich nicht alle den Marxismus konstituierenden Prämissen teilen, sondern sich nur auf *einige, ausgewählte* seiner Erkenntnisse berufen. Theoretische Analyse und praktisch-politisches Programm bilden für Korsch im Marxismus eine notwendige, auflösbare Einheit.

Marxistische Kritik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Nun hat sich am Anspruch der „Kritik“ innerhalb des Marxismus wenig getan. Noch heute wird davon ausgegangen, dass gerade dieses Motiv der grundsätzlichen Kritik ein wesentlicher Bezugspunkt für eine Erneuerung des Marxismus sein muss: „Diesen... Stärken des Marxismus haben die neuen sozialen Bewegungen ebensowenig entgegenzusetzen wie die jeglichem Anti-Kapitalismus entwöhnte und aufs Moralisieren und Lamentieren über die Ungerechtigkeiten und Unmenschlichkeiten des Kapitalismus zurückgestutzte Arbeiterbewegung unserer Tage. Nie war radikale Kritik der (heute scheinbar unpolitischen Ökonomie) so aktuell und notwendig wie heute.“ (Krätke 1996: 112) Und interessanterweise scheint unter den Marxisten bis heute der Streit zwischen Korsch und Hilferding ausgetragen zu werden. So hält z.B. Michael Krätke ohne Zweifel zwar sowohl die theoretischen als auch die praktischen Momente des Marxschen Kritik-Begriffs für wesentlich (ebd.: 76), aber dennoch scheint er mit gewisser Genugtuung die Entpolitisierung, also Entfernung der modernen marxistischen Forschungsrichtungen von der politischen Praxis und damit – im Hilferdingschen Sinne – seine Verwissenschaftlichung festzustellen: „Es zeichnet diese Phase des Marxismus aus, daß sich in ihr zum ersten Mal wissenschaftliche marxistische Schulen bilden (wie die *Kapitallogiker*, die *analytischen Marxisten*, die *Regulationsschule*), die nicht primär durch politische, sondern durch wissenschaftliche Meinungsverschiedenheiten (im Blick auf das Forschungsprogramm und die Forschungsmethode) getrennt werden.“ (ebd.: 83)

Wolfgang Fritz Haug hingegen scheint mehr durch die Thesen Korsch beeinflusst zu sein. [Die Zuordnung Krätkes zu Hilferding und Haugs zu Korsch darf freilich nicht überzogen wer-

Kritik im Marxschen Sinn ist immer auch politisch motiviert und deshalb destruktiv.



www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Demokratie und Sozialismus im 21. Jahrhundert; Christoph Lieber: Grüner Flurschaden; Bernhard Müller: Die Drückeberger-Debatte; Tobias Pflüger: Der selbstinszenierte Krieg in Mazedonien; Norman Paech: Milosevic in Den Haag

Joachim Bischoff: The party ist over... Befindet sich die Weltwirtschaft auf dem Weg in die Rezession? Bernhard Sander: Koizumis Kotau vor den Pokemons des Kapitals; Klaus Peter Kisker: Nebelkerze Globalisierung

Tom Adler: Das VW-Modell 5000x5000; Ewald Wehner: Was bringt das neue BetrVG? Peter Scherer: Ende der Atempause – Mitgliederentwicklung der IG Metall; Dieter Hooge/Richard Detje: Humaner Kapitalismus?; »Wie selbstverständlich organisierten wir den illegalen Widerstand« Gespräch mit Willy Schmidt anlässlich seines 90. Geburtstags

Rossana Rossanda: Die große Verdrängung; Helmut Peters: Verändert die KP Chinas ihre Farbe? Hanna Ndlovu: Simbabwe vor den Präsidentschaftswahlen; Stichwort: Konjunkturzyklus (von Fritz Fiehler)

Supplement: Klaus Dörre/Klaus Pickshaus/Rainer Salm Re-Taylorisierung

Abo: DM 120,- (erm. DM 85,-)
 Probeheft: Redaktion Sozialismus
 St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
 Fax 040/280 505 68
 e-Mail: redaktion@sozialismus.de

den. Weder würde Krätke dem Marxismus jedwede praktisch-politische Bedeutung absprechen, noch Haug ihm seinen wissenschaftlichen Charakter. Es geht bei dem Vergleich vielmehr nur um die Hervorhebung von Tendenzen.]

Er betont in seiner Abschiedsvorlesung, die sich allerdings vor allem dem spezifischen Verhältnis von Philosophie und Philosophiekritik widmet, insbesondere den engen Zusammenhang zwischen Kritik und Ideologie: Kritik hat so die Differenz zwischen der Sache selbst und ihren ideologischen, also verzerrten Darstellungs- und Verarbeitungsweisen in der bürgerlichen Wissenschaft aufzuweisen. Dieses Aufweisen allerdings geschieht, so Haug, nach einer Art des Aufbrechens von Schweigen: „Dieser Gedanke tritt deutlicher hervor, wenn man sich klar macht, dass die entscheidenden Kritikoperationen Marxs garnicht auf bürgerliche Selbstausslegung treffen, sondern auf ... Schweigen... Mit anderen Worten: Er weist ein Ungedachtes der Politischen Ökonomie als zugleich diese begründend und explizit mit ihr unvereinbar auf. Ein Schweigen, das bezeichnend ist, weil in ihm von der Sache selbst in bezeichnender Weise geschwiegen wird, ist Symptom; es zur Sprache zu bringen, wird Kritik, die einen Grundstein ins Rollen bringt. Das Paradigma eines solchen, wenn man so will: generischen Aktes marxischer Kritik ist das Brechen einer Selbstverständlichkeit durch eine an der Sache selbst abgelesenen Frage.“ (Haug 2001: 163) Diese Tätigkeit der „rücksichtslosen Kritik“ sei aber nur vor dem Hintergrund des „kategorischen Imperativs“ des jungen Marx verständlich, den Haug mehrfach zitiert, nämlich „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“: „Darum ist, marxistisches Philosophieren an der Universität die Daseinsmöglichkeit zu erhalten, wichtig nicht nur für jenes, sondern zumal für diese.“ (ebd.: 166) Mehr hatte Haug allerdings zum Thema „Kritik im Marxismus“ nicht zu bieten – einmal abgesehen von einigen selbstwidersprüchlichen Ausführungen zum Verhältnis von Kritik und Philosophie bei Marx, denn einerseits bestreitet er gerade, dass Marx mit der 11. Feuerbachthese der Philosophie eine generelle Abfuhr erteilen wollte, denn schließlich sei die 11. These „wie eine Waage gebaut“ (ebd.: 155f), anderer-

seits spricht er allerdings von „Marxs unterschiedslose[r] Verabschiedung aller Philosophie“ (ebd.: 157).

Warum der Marxismus unpolitisch ist

Auch wenn es innerhalb der marxistischen Interpretationsschulen größere Differenzen gibt, ist man sich jedenfalls darüber einig, dass der Kritik innerhalb des Marxismus ein großer Stellenwert eingeräumt werden muss. Nicht nur das: In der Kritik wird sogar der Schlüssel gesehen, mit dem der kapitalistischen Gesellschaft beizukommen ist. Die These, dass gerade die Kritik den Marxismus unpolitisch macht, ihn jedweder (konstruktiven) ökonomischen Theorie beraubt und sie daher – in ihrer spezifischen Gestalt – eher ein Hindernis für seinen Erfolg darstellt, dürfte hingegen innerhalb der marxistischen Schulen höchstens Unverständnis hervorrufen.

Das Dilemma des Marxismus hat wahrscheinlich niemand eindringlicher formuliert als Holloway: „Diese Kritik... greift an. Aber ihr Angriff ist mörderisch, versucht zu töten und nicht nur zu verletzen. Der Angriff ist also prinzipieller Natur, er versucht zu destruieren und damit ihren Gegenstand selbst zu vernichten.“ (Holloway 1998: 15) Was machen wir aber eigentlich, nachdem wir alles destruiert haben – einmal abgesehen von der nicht minder spannenden Frage, wie wir überhaupt in die Lage kommen, den Kapitalismus nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu „destruieren“? *Im Marxismus erweist sich die Kritik als Sackgasse.* Und dies liegt vor allem daran, dass sich Marx und seine NachfolgerInnen nicht darüber im Klaren waren, wie menschliches Handeln und damit menschliche Gesellschaften eigentlich funktionieren – gleichwohl gerade dies erkannt zu haben sicherlich ihrem Selbstverständnis entsprach. Durchaus berechtigt war Marx' Anspruch, den utopischen Sozialismus im Sinne der „Träumerei von einem Schlaraffenland“ zu überwinden. Was Marx allerdings mit der Kritik am utopischen Sozialismus nicht voneinander unterscheidet, dass ist das Entwerfen einer konkreten Gesellschafts-utopie nach dem Muster „Mein Sozialismus. Von Karl Marx“, wie wir es bei den so genannten „utopischen Sozialisten“ durchaus finden können, mit dem Ausformulieren und Begründen von Kriterien und möglichen Mechanismen der erstrebten gesell-

schaftlichen Entwicklung – auch unter kapitalistischen Verhältnissen. Beides kann Marx aufgrund seiner erkenntnistheoretischen Voraussetzungen auseinanderhalten: Da das Sein das Bewusstsein bestimmt und das Sein „Reflex“ (MEW 3/26; 22/514) der Ökonomie ist, müssen auch sämtliche Bewusstseinsinhalte in Abhängigkeit zur jeweiligen ökonomischen Basis erklärt werden. Allgemeingültige Kriterien und Maßstäbe, also Grundsätze, die sich *nicht* historisch-spezifisch aus einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung ableiten (lassen), – so z.B. eine sozialistische Ethik – müssen demnach als grundsätzlich ideologisch erscheinen, da sie nur als der unaufgeklärte (Selbst)irrtum einer nicht ausreichend kritischen Position verstanden werden können. Nach Marxistischer Überzeugung kann ein jedweder Maßstab höchstens aus den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen gewonnen werden, weil eben jedes Bewusstseinsmoment bewusst oder unbewusst durch das Individuum aufgrund der ökonomischen Verhältnisse erzeugt wird: Hieraus erklärt sich auch, warum der Sozialismus im marxistischen Lager häufig als die bloße Verlängerung des Industriekapitalismus gedeutet wurde (siehe Gramsci 1999; Köbler 1990; Trentin 1999): Eine konsequent angewendete marxistische Erkenntnistheorie lässt eigentlich nichts anderes zu.

Mit der Konfundierung des Unterschieds zwischen einer Schlaraffenland-Utopie, die einen möglichen alternativen Gesellschaftsentwurf bis ins Kleinste durchbuchstabiert und der Notwendigkeit allgemeinverbindlicher, überhistorischer Maßstäbe, wirft Marx allerdings jede kontrolliert wissenschaftliche Kontur und Kriterien einer sozialistischen Gesellschaft über Bord und macht die marxistische Linke dadurch weitgehend handlungsunfähig. Dieses Dilemma lässt sich auch heute noch problemlos beobachten: Die „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden“ funktioniert fabelhaft – nur bei der Ausformulierung von Alternativen kommen die meisten über Allgemeinplätze nicht hinaus – eben deshalb, weil hierfür vernünftige Kriterien fehlen. Und insofern erweist sich der Marxismus als *unpolitisch*, weil er unfähig ist, sich in politische Debatten und Kämpfe einzuschreiben. Für ein „langames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ (Weber 1988: 560) fehlt ihm schlicht das Hand-

werkszeug. Man denke zum Beispiel nur, um erst gar nicht so naheliegende Probleme wie die Reform der Arbeitsmarktpolitik oder ein modernes Sozialstaatsverständnis zu diskutieren, an die Debatten über Gentechnologie in den letzten Monaten: Christen, christlich Inspirierte und vollständig Säkularisierte, die schon heute von der profitträchtigen Produktion menschlicher Ersatzteillager träumen, streiten munter über die Grundlagen der westlichen Zivilisation, ein modernes Menschenverständnis und Grenzen oder Chancen gentechnologischer Manipulationen. Nur eine Fraktion schweigt hierzu beharrlich – nämlich die sozialistische Linke – , weil ihr das theoretische Kriterium fehlt, um sich überhaupt in eine Debatte einzuklinken zu können, geschweige denn vernünftige Vorschläge zu unterbreiten. Nichts bezeugt die Politikunfähigkeit des Marxismus mehr als die Lautlosigkeit in solchen Fragen.

Und in diesem Sinne ist auch die weiter oben formulierte These zu verstehen, dass Marx und Engels über keine ökonomische Theorie verfügt hätten: Gemeint ist damit nicht, dass der Marxismus *keinerlei* ökonomische Theorie bzw. keine Theorie über Ökonomie gehabt habe, sondern dass seine „ökonomische“ Theorie *nur* kritisch gewesen ist. Gerade ein *nur* kritisches Verständnis hilft einer Bewegung, die die Zukunft gestalten will, aber nicht weiter. Da die ökonomische Theorie in einem konstruktiven Sinne aber sowohl die Erzeugung wie die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zum Thema hat, was wiederum eine konsistente Ethik und politische Theorie (in einem konstruktiven Sinne, die innerhalb des Marxismus erst Gramsci zu entwickeln versucht) voraussetzt, kann es mit dem Fehlen dieser beiden auch keine ökonomische Theorie bei Marx in einem konstruktiven Sinne geben.

Utopismus und Moralismus durch die Hintertür?

Ohne Zweifel haben sich Marx und Engels selbst als *Anti*-Utopisten verstanden. Allerdings gilt auch für Marx und Engels, dass das „was ein Individuum ist“, nicht (allein) danach beurteilt werden kann, „was es sich selbst dünkt“ (MEW 13/9), sondern danach, was es tatsächlich ist und vertritt. Daher kann m.E. ebensowenig ernsthaft bestritten werden, dass auch Marx und Engels – wie die Arbeiterbewegung oder zumindest Teile von ihr bis

in die Gegenwart – einen utopischen Standpunkt *nicht* restlos überwunden haben. Belegt wird diese Rest-Eschatologie z.B. durch den Text der „Internationalen“, in der man in der letzten Zeile die „Sonn’ ohn’ Unterlass“ scheinen lässt und damit eindeutig und unmissverständlich eine gewisse Paradies-Erwartung für den Sozialismus bezeugt. Im Gegensatz zu den Christen wollten die Sozialisten das Paradies nicht im Himmel, sondern auf Erden errichten. Rückblickend lässt sich da heute nur feststellen: Die Christen haben sich eindeutig als die größeren Realisten erwiesen. Auf Erden wird es nie ein Paradies geben.

Aber auch Marx und Engels äußern sich an manchen Stellen ganz ähnlich. So hielten beide übereinstimmend in „Die Deutsche Ideologie“ fest: Die kommunistische Gesellschaft werde eine Form der menschlichen Assoziation sein, „wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (MEW 3/33) Es gibt folglich *keinerlei* begrenzende gesellschaftliche Zwänge mehr, sondern die paradiesische Gesellschaft das „Wünsch’ Dir was“.

Dass diese Haltung auch kein Problem des Frühwerks geblieben ist, belegen weitere Werke des „wissenschaftlichen Sozialismus“. So schrieb Marx z.B. im Jahre 1875 in „Zur Kritik des Gothaer Programms“: „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW 19/ 21) Dabei meinte Marx hiermit kei-

Marx wirft jede kontrolliert wissenschaftliche Debatte über mögliche Kontur und Kriterien einer sozialistischen Gesellschaft über Bord und macht die marxistische Linke dadurch handlungsunfähig

nefalls, den - inhaltlich übrigens ziemlich unklaren - Grundsatz der entwickelten Individualität als Maßstab an die kontingente Welt anlegen zu wollen, sondern er hielt die Erreichung (dieses idealen Maßstabes!) offenbar tatsächlich für realistisch. Der Unterschied zwischen „utopischem“ und „wissenschaftlichem Sozialismus“ bestand daher *nicht* darin, einen paradiesischen Zustand für möglich zu halten oder eben nicht, sondern darin, dass die Vertreter des „wissenschaftlichen Sozialismus“ glaubten, die Möglichkeit dieses (paradiesischen) Endziels *wissenschaftlich* deduzieren und beweisen zu können. Ohne Frage wird man zugeben müssen, dass Marx im dritten Band des „Kapital“ eine differenziertere Position bezogen hat, wenn er feststellt, dass es immer ein „Reich der Notwendigkeit“ (MEW 25/828) geben wird, auf dem das „Reich der Freiheit“ (ebd.) aufbauen solle, nur scheint mir dies insgesamt höchstens für eine ambivalente, aber keinesfalls gänzlich nicht-utopische bzw. nicht-eschatologische Haltung bei ihm zu sprechen.

Ganz ähnlich steht es mit der angeblich unwissenschaftlichen Moraltheorie oder Ethik. Für Marx fällt, wie bereits gesagt, jede Ethik unter das Ideologieverdikt und stellt nichts weiter dar als unwissenschaftliches Moralisieren. Und dennoch kamen weder Marx noch Engels an einer impliziten Moraltheorie vorbei. Dies wird spurenhaf daran sichtbar, dass Marx z.B. selbst im „Kapital“ moralische Kategorien anwendet, um die Ablehnung des Kapitalismus zu begründen: „Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion während der Manufakturperiode hatte die öffentliche Meinung von Europa den letzten Rest von Schamgefühl und Gewissen eingebüßt.“ (MEW 23/787) Marx wirft also den Trägern der (früh)kapitalistischen Produktion vor, dass sie jedwede moralische Schranke zum Zwecke der Profitproduktion niederreißen. Dies ist nichts anderes als eine *ethisch* fundierte antikapitalistische Kritik: Denn die Pointe besteht darin, dass Marx den Vorwurf erhebt, dass nicht die Individuen und ihre jeweiligen Bedürfnisse im Vordergrund der gesellschaftlichen Bemühungen stehen, sondern die Profitmaximierung und so entfremdete Strukturen hervorrufen, die dem individuellen Zugriff entzogen sind. Aber womit sonst sollte man diesen Vorwurf rechtfertigen wenn nicht mit einer impliziten Moralvorstellung, die der sozialistischen Theorie immer schon zugrunde-

liegen muss? Daher ist Axel Honneth m.E. ausdrücklich zuzustimmen, wenn er *gegen* die These der Möglichkeit eines nicht-normativen Marxismus ausführt: „Ohne ein Stück normativer Theorie nicht-entfremdeter oder intakter Lebensverhältnisse kann man keine Analysen sozialer Pathologien oder Entfremdungen betreiben. Dies war immer ein Tabu-Thema in der... gesamten Tradition des westlichen Marxismus.“ (Honneth 2001: 14) Kritik, Moral und Utopismusvorwurf erweisen sich daher als auf spezifische Weise miteinander verknüpft: Die marxistische Kritik nimmt moralische Urteile als utopisch und unwissenschaftlich auf's Korn, weil sie die Kritik der politischen Ökonomie noch nicht durchlaufen haben, bemerkt dabei aber gerade nicht, dass sie *als Kritik* ebenso auf eine normative Grundlage angewiesen ist, weil sich Kritikwürdiges gerade immer als die Differenz zwischen der Wirklichkeit und einem an sie angelegten Maßstab erweist, der seine Berechtigung als Maßstab auch immer erst erweisen muss. Das Dilemma besteht daher darin, dass die Moralvorstellung des Marxismus immer nur implizit vorausgesetzt, nie wissenschaftlich diskutiert und begründet wird und daher im wahrsten Sinne des Wortes *diffus* bleibt. Und gerade dies verursacht die Politikunfähigkeit des Marxismus: Gerade weil er sich als unfähig erweist, seine eigenen moralischen Voraussetzungen wissenschaftlich zu begründen und zu explizieren, fehlt den so genannten MarxistInnen im Alltag genau die Richtschnur, anhand derer sie sich in Debatten – wie die über die Gentechnologie – und gesellschaftliche Reformprojekte einschreiben könnten. Um es daher präziser zu formulieren, ist es nicht die Kritik (als solche), die den Marxismus politikunfähig macht, sondern eine Kritik, die sich über ihre eigene Legitimität keine Rechenschaft ablegen kann, gerade dadurch mit Orientierungslosigkeit einhergeht und in der reinen Destruktion (bzw. ihrer Proklamation) stecken bleibt.

Auch Engels äußert ganz ausdrücklich, dass eine universell gültige, a-historische Ethik ein Ding der Unmöglichkeit sei – und zwar aus zwei Gründen. Zunächst sei es dem Menschen als einem endlichen Wesen gar nicht möglich, „ewige Wahrheiten“ zu erkennen (MEW 20/80) (offenbar abgesehen von der ewigen Wahrheit, dass man ewige Wahrheiten gar nicht erkennen könne) und zweitens seien Moralvorstellungen als Ergebnisse der

gesellschaftlichen Verkehrsverhältnisse, insbesondere der ökonomischen, relativ, „von Volk zu Volk, von Zeitalter zu Zeitalter“ (MEW 20/86) jeweils verschieden: „Wie die Gesellschaft sich bisher in Klassengegensätzen bewegte, so war die Moral stets Klassenmoral.“ (MEW 20/88) Die Konsequenz dieser ausdrücklich relativistisch-positivistischen Position, die allerdings die Unterscheidung einer tatsächlichen geschichtlichen Entwicklung von der Geltung moralischer Theorien vermissen lässt, ist allerdings fatal: Wenn alles historisch variabel ist, kommt es nur auf die Faktizität einer Moral an, die dann hierdurch auch gleichsam berechnete Geltung beanspruchen können muss: Angenommen also, es existieren zwei menschliche Gruppen A und B und B legt als Sitte fest, dass es legitim ist, A zu erschlagen, so kann Engels dagegen keine Einwände mehr vorbringen. Wollte er dies tun, müsste er auf allgemeine Grundsätze zurückgreifen, z.B. dass Menschen ein Recht auf Leben haben und daher niemand willkürlich andere töten darf, auf einen Grundsatz also, der sowohl für A als auch B gültig ist.

Engels scheint aber das Problem doch irgendwie zu spüren, und daher bleiben seine Aussagen ambivalent und widersprüchlich: „Eine über den Klassengegensätzen... stehende, wirklich menschliche Moral wird erst möglich auf einer Gesellschaftsstufe, die den Klassengegensatz nicht nur überwunden, sondern auch für die Praxis vergessen hat.“ (MEW 20/88) Wenn es keine absoluten und ewigen Wahrheiten im Bereich der Ethik gibt, was ist dann eine „wirklich menschliche Moral“? Offensichtlich hat Engels hier noch vor dem Sozialismus einen ethischen Maßstab, und zwar in der Gegenwart, an dem er diese Gegenwart misst. Und damit geht er implizit von dem aus, was er beständig leugnet: von einer „absoluten“ und „ewigen“ Theorie, einer „wirklich menschlichen Moral“!

Übrigens folgt auch der Mainstreammarxismus dieser Tage Engels in dieser letztlich widersprüchlichen Haltung. Als Beispiel sei hier auf den Artikel „Ethik“ von Gerhard Schweppenhäuser im „Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus“ verwiesen (siehe außerdem Eichhorn 1997): „Anders als in der zur autoritären Herrschaftsideologie erstarrten Dogmatik des ML, gibt es in der marxischen Theorie keine Ethik. Marx sieht seine kritisch-aufklärerische Aufgabe

Wenn alles historisch variabel ist, kommt es nur auf die Faktizität einer Moral an, die dann hierdurch auch gleichsam berechnete Geltung beanspruchen können muss:

vielmehr zu einem nicht gerade geringen Teil darin, Ethik als eine Gestalt falschen Bewußtseins zu entschleiern, die mit Notwendigkeit generiert wird... Gleichwohl wäre Marx' kritische Theorie der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und deren emanzipatorischer Transformation undenkbar ohne gewisse normative Voraussetzungen, die vom philosophischen Frühwerk bis hin zur Kritik der politischen Ökonomie zum Tragen kommen. Das ist kein Widerspruch... sondern die konsequente Gestalt jener philosophischen Bemühung, den immanenten Widerspruch der Ethik aufzuheben, der zuerst bei Hegel thematisch geworden ist..." (Schweppenhäuser 1997: Sp. 875) Es ist also – folgt man Schweppenhäuser – kein Widerspruch, wenn man zunächst den systematischen Nachweis darüber zu führen versucht, dass Ethik aufgrund ihrer „ideologischen Formbestimmtheit“ (Haug 1987) ihrem Anspruch auf Universalität gar nicht gerecht werden kann und daher fortan überflüssig ist, und der marxischen und engelschen Praxis, beständig in die eigenen Argumentationen moralische Argumente einzuschleusen und damit offensichtlich selbst implizit von einer Art Ethik auszugehen.

Fazit

Für die politische Praxis ist von einer „dreifach gegliederten epistemologischen Grundstruktur“ (Schmitz 1999: 6) auszugehen: einem Ziel, das auf der Basis einer Analyse zum entsprechenden Handeln führt. Wenn man sich aber als Ziel setzt, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...“, dann muss man, wenn es sich nicht um eine reine Willkürentscheidung handeln soll, sagen, a) warum dieses Ziel sinnvoll bzw. gut ist und b) wann und unter welchen Umständen ein Wesen geknechtet etc. und nach welchen Maßstäben die Welt einzurichten ist, dass die Menschheit aus solchen Verhältnissen einen Ausweg finden kann: Nichts bräuchte der Marxismus, um politisch handlungsfähig zu werden, dringender, als eine wissenschaftliche Ethik, eine Korrektur seiner philosophischen, insbesondere seiner erkenntnistheoretischen Grundlagen, .

Allerdings dürfte man zu Recht die Frage stellen, ob der Marxismus gerade mit der grundsätzlichen Überarbeitung seiner Basisprämissen als dieses

theoretische Paradigma nicht vielmehr aufgehoben und durch ein anderes ersetzt wird, das in gewissen Fragen marxistische Elemente integriert. Und so bleibt wohl langfristig nur im Teletubbi-Deutsch festzustellen: „Winke, winke Marxismus!“, zumal selbst jene, die vom Marxismus als wissenschaftlichem Paradigma überzeugt sind, sich sehr skeptisch äußern: „So, wie Marx und Engels selbst von den utopischen Sozialisten, von den klassischen politischen Ökonomen und von den klassischen deutschen Philosophen ihrer Zeit gelernt haben, so wird heute der Marxismus... nur noch eine, nicht unbedingt die wichtigste Inspirationsquelle für... Sozialisten sein.“ (Krätke 1996: 111)

spw

Literatur:

Eichhorn, Wolfgang (1997): ethischer Sozialismus, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 3, Berlin-Hamburg, Sp. 902-909

Gramsci, Antonio (1999): Heft 22, Amerikanismus und Fordismus, in: ders.: Gefängnishefte, Band 9, Hamburg, S. 2061-2101

Hilferding, Rudolf (1947): Das Finanzkapital, Berlin

Haug, Wolfgang Fritz (1987): Marx, Ethik und die ideologische Formbestimmtheit von Moral; in: ders.: Pluraler Marxismus Band 2, Berlin, S. 116-140

- ders. (2001): ... es kömmt darauf an sie zu verändern. Zum Kritikbegriff marxistischen Denkens, in: Das Argument 240, S. 153-167

Holloway, John (1998): Kritik und Sozialwissenschaften, in: Görg/Roth (Hrsg.): Kein Staat zu machen, Münster, S. 14-19

Honneth, Axel (2001): Kritik sozialer Pathologien, in: Sozialismus 3/2001, S. 11-15

Korsch, Karl (1993): Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung, in: ders.: Gesamtausgabe. Marxismus und Philosophie. Band 3, Amsterdam, S. 159-236

- ders. (1996): Marxismus (Why I am a Marxist), in: ders.: Gesamtausgabe. Krise des Marxismus. Band 5, Amsterdam, S. 681-694

Köbler, Reinhart (1990): Arbeitskultur im Industrialisierungsprozeß, Münster

Krätke, Michael (1996): Marxismus als Sozialwissenschaft, in: Haug/Krätke (Hrsg.): Materialien zum Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Hamburg, S. 69-122

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1957ff): Werke (MEW), Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus und ZK der SED, Berlin

Schmitz, Markus (1999): Überlegungen zu einer Rehabilitierung der ökonomischen praktischen Vernunft, Rostock, Manuskript

Schweppenhäuser, Gerhard (1997): Ethik, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 3, Berlin-Hamburg, Sp. 874-895

Trentin, Bruno (1999): Befreiung der Arbeit, Hamburg

Weber, Max (1988): Politik als Beruf, in: ders.: Gesammelte Politische Schriften, Tübingen, S. 505-560

ISBN 3-89438-220-1, Broschur, 302 Seiten
DM 32,90/EUR 16,50

Jacques Pauwels

Der Mythos vom guten Krieg

Die USA und der 2. Weltkrieg



PapyRossa

Der 2. Weltkrieg als „guter Krieg“ der USA, aber auf der »falschen Seite« und gegen den »falschen Feind«

ISBN 3-89438-225-2, Broschur, 198 Seiten
DM 25,40/EUR 13,00

Dietrich Heiter/Gerd Wiegel (Hg.)

Die Stolzdeutschen

Von Nordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur



PapyRossa

Was das Gerede von Nationalstolz und Leitkultur soll und wen das stolzdeutsche Banner so alles vereint

ISBN 3-89438-227-9, Broschur, 240 Seiten
DM 30,90 /EUR 15,80

Werner Biermann/Arno Klönne

Globale Spiele

Das letzte Stadium des Kapitalismus?



PapyRossa

Imperialismus heute – die Globalisierung als jüngstes Stadium des Kapitalismus und dessen Leidtragende

PapyRossa Verlag

Tel.: (0221) 448545 – Fax: (0221) 444305
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

Kritik des Marxismus

oder vom politischen Nutzen der Kritik

von Michael R. Krätke

Marx und der Marxismus

Nicht Marx ist das Problem, der „Marxismus“ ist es. Vieles von dem, was der oder die „Marxisten“ ihm in den Mund legen, hat der historische Marx nie behauptet, nicht wenigen Weisheiten des oder der „Marxisten“ hat er klar widersprochen. Den historischen Marx, sein nach wie vor nur zum Teil veröffentlichtes Lebenswerk, und den „Marxismus“ trennt mehr als sie verbindet.

Die großspurigen Ansprüche, mit denen die „Marxisten“ in aller Regel auftreten, können einem gehörig auf die Nerven gehen. Ebenso wie der Kleinkirchen- oder Sektencharakter vieler „Marxisten“, wo Marxzitate und deren Auslegung bzw. mehr oder minder kunstvolle Neuformulierung mit Hilfe anderer Säulenheiligen (Gramsci ist da ein beliebter Stichwortgeber) zum umfassenden Ersatz für wissenschaftliche wie politische Tätigkeit werden. Es ist nicht verwunderlich, dass das intellektuell neugierige und politisch engagierte Leute abstoßt. Leider trifft der Satz Pierre Bourdieus: „Jeder Fortschritt in den Sozialwissenschaften ist gegen den Marxismus erkämpft worden“ (Bourdieu 1997: 141). Leider, denn der historische Marx war, anders als die Ikone des „Marxismus“, in der Tat ein Neuerer, ein Pionier und ein Entdecker, ein wirklicher Forscher.

Marx' Geschäft: Die Kritik

Den Anspruch auf „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden“, wie Marx ihn erhob, erheben die Marxisten auch. Sie lösen ihn nur nicht ein. Noch vor zwanzig Jahren war es üblich, sich gegenüber den Dogmen des „Marxismus“ völlig unkritisch zu verhalten, heute gehört es zum guten Ton, dieselbe kritiklose Bewunderung gegen-

über den Dogmen des Anti-Marxismus an den Tag zu legen. Es gibt keine Mode in den Sozialwissenschaften, die die „Marxisten“ nicht begeistert mitgemacht hätten. Auch in diesem Sinn stimmt Bourdieus Satz leider: Die Marxisten bewegen sich am liebsten mitten im Hauptstrom der herrschenden Meinung. Nur sehr wenige Marxisten wagen es, die skurrilen Dogmen der „Postmoderne“ oder der „Globalisierung“, um nur zwei aktuelle Beispiele zu nennen, offen und rücksichtslos anzugreifen. Daher bleibt der akademische „Marxismus“ in der Bundesrepublik folgenlos, daher kann der „Marxismus“ gerade an US-amerikanischen Universitäten leicht Unterschlüpfe und Nischen finden: Die Marxisten sind den herrschenden Lehrmeinungen nicht gefährlich und enthalten sich jeder Kritik, die politische Folgen haben könnten.

Marx war anders. Mit fast allen hat er sich angelegt, kaum jemandem geschont. Am heftigsten hat er seine sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Zeitgenossen attackiert. Er hat ihnen nicht vorgeworfen, kritiklos zu sein, sondern ihre falsche Kritik (der politischen Ökonomie wie der Politik) kritisiert. Marx war nicht der erste und blieb nicht der einzige, der den Sozialismus / Kommunismus wissenschaftlich begründen wollte. Das taten bzw. wollten andere auch. Was Marx von anderen „wissenschaftlichen“ Sozialisten des 19. Jahrhunderts unterscheidet, ist die Art der sozialwissenschaftlich begründeten Kritik, mit der er den Selbstinterpretationen der bürgerlichen Gesellschaft und den in der sozialistischen Bewegung herrschenden Vorstellungen von guter Gesellschaft und sozialer Revolution widersprach.

Haug besteht zu Recht auf der „Kritik“ als wesentlichem Moment der Marxschen Sozialwissenschaft, verkennt aber deren Charakter. Der historische Marx konnte sich den Luxus, nur das Schweigen, die Gedankenlosigkeit der Sozialwissenschaftler seiner Zeit zu attackieren, nicht leisten. Er kritisierte das, was die Ökonomen sagten ebenso scharf und gründlich wie das, wovon sie schwiegen. Er nahm die „ehernen“ Lohngesetze aufs Korn, er kritisierte die sogenannte Quantitätstheorie des Geldes (auf der auch der heutige Monetarismus beruht), er nahm Say's Gesetz der Absatzwege auseinander (gut siebzig Jahre vor Keynes), er demontierte die auf Adam Smith zurückgehende Vor-

stellung von der Bildung des Sozialprodukts, er widerlegte die zeitgenössische (bis heute populäre) Beschäftigungstheorie (die sogenannte Kompensationstheorie, wonach technologische oder strukturelle Arbeitslosigkeit unmöglich sind), er ließ sich in ganz unmarxistischer Akribie auf die Widerlegung der Argumente ein, mit denen die zeitgenössischen Ökonomen die ersten Anfänge der staatlichen Arbeiterschutz-Gesetzgebung (die bis heute die Basis jeder Form von Sozialstaatlichkeit bildet) bekämpften.

Marx hatte den Ehrgeiz, falsche Vorstellungen und Theorien zu berichtigen, bessere, stimmigere, sachlich richtigere Erklärungen zu geben, besser auch „innerhalb des bürgerlichen Horizonts, vom reinen Fachstandpunkt aus“ (MEW 23, 616, Fn 31), wie er betonte. Das gelang ihm nicht immer, aber oft genug, um ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte der Sozialwissenschaften zu sichern. Wir verdanken ihm die erste rationale Geld- und Kredittheorie, die erste Theorie des Arbeitsmarkts, die diesen Namen verdient, die erste Theorie des Betriebs bzw. des kapitalistischen Unternehmens, die erste moderne Kreislauf- und Wachstumstheorie, die erste Theorie des technischen Fortschritts und der Innovation, die erste Theorie der effektiven Nachfrage, die erste Markttheorie, die erste Theorie der Entwicklung des Kapitalismus, um von seinen zahlreichen analytischen und methodischen Neuerungen zu schweigen.

Nach Marx' kritischer Auffassung ist der moderne Kapitalismus eine „verkehrte Welt“. Eine Welt, in der den Beteiligten auch die elementarsten ökonomischen Zusammenhänge in verdrehter Form zu Bewusstsein kommen, die irrationale Denk- und Verhaltensweisen erzeugt. Unabhängig von individuellen Denkfehlern, von interessierten Lügen oder Marotten einzelner Theoretiker stellt sich die Welt des real existierenden Kapitalismus als eine Welt von „Sachzwängen“ und „Naturgesetzen“ oder „objektiven Notwendigkeiten“ dar, die der offiziell verkündeten individuellen Freiheit und Rationalität eines jeden Marktmenschen Hohn sprechen. Der Hohn liegt darin, dass die eigentlich Handelnden in dieser Welt der ökonomischen Sachzwänge nicht Personen sind sondern mythische, rätselvolle Wesenheiten, materielle Dinge ebenso wie ganz un- oder übersinnliche Abstrakta, die al-

lerlei kuriose Eigenschaften haben und sich in den Augen der Betrachter so verhalten, als hätten sie Willen und Bewusstsein: Das Kapital, die Märkte, der Arbeitsmarkt, die Börse, die Konjunktur, manchmal auch der „Weltmarkt“ regieren uns, und die „Preise“, die „Zinsen“, die „Kurse“ etc.. machen, was sie wollen. (Wenigstens ein marxistischer Sozialphilosoph, Leo Kofler nämlich, hat den Sinn der Marx'schen Kapitalismuskritik verstanden. Von Kofler stammt der schöne Satz: „Wenn Sie hören, die Preise steigen, glauben Sie es nicht! Die Preise tun nämlich gar nichts!“)

Diese verkehrte Vorstellung von der verkehrten Welt des Kapitalismus ist nicht nur höchst widersprüchlich, sie hat Folgen für politisches wie ökonomisches Handeln, und zwar nicht erst seit gestern. Neu am Neoliberalismus unserer Tage ist nur die Unverfrorenheit bzw. Gedankenlosigkeit, mit der die Scheinlogik dieser verkehrten Welt zum umfassenden Politikersatz erklärt wird. Marx' Kritik zerstört diese Scheinlogik, untergräbt die Glaubwürdigkeit dieser Alltagsreligion, hinter der sich die Politik in der bürgerlichen Gesellschaft nur zu gern versteckt, sofern sie ihr nicht in blindem Glauben unterworfen ist. Diese Form der radikalen Kritik, die über die Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie Smith, Ricardo, Sismondi, John Stuart Mill und viele andere formuliert haben, hinaus führt, nicht zu kennen oder nicht mehr kennen wollen, ist kein Fehler, sondern eine Dummheit. Denn Marx' kritische Ökonomie ist sehr wohl handlungsleitend und „konstruktiv“ (etwa in dem Sinn, den Adolph Lowe mit seiner „Politischen Ökonomie“ gemeint hat). Ein Beispiel für viele: Die überfällige Ökosteuerreform in der Bundesrepublik leidet bis heute darunter, dass das Ökosteueraufkommen zum größten Teil zur Subventionierung der Rentenkassen zwecks Senkung der Lohnnebenkosten benutzt wird. In der ökonomischen Alltagsreligion des Kapitalismus befangene Leute, wie unsere grünen Vor- und Nachdenker, glauben, es würde so nur ein „Produktionsfaktor“, die „Arbeit“ nämlich, entlastet und ein anderer, die „Natur“, belastet. Durch die Marx'sche Kritik aufgeklärte Leute könnten wissen, dass dem ganz und gar nicht so ist. Sie würden also eine Ökosteuerreform von vornherein anders anpacken, was im Sinne der ökologi-

schen Zielsetzung effektiver, sogar effizienter wäre und zugleich die Rentenreform von ideologischen Ballast befreien würde.

Was ist der Maßstab der radikalen Kritik?

Marx' Kritik der politischen Ökonomie ebenso wie seine weithin unbekanntere Kritik der Politik enthalten zweifellos normative Elemente. Aber welche? Sicher nicht die einer universalen, überall und jederzeit gleichermaßen gültigen Sozialethik, die ihrerseits ihre historischen Voraussetzungen hat. Die Normen des bürgerlichen Zeitalters werden allerdings in einer universalen Form verkündet (und geglaubt), die ihre historischen Grundlagen vergessen macht und zugleich über ihre historische Beschränktheit hinausweist. Normativ passen bürgerliche Gesellschaft und moderner Kapitalismus keineswegs widerspruchsfrei zueinander. Wenn Marx daher bei vielen utopischen Sozialisten seiner Zeit das Verfahren kritisiert, die bürgerliche Gesellschaft an ihren eigenen Maßstäben zu messen und ihr vorzuhalten, dass ihre offiziell verkündeten Ideale an ihren entwickelten ökonomischen Praktiken zuschanden werden, dann meint er die naive Kapitalismusvorstellung, die dem zugrunde liegt. Naiv ist die Kapitalismuskritik der utopischen Sozialisten, weil sie stets nur das eine oder das andere, die hohen Ideale oder die schlechte Realität sehen, aber den notwendigen Zusammenhang zwischen beiden nicht begreifen. Um die historische Eigenart des modernen Kapitalismus zu begreifen, ist es z. B. nützlich zu wissen, dass die kapitalistische Produktionsweise das private Eigentum zugleich als Prinzip heiligt und in ihrem ganz alltäglichen Gang fortwährend unterminiert und vernichtet. In praktisch politischer Absicht ist diese Einsicht nicht weniger nützlich, zumal für Sozialdemokraten.

Marx betont, dass die elementare Form der Bereicherung im modernen Kapitalismus (er unterscheidet mehrere solcher Formen) kein Unrecht ist. Dennoch spricht er von Ausbeutung und meint damit mehreres: Erstens einen Vertrag, der nur formell freiwillig geschlossen wird, da eine Partei keine andere Wahl hat (Alternativen zum Arbeitsmarkt gibt es wenige); zweitens einen Vertrag, der einer Partei auf Zeit die Herrschaft oder Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft der anderen überträgt, mithin die persönliche Freiheit der einen Partei, wenn

auch begrenzt und bedingt, auf Zeit aufhebt (immer noch mit weitem Abstand die beste analytische Bestimmung des Arbeitsvertrags, die wir haben); drittens einen Vertrag, der dem Produzenten jede Entscheidung, jeden bestimmenden Einfluss auf den Inhalt seiner Arbeit, gar auf das Produkt, das das Resultat dieser Arbeit ist, vorenthält. In diesem Sinne ist Lohnarbeit ein Zwangsarbeitsverhältnis, mithin Ausbeutung. Der Maßstab, den Marx gebraucht, um Lohnarbeit als Verhältnis der Ungleichheit und Unfreiheit zu charakterisieren, wurde im 19. Jahrhundert in den meisten europäischen Ländern ganz selbstverständlich gebraucht: Weil unfrei und unselbständig, galten Lohnarbeiter nicht als vollwertige Bürger und wurden ganz oder teilweise vom Wahlrecht ausgeschlossen. Diesen Maßstab hat sich auch die europäische Arbeiterbewegung zu eigen gemacht und damit beachtliche Erfolge erzielt, gerade weil sie die bürgerliche Gesellschaft mit ihren eigenen normativen Grundsätzen nicht nur

Nach Marx' kritischer Auffassung ist der moderne Kapitalismus eine „verkehrte Welt“.

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

12. Jahrgang, Nr. 47, Sept 2001, 224 Seiten

Höhe: BRD-Konjunktur im Abschwung

Linke in Europa

Wehr – Die Linken im Europäischem Parlament / Neubert – Sozialisten und Kommunisten in Europa / Schunter-Kleemann – EU und „Gender Mainstreaming“ / Beckmann – Gewerkschaften

Italien und Frankreich

Unger – Italiens Linke: Die Wurzeln der Krise / Bertinotti – Rifondazione Comunista / Hue – Aktualität des Kommunismus / Martelli – Die Linke vor den Präsidentschaftswahlen / Drweski – Frankreich: Krise und Transformation

„Flexibler Kapitalismus“

Bell, Kreutz, Recht – Armut - Reichtum - Lebenslagen / Wagner – Normalarbeitsverhältnis / Bischoff – Gesellschaftliche Arbeit

Und: Gandler – Marx in Mexiko / Peters – 80 Jahre KP Chinas

Sowie:

Berichte (Lukács; Gesundheitspolitik), Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,- DM ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M. Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

konfrontierte, sondern einen institutionellen Umbau erzwang.

Dieser Maßstab gilt noch heute – gerade in den Ländern mit einer langen demokratischen Tradition. Nirgends ist das Volksvorurteil, man lebe in einer klassenlosen Gesellschaft, in der nur individuelle, keine sozialen Unterschiede und Ungleichheiten zählten, so stark verwurzelt und so weit verbreitet wie in den USA. Selbst in der sehr viel altmodischeren Bundesrepublik taucht die sozialrevolutionäre Idee, man habe die Klassengesellschaft doch nun endgültig überwunden, immer mal wieder auf. Neu ist das nicht. Schon der alte Napoleon (der Erste) verkündete stolz, dass in seinem Kaiserreich, dank des Code Civil, die Gleichheit aller Klassen der Gesellschaft endlich verwirklicht worden sei. Eine europäische Sozialdemokratie gab und gibt es, weil das eben auch in den gefestigten Demokratien Europas noch lange nicht der Fall ist. Es gab und gibt eine sozialistische Bewegung in Europa, weil hier das Bewusstsein der Diskrepanz zwischen der bürgerlichen Gleichheit und Freiheit und dem real existieren-

den Kapitalismus nach wie vor lebendig ist.

Ist Kritik im Marxschen Sinne unpolitisch?

Wissenschaft, Sozialwissenschaft zumal, ist nicht wertfrei und ist es nie gewesen. Max Webers Rede von der „Wertfreiheit“ meinte nur das Einfache, dass ein Sozialwissenschaftler schon wissen und auch offen sagen sollte, was er tut und wo bzw. wann er lebt. Anders als die Vertreter der „reinen“ Wissenschaft oder des „Marxismus“ verstecken sich wirkliche Wissenschaftler nicht hinter der Lüge der Wertfreiheit [Die schon logisch Unsinn ist, da jeder Wissenschaftler zumindest den „Wert“ namens „reine Wissenschaft“ hochhalten muss.] oder ihrem Gegenstück, der Lüge vom Klassen- oder Parteidogma. [Gegen diese Zumutung, er sei als Wissenschaftler Parteimann, hat sich der historische Marx stets entschieden gewehrt.] Politisch wird wirkliche Wissenschaft dadurch, dass sie ungezogen und rebellisch ist, respektlos gegen Kirchenväter ebenso wie gegen „Disziplinargrenzen“, „herrschende Lehrmeinung“ und ähnliche Kreationen der Wissenschaftsbeamten. In diesem Sinne hatte Karl Korsch Recht: Die radikale Kapitalismuskritik von Marx lässt sich nur schwer in die etablierten Routinen des Wissenschaftsbetriebs einpassen. Genau das war und ist es, was die „Marxisten“ am liebsten hätten. Wenn man nicht selbst zur „herrschenden Lehre“ werden kann, dann doch wenigstens ein paar behütete Heimplätzchen im Wissenschaftsbetrieb.

Allerdings ist wissenschaftliche Radikalität etwas anderes als politischer Radikalismus. In diesem Sinn hat Rudolf Hilferding Recht gehabt. Aus der Einsicht in die innere Widersprüchlichkeit und die selbstzerstörerischen Tendenzen des modernen Kapitalismus (bei Marx sehr viel besser begründet als die angebliche „Notwendigkeit“ des Sozialismus) folgt noch keine bestimmte politische Entscheidung. Allerdings hat die Eigenlogik einer kritischen Sozialwissenschaft Folgen, die sie für die offizielle Politik (aber für die sozialen Bewegungen nicht minder) zu einer dauerhaften Zumutung werden lassen.

Was wäre denn zur Zeit politischer als die von Partei- und sonstigen Rücksichten unverfälschte Kritik an den mit Abstand beliebtesten und

einflussreichsten Dogmen, jenen Weisheiten, die die Politik ebenso wie die Publizistik, so gut wie die gesamte bürgerliche Öffentlichkeit beherrschen? Etwa die Kritik am Mythos „Markt“ oder am Mythos „Wettbewerb“, oder die Kritik am Mythos von der „Effizienz“, die angeblich in Privatunternehmen bzw. auf Märkten überall und jederzeit herrsche, oder die Kritik am Dogma von den immer „zu hohen“ Steuern und dem immer „zu großen“ öffentlichen Sektor, oder am Dogma vom allzeit schädlichen Wohlfahrtsstaat. Oder die Kritik am derzeit gerade in der Sozialdemokratie hochgepriesenen Dogma, „mehr Eigenverantwortlichkeit“ sei es, was den Bürgern der demokratischen Sozialstaaten gerade noch gefehlt habe. Oder die Kritik an dem Dogma, wonach alles, was irgendwelchen Privatleuten irgend einen Profit verschaffe, per se auch den gesellschaftlichen Reichtum und Wohlstand mehre, mithin gut und richtig sei. Oder die Kritik am Dogma von den allzeit unfehlbaren und „rationalen“ Entscheidungen „der Märkte“ bzw. seiner Majestät „des Marktes“. Oder die Kritik an dem überaus beliebten Dogma, dass Arbeitslose selbst schuld bzw. zu faul seien bzw. nur durch künstlich „zu hoch“ gehaltene Löhne gehindert würden, Arbeit zu finden. Oder die Kritik am Standardargument der jüngsten Rentenreform – aus Gründen der demographischen Entwicklung würden umlagefinanzierte Rentensysteme in absehbarer Zeit unbezahlbar, während kapitalfinanzierte Pensionssysteme (Fonds) problemlos funktionieren würden. Oder die Kritik an dem heute in fast allen Zukunftsbatten präsenten Dogma, Staatsschulden seien immer und überall „ungerecht“ gegenüber den Jüngeren bzw. den Nachgeborenen, Schuldenabbau, also Sparpolitik mithin eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Alles politisch folgenreiche Dogmen, die den Handelnden große und dicke Bretter vor den Kopf setzen. Bretter vor dem Kopf sind aber bei aller subjektiven Ehrlichkeit eher hinderlich für den ganz alltäglichen Durchblick als handlungsorientierend. Heutzutage, wo schon als Linksradikaler gilt, wer daran zu erinnern wagt, dass zur elementarsten Marktlogik immer auch eine Nachfrageseite gehört, sind Kritiken an diesen Dogmen politisch notwendiger als alles andere.

Zugegeben, derartige Kritiken kommen im Moment kaum von Marxisten. [Man vergleiche aber die di-

Wissenschaft, Sozialwissenschaft zumal, ist nicht wertfrei und ist es nie gewesen.

FOTOWETTBEWERB

Die soziale Schiefelage unserer Gesellschaft hat viele Gesichter. Zeigen Sie uns Bilder und Ansichten, die die soziale Wirklichkeit und Alltagserfahrungen einfangen, die zum Nachdenken über eine gerechte Verteilung von Lebenschancen anregen, die zum sozialen Engagement ermutigen und solidarisches Handeln sichtbar machen.



Sach- und Geldpreise von insgesamt 15.000 DM vergeben, u.a.

- Leica M6 TTL mit Summicron 1:2/50 mm
- AGFA Scanner DUOSCAN M0
- Canon Digitalkamera IXUS V
- Canon Fotodrucker S800

Im Internet wird gesondert ein Publikumspreis ausgelobt.

Einsendeschluss 31. Januar 2002

Wettbewerbsunterlagen unter www.fair-teilen.de

Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit u.V. (Bielefeld) und IG Metall (Frankfurt/M.) in Zusammenarbeit mit luxsiebenzo, Werkstatt für Kommunikation und Gestaltung (Köln)

versen Kritiken, die in den seit 1997 jährlich erscheinenden „Kritischen Interventionen“ der Loccumer Initiative enthalten sind. Die Loccumer Initiative vereinigt linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Wissenschaftler, von denen einige in der Tradition der Marxschen Gesellschaftskritik stehen, ohne darum „Marxisten“ im Parteisinn zu sein. Den marxistischen Philosophen (das ist die große Mehrheit) fehlen die Kenntnisse oder der Mut. Es ist natürlich viel einfacher, gegen den „Ökonomismus“ zu wettern, als sich mit der stärksten ideologischen Macht der Gegenwart, der herrschenden Lehre der neoklassischen Ökonomie nämlich, offen anzulegen. Den „Neoliberalismus“ als solchen zu verdammen, ist auch bequemer, als sich auf das mühsame Geschäft einzulassen, die diversen Dogmen auseinander zu nehmen, die als angeblich letzter Schluss ökonomischer Weisheit das politische Denken unserer Tage beherrschen. Wenn sich Marxisten schon einmal an einer aktuellen Debatte beteiligen, dann sind sie eifrig bemüht, es sich mit keiner Seite zu verderben. Daher finden sich in den marxistischen Beiträgen zur Globalisierung alle Dogmen wieder, die dem „Marxismus“ wie dem sozialwissenschaftlichen Hauptstrom seit jeher lieb und teuer sind. Auf der einen Seite die Quasi-Naturgewalt der Globalisierung, die höchstens physische bzw. ökologische Grenzen kennt (und bei vielen Enthusiasten nicht einmal das), auf der anderen die Verschwörerzirkel des Kapitals, des US-Kapitals insbesondere, die Globalisierung „als Projekt“ betreiben sollen.

Sicher gibt es Formen der „marxistischen“ Fundamentalkritik, die völlig unpolitisch sind. Weil absolut ungefährlich, werden sie zur Erheiterung des Publikums in Massenaufgaben verbreitet. In der Bundesrepublik stehen die Werke des Herrn Robert Kurz für diese Richtung. [Insbesondere das „Schwarzbuch Kapitalismus“ Kurz, 2000] Diese Art radikaler Kapitalismuskritik, obwohl mit Marxscher Terminologie und Marxzitate reich verziert, zeichnet ein derart eindimensionales Bild der hermetisch geschlossenen Systemwelt des Kapitalismus, dass in der Tat nur noch eine Urkatastrophe oder eben eine leninistische Erziehungsdiktatur mit Tugendterror und allen Schikanen für das blöde Volk einen Weg ins „ganz Andere“ des real existierenden Anti-

Kapitalismus eröffnen können. Kurz und Consorten zeigen besonders deutlich die Folgen der kurzschlüssigen Überpolitisierung, die den „Marxismus“ seit jeher auszeichnet. Aus analytischen Kategorien, die vom alten Marx in sehr durchdachter Weise und im Blick auf Ambivalenzen und Widersprüche konstruiert wurden, werden im Handumdrehen moralische Urteile über die angebliche Wiedernatürlichkeit und Absurdität des modernen Kapitalismus gedreht. Aus Marx' analytischen Sätzen darüber, wie in Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise der gesellschaftliche Zusammenhang der Produzenten und ihrer diversen Tätigkeiten hergestellt wird, werden in der Kurz-Version moralische Verdammungsurteile über die an und für sich grundsätzliche Welt der Märkte. Die reichen Ambivalenzen der Marxschen Kapitalismuskritik gehen verloren, damit auch die Grundlage der Marxschen Sozialismuskonzeption. Diese Art von Kritik, die von einer Widersprüchlichkeit des modernen Kapitalismus nichts mehr wissen will, ist in der Tat billig, unnützlich und ärgerlich. Sie kommt sich und anderen nur gebildeter vor als der gute alte Leninismus, da sie ihre moralische Entrüstung nicht in erster Linie gegen den Kapitalismus als Ausbeutungssystem richtet, sondern gegen den Kapitalismus als Marktsystem, in dem die „abstrakte Arbeit“ oder der „Wert“ als Urgrund aller Übel erscheint. Bezeichnend für die „philosophisch gebildete“ Variante des Marxismus-Leninismus ist die grenzenlose Verachtung der real existierenden Arbeiterbewegung, insbesondere der Sozialdemokratie. Von den Gewerkschaften bzw. der Sozialdemokratie pflegt Herr Kurz vorwiegend als den „Verhausschweint“ zu reden, zur Freude der Feuilletonisten. Um den Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie und andere Formen der historischen Arbeiterbewegung in ihrer Beschränktheit und Widersprüchlichkeit einigermaßen gerecht werden zu können, muss man schon den modernen Kapitalismus in seiner Borniertheit und Widersprüchlichkeit zumindest wahrnehmen können.

Wie viel Utopie braucht die Kritik? Wie viel Kritik braucht die Utopie?

Wir leben in einer Welt von mehr oder weniger realisierten Utopien. Die bürgerliche Gesellschaft, gedacht als Gesellschaft der (persönlich) Frei-

en und (rechtlich und politisch) Gleichen, sogar weiter gedacht als Gesellschaft der (durchaus im eigenen Interesse) Solidarischen, ist eine solche Utopie. Die reine Marktökonomie, die soziale Welt als Markt, ist eine Utopie, allerdings eine schwarze, ebenso wie die Weltherrschaft des „globalen“ Kapitals. Eine zivilisierte bürgerliche Gesellschaft, in der die ökonomischen Akteure die den Märkten politisch gesetzten Schranken respektieren, sich alle Beteiligten an die Spielregeln halten, die Konkurrenz in der Tat einem friedlichen „Wettbewerb“ gleichkommt, in dem der jeweils Bessere siegt (ohne damit die soziale Existenz des Zweit- oder Drittbesten zu vernichten), die Unternehmen sich „rational“ verhalten, die Konsumenten eine Wahl haben samt den Voraussetzungen, sie zu nutzen, das ist auch eine Utopie – und zwar eine, die noch in sehr weiter Ferne liegt. Die allen Sozialdemokraten teure politische Demokratie ist eine Utopie; der Streit über die Frage, in welcher institutionellen Form diese an und für sich „unmögliche“ Idee der Demokratie ein großes oder kleines Stück weit realisierbar sei, bestimmt die politische Geschichte der letzten 200 Jahre. Die Debatte um die „Demokratisierung“ der Europäischen Union lässt im Moment alle alten Streitfragen über die richtige Form und das richtige Maß der Demokratie wieder aufleben.

Der Rechtsstaat, die Herrschaft des Gesetzes, eine Justiz, die Gerechtigkeit gegen jedermann, ohne Ansehen der Person oder des Geldbeutels bzw. der Beziehungen (Sozialkapital heißt das heute) walten lässt, was für eine Utopie! Schließlich der Sozialstaat, die größte Strukturveränderung, die dem modernen Kapitalismus nach dem II. Weltkrieg verpasst worden ist: Eine Utopie, durch und durch. Wer die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft einigermaßen adäquat interpretieren will, kommt ohne diese Utopien nicht aus. Ohne diese Utopien bleibt unsere politische Welt völlig unbegreiflich, die Linke wie die Rechte, die sogenannten Konservativen wie die Liberalen und Sozialisten leben davon.

Marx hat die sozialistischen Utopien seiner Vorläufer und Zeitgenossen kritisiert, ohne ihren utopischen Gehalt, die darin beschriebene soziale Welt des „guten Lebens“ und der „realen Freiheit für alle“ zu verwerfen. Utopien haben fast immer die Form eines Reiseromans – eine Reise

Bretter vor dem Kopf sind aber bei aller subjektiven Ehrlichkeit eher hinderlich für den ganz alltäglichen Durchblick als handlungsorientierend.



PROKLA 123
2001 – 176 Seiten
DM 20,50 – ISBN 3-89691-323-9

Michael Heinrich:
Monetäre Werttheorie.
Geld und Krise bei Marx

Klaus Dräger:
Baustelle Neomarxismus.
Die Regulationsschule und Robert
Brenner zu den Turbulenzen
in der Weltwirtschaft

Hansjörg Herr:
Keynes und seine Interpreten

Victoria Chick:
Über Geld und Geldtheorien

Bernhard Emunds:
Der Finanzkeynesianismus
in der Tradition Hyman Minskys

Arne Heise:
Postkeynesianische Finanzpolitik
zwischen Gestaltungsoptionen
und Steuerungsgrenzen

Elke Muchlinski:
Paradigmenwechsel in der
monetären Koordination von
Zentralbanken?

**WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
E-mail: info@dampfboot-verlag.de
http://www.dampfboot-verlag.de
http://www.prokla.de

in die Zukunft oder in eine ferne, Neue Welt bringt uns mit einem Schlag in die fix und fertige Neue Gesellschaft. Das ist es, was der alte Marx an der Darstellung der Zukunftsgesellschaft bei den Utopisten kritisiert: Diese Gesellschaften werden hingestellt, als hätten sie keine Geschichte, als entsprängen sie der Natur oder der reinen Vernunft. Sie werden dargestellt, als hätten sie keine Zukunft mehr, als sei das „Ende der Geschichte“ gekommen. Schon über den modernen Kapitalismus, die mit Abstand dynamischste, revolutionärste Produktionsweise der Geschichte, kann man nur sinnvoll reden, wenn man sich auf Aussagen über Zukünftiges, über Tendenzen, die in historischer Zeit ablaufen, einlässt. Ein Großteil der Marxschen Aussagen über den modernen Kapitalismus sind Aussagen über das, was sein wird, wenn die Logik der kapitalistischen Produktionsweise ihren Gang gehen kann. Seine berühmten „Gesetze“, ironisch als „Naturgesetze“ präsentiert (d.h. soziale Gesetze, die auf der Bewusst- oder Gedankenlosigkeit der Beteiligten beruhen), beschreiben Entwicklungstendenzen in die Zukunft. Der vielbeschworene Sozialismus bei Marx ist nichts anderes als die Zusammenfassung jener Entwicklungstendenzen, die im Kapitalismus entspringen, aber über ihn hinausweisen, und davon gibt es etliche. Marx ist ein „Denker des Möglichen“, ein Vorausdenker, dessen Utopismus allerdings durch Logik, Wissen und Erfahrung gebremst wird. Sozialwissenschaftlich informiert vom Sozialismus reden, heißt eben mit Marx über die Möglichkeiten, aber ebenso sehr über die Nöte und Notwendigkeiten reden, die die kapitalistische Entwicklung hervorbringt. Ohne dabei dem Schein einer „Naturgesetzlichkeit“ bzw. ihrem Gegenstück, dem Kult des reinen Wollens, zu verfallen, die der ökonomischen Alltagsreligion der bürgerlichen Gesellschaft eigen sind.

Uli Schöler (Schöler 1999) hat eine ganze Reihe von diesen Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die im Werk von Marx enthalten sind, zusammen gestellt. Man kann sich darüber streiten, ob all diese Möglichkeiten halten, was Marx sich seinerzeit davon versprach, man kann auch darüber streiten, ob all die von Marx aufgezeigten Nöte sich tatsächlich erst jenseits des Kapitalismus wenden lassen. Aber man kann

auch heute noch von der Marxschen Konzeption des möglichen wie des notwendigen Sozialismus, der durch die kapitalistische Produktionsweise gründlich vorbereiteten „höheren“ Form von Wirtschaft und Gesellschaft, viel lernen.

Den „Marxisten“ gefiel und gefällt diese skeptische Sicht des alten Marx auf die Möglichkeiten, die die kapitalistische Entwicklung bietet, nicht. Sie hätten gern einen anderen Marx, in Lenin-Gestalt, und den haben sie sich denn auch gebastelt.

Fazit: Marx ohne Marxismus?

Brauchbar, sogar notwendig zur Orientierung über unsere Welt und deren Zukünfte ist Marx nach wie vor, was man vom „Marxismus“ nicht sagen kann. Marx ohne ismus, schön wär's. Das ist eine Utopie, allerdings eine machbare, an der bereits gearbeitet wird. Die langsam, aber sicher fortgehende Arbeit an der MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe), seit geraumer Zeit von allen Fesseln der Parteiwissenschaft befreit, macht diese Utopie möglich. Der historische Marx wird dadurch zum ersten Mal wieder lebendig, der Marxismus zur Geschichte.

Marx dem „Marxismus“ zu überlassen, ist ein großer Fehler. Etwa der PDS, zwar offiziell keine marxistisch-leninistische Partei mehr, aber mit zahlreichen Vertretern des Parteimarxismus gesegnet. Der Haugsche Marxismus hat sich mittlerweile unter die finanziellen Fittiche der PDS begeben, mit den entsprechenden Folgen. Dass die deutsche Sozialdemokratie den „Marxismus“ nicht pappelt, ist verständlich. Wer sich allerdings aus der historischen Marxforschung bzw. aus der Mitarbeit an der zweiten MEGA, immerhin das derzeit größte wissenschaftliche Editionsprojekt weltweit, zurückzieht, wer seine eigenen wissenschaftlichen Einrichtungen, wie das international renommierte Karl-Marx-Haus in Trier, nicht pflegt, sie sogar aufgeben will, wird weiter mit dem „Marxismus“ leben müssen. spw

Literatur

- Pierre Bourdieu, 1997, Der Tote packt den Lebenden, Hamburg
Robert Kurz, 1999, Schwarzbuch des Kapitalismus, Frankfurt a.M.
Loccum Initiative, Kritische Interventionen, Bd. 1 – 5, Hannover 1997 – 2001 (erschienen im Offizin Verlag, Bd. 6 im Erscheinen)
Uli Schöler, 1999, Ein Gespenst verschwand in Europa, Bonn

In Heft 120 hatten wir unsere LeserInnen aufgefordert, sich an der Debatte um den Generationsaufbau in der SPD und die Rolle der Linke zu beteiligen. Nachfolgend veröffentlichen wir zwei Stellungnahmen, die uns erreicht haben. Juso-Funktionäre aus Mecklenburg-Vorpommern setzen sich kritisch mit Björn Böhning's Bundeskongress-Einschätzung (spw 120, S. 4/5) auseinander, Elgin Fischbach fragt nach der politischen Durchsetzungsfähigkeit des Forum DL21. Wir setzen die Debatte in den nächsten Heften u. a. mit Beiträgen von Niels Annen, Ulla Zumhasch und Joachim Schuster fort.

Reinhold Rünker, spw-Redaktion

Björn Böhning, stellvertr. Juso-Bundesvorsitzender, hat in spw 120 über den letzten Juso-Bundeskongress berichtet. Seine Ausführungen lassen sich einerseits in eine Einschätzung der Lage des Juso-Bundesverbandes und andererseits in die Formulierung zu bewältigen der Aufgaben unterteilen. Während wir zu letzteren geringeren Diskussionsbedarf sehen, schätzen wir insbesondere die Lage des Juso-Bundesverbandes erheblich anders ein. Björn Böhning's Einschätzungen lauten im Einzelnen:

1. *Die Jusos sind inhaltlich fit oder auf dem Weg dahin:* Wenige inhaltliche Kontroversen und geschlossene Abstimmungsergebnisse würden belegen, „dass die Jusos auf einem guten Weg sind, wieder eine geschlossene inhaltliche Interventionsfähigkeit zu erlangen.“ /4/

2. *Die Jusos sind auf dem Weg zur Geschlossenheit:* Da sich die alten Strukturen der 70er Jahre aufgelöst hätten, konnte sich der Verband endlich von den „eingespielten Politikritualen“ /5/ verabschieden und „große Gemeinsamkeiten“ /4/ ausmachen.

3. *Die Jusos sind in ihrer Gesamtheit eine politisch handlungsfähige Institution:* „Der Juso-Bundeskongress hat bewiesen, dass der Verband in seiner Gänze politikfähig ist.“ /5/

Wenn wir diesen Einschätzungen *grundsätzlich* widersprechen, so ist dies weder „Arroganz“ noch das Bedürfnis, persönliche Auseinandersetzungen zu führen – für all das gibt es keinen Grund. Unsere Kritik motiviert sich vielmehr aus der Einschätzung, dass es – wenn es richtig ist, dass sich die Jusos in einer ihrer größten politischen Krisen befinden – politisch schädlich ist, diese Lage nicht offen und rücksichtslos zu benennen.

Zu unserer Einschätzung der Lage:

1. *Die Jusos sind inhaltlich nicht fit:* Weder sind die Jusos im Moment in der Lage, bestimmte tagespolitische Themen im Gesamtverband zu diskutieren und entsprechende politische Kampagnen (in und außerhalb der SPD) umzusetzen, noch sind sie in erkennbarem Maße als Gesamtverband in der Lage, ihre Politik gesellschaftstheoretisch zu reflektieren und zu legitimieren. Wenn Björn Böhning daher die geringe Zahl kontroverser Debatten sowie die großen Mehrheiten bei inhaltlichen Anträgen als Zeichen für inhaltliche Fitness deutet, neigen wir gerade zu der entgegengesetzten Schlussfolgerung: Die inhaltliche Debatte bei den Jusos ist derart rudimentär, dass es für eine Kontroverse selten eine inhaltliche Grundlage gibt. Und wenn es sie gibt – wie beim Thema „Einwanderung“ –, verläuft sie nicht mehr wie früher zwischen sozialistisch orientierten Flügeln, sondern einer (äußerst heterogenen) sozialistischen „Fraktion“ und einer zweiten, die sich besonders um die Optimierung der kapitalistischen Gesellschaft sorgt.

2. *Die Jusos sind so tief gespalten wie eh und je:* Nicht ohne Grund lag daher das Wahlergebnis für den neuen Juso-Bundesvorsitzenden Niels Annen, dessen Wahl wir ausdrücklich begrüßen, nur bei knapp über 50%. Die Spaltung des Verbandes ist so tief, dass der „Minderheitenflügel“ von etwas unter 50% nach einigen Wahlniederlagen sogar sämtliche Bundesvorstandskandidaturen zurückzog. Mit anderen Worten: Der jetzige Bundesvorstand repräsentiert nur knapp die Hälfte der Jusos. Wo man da eine „gemeinsame linke Verbandsperspektive“ /5/ entdecken kann, ist uns nicht ganz klar, zumal sich seit 1997/98 auch kaum politische Ge-

Wie zukunftsfähig sind die Jusos?

Kritische Anmerkungen zum Zustand der Jusos

schlossenheit organisieren lässt: Der Kampf um die „Umlagefinanzierung“ war die letzte Kampagne der Jusos, die vom gesamten Verband getragen und außerhalb der Jusos auch verstanden wurde.

3. *Die Jusos sind nicht politikfähig:* Die Jusos sind eine gesellschaftlich randständige, nur in Einzelfällen gesellschaftlich interventionsfähige Organisation, die zunehmend modernen Mediensymbolismus mit einer tatsächlichen Verankerung der Jusos im Denken und Handeln der Bevölkerung, insbesondere der jungen Generation, verwechselt. Ihr politischer Einfluss ist marginal (siehe Umlagefinanzierung, deren Umsetzung bis heute aussteht) und der Bundesverband bleibt bisher eine lose Ansammlung der Bezirke und Landesverbände.

Und nur um möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Da sich unsere Kritik an den Gesamtverband richtet, schließen wir unseren eigenen Landesverband in sie ausdrücklich ein.

spw

Stephan Bliemel, Juso-Landesvorsitzender MV, Bundeskongressdelegierter; Mathias Brodkorb, Mitglied im geschäftsführenden SPD-Landesvorstand MV, Bundesparteitagsdelegierter; Conny Proske, stellvertr. Juso-Landesvorsitzende MV, Bundesparteitagsdelegierte; Thomas Raitza, stellvertr. Juso-Landesvorsitzender MV; Christian Reinke, Juso-Landessekretär MV; Thomas Schmidt, stellvertr. Juso-Landesvorsitzender MV; Jörn Wüstenberg, stellvertr. Juso-Landesvorsitzender MV

Wo bleibt die politische Durchsetzungsfähigkeit im „Forum Demokratische Linke 21“?

von Elgin Fischbach

In der aktuellen Ausgabe der spw (Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft) hat der Abgeordneten-Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion Horst Arenz aus meiner Sicht teilweise zu Recht sowohl einen Mangel an inhaltlicher Arbeit als auch – vor allem – die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der SPD-Linken in Verbindung mit einem möglichen „Rechtsruck“ beklagt.

Die mittlerweile gut funktionierende Möglichkeit im Forum-DL21, dass Berichte/Themen „online“, d. h. per Internet/E-Mail, eingereicht und zur Diskussion gestellt werden können, ist sicher lobenswert – denn nur durch ständig neue Ideen kann inhaltliche Arbeit entstehen. In Sachen konkreter Beschlussfassung/Mobilisierung, was für die entscheidende Durchsetzungsfähigkeit in den politischen Gremien notwendig ist, tut sich jedoch nach meinem bisherigen Informationsstand viel zu wenig.

Nachfolgend einige Beispiele, in denen ich mir eine stärkere inhaltliche Präsenz der SPD-Linken sehr gewünscht hätte:

Die *Rentenreform* ist für unter 40-jährige (Stichtag: Januar 2001) im Fall von Berufsunfähigkeit eine Bestrafung: Die zuvor gesetzliche Berufsunfähigkeitsrente entfällt vollkommen, und die neu geschaffene Erwerbsunfähigkeitsrente berücksichtigt bei der in jedem Einzelfall zu fallenden Ar-

beitsmarktprognose nicht mehr den bisher erreichten beruflichen Status. Wer sich privat gegen Berufsunfähigkeit absichern will, muss ebenso wie in der privaten Krankenversicherung eine Gesundheitsprüfung über sich ergehen lassen, die bei chronisch Kranken zur Ablehnung des Vertrages durch die Versicherungsgesellschaft führt. Auch Arbeitslose und Geringverdiener – deren Einkommen im Regelfall nicht den notwendigen Spielraum zur Sparanlage für die private „Riester-Rente“ bietet – werden im Alter bestraft: Durch ggf. notwendigen Bezug einer sozialen Grundsicherung auf Sozialhilfeniveau. Die Sozialhilfe hat gerade in den letzten Jahren nicht alle Kostensteigerungen des täglichen Bedarfs aufgefangen (aus diesem Grund wird in der aktuellen Ausgabe der spw von Hans-Günter Bell und Alex Recht im Rahmen ihres Kommentars zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eine deutliche Anhebung der Sozialhilfe-Regelsätze als notwendig angesehen) – weshalb ich die in der Rentenreform vorgesehene Orientierung der sozialen Grundsicherung im Alter an der Höhe der Sozialhilfe für die davon betroffenen ehemaligen Arbeitslosen und Geringverdiener als nicht hinnehmbar betrachte.

Auch in der *Arbeitsmarktpolitik* vermisste ich jegliche inhaltliche Einmischungen seitens der Parteilinken: Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe darf nicht nach den weitaus strengeren Kriterien der Sozialhilfe erfolgen, weil diese – wie schon zuvor von mir im Rahmen der Anmerkungen zur Rentenreform beschrieben – seit einigen Jahren nicht mehr den realen Kostensteigerungen des täglichen Bedarfs angepasst worden ist und zudem weitaus weniger Hinzuverdienstmöglichkeiten für die Betroffenen (neben dem Leistungsbezug) erlaubt, was die Integration in den Arbeitsmarkt deutlich erschwert: Viele Arbeitgeber haben nach wie vor große Vorbehalte gegenüber Sozialhilfeempfängern und wollen diese oftmals zunächst probeweise testen. Um die Motivation zur Arbeitsaufnahme der betroffenen Sozialhilfebezieher in solchen Fällen zu steigern, bedarf es – zumindest für den befristeten Zeitraum eines derartigen „Probearbeitsverhältnisses“ – großzügigere Hinzuverdienstregelungen im Sozialhilferecht: Wer geht schon arbeiten, wenn er beinahe sämtlichen Lohn nicht behalten darf? Und: Wenn sich in einem derartigen Probearbeits-

verhältnis herausstellt, dass der Betroffene weitaus mehr leisten kann als ursprünglich angenommen, erhöht dies im Rahmen der Bewährung die Chance auf ein Nettoeinkommen aus dem Arbeitsverhältnis oberhalb der zuvor bezogenen Sozialhilfe beträchtlich. Weiterer Kritikpunkt von mir: Die zu geringe Einbeziehung der Individualität der Betroffenen (Begabungen, Neigungen und Bedürfnisse) in die arbeitsmarktpolitischen Gesetze: Eine Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, Umschulung oder Weiterbildung hat nur dann langfristigen Erfolg, wenn der Betroffene sich mit den Inhalten und Gegebenheiten im Lehrgang bzw. im Arbeit gebenden Unternehmen identifizieren kann. Sämtliche Arbeitgeber verlangen heutzutage (im Vergleich zu früher) eine äußerst hohe Identifikation ihrer Mitarbeiter mit ihrem Arbeitsplatz und dem Unternehmen (in zahlreichen Stellenangeboten nachzulesen), was beides nicht „erzwungen“ werden kann. Trotzdem ist im Rahmen des derzeit diskutierten „Hilfepflanverfahrens“ für die Arbeitsämter vorgesehen, die personenunabhängige Arbeitsmarktlage als vorrangiges Kriterium anzusehen (Stichpunkt: Vermittelbarkeit) und bei Ablehnungen seitens des Betroffenen Leistungskürzungen einzuführen – was ich als nicht hinnehmbar betrachte. Auch „Zwangsarbeit“ im Rahmen des Sozialleistungsbezuges (Arbeitslosengeld/-hilfe, Sozialhilfe) ist für mich aus den gleichen Gründen nicht akzeptabel. Zu dieser Thematik hatte ich unter der Überschrift „Stellungnahme zu den geplanten Änderungen von SGB III und BSHG“ schon „mal einen selbst verfassten Artikel an das „Forum Demokratische Linke 21“ verschickt, der auch heute noch auf unserer Homepage einzusehen ist.

In Sachen *Gesundheitspolitik* vermisste ich ebenfalls den inhaltlichen Einfluss der SPD-Linken: Gleichrangige Einbeziehung alternativer Therapien (neben der üblichen Schulmedizin) in den verbindlichen Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (wie im Grundsatzprogramm der SPD vorgesehen). Mit Ausnahme der SECURVITA BKK (in der ich seit über 2 1/2 Jahren Mitglied bin und die bisher trotz mehrfach gewonnener Sozialgerichtsverfahren gegen das Bundesversicherungsamt – bis hoch zum Bundessozialgericht – vergeblich in den entsprechenden politischen Gremien um diesbezügliche Einflussnahme gekämpft hat) hat keine Krankenkasse

die Kostenübernahme alternativer Therapien verbindlich in ihrer Satzung verankert, obwohl sich mittlerweile vielfach herausgestellt hat, dass alternative Therapien weitaus wirksamer sind als die Schulmedizin. Auch ich bin so ein Fall: Nach etlichen Jahren vergeblicher schulmedizinischer Behandlungsversuche bezüglich allergischem Asthma und Heuschnupfen

geht's mir nach mehreren Jahren alternativer Therapie so gut wie niemals zuvor.

Ich hoffe, den amtführenden und im Bundestag vertretenen Mitgliedern im „Forum Demokratische Linke 21“ einige Denkanstöße auf ihren weiteren Weg mitgegeben zu haben – in der Hoffnung, dass diese in der politischen Gremienarbeit der SPD zumin-

dest teilweise konkret umgesetzt werden. Auch dann, wenn es hierbei zu parteiinternen Auseinandersetzungen („Flügelkämpfen“) kommt – denn nur so machen wir uns in einem Umfang bemerkbar, der auch noch nach diesen Auseinandersetzungen eine stärkere politische Berücksichtigung „parteilinker“ Inhalte als bisher ermöglicht.

spw



1. „Marx – wir brauchen Dich!“ Unter diesem (deutschen) Titel hat der Schweizer Soziologe und für seine rücksichtslose öffentliche Kritik des helvetischen Geldestablishments berühmte Genfer Abgeordnete Jean Ziegler vor einigen Jahren ein Büchlein veröffentlicht. Derartige Stoßseufzer konnte man in den vergangenen zehn Jahren immer wieder hören und lesen. Der Ruf nach einem „neuen Marx“, der uns die aus den Fugen geratende Welt erklären könne, ist mittlerweile fast schon rituell geworden. Unbestreitbar häufen sich in jüngster Zeit die Anzeichen für ein wiedererwachendes, breites Interesse

an Marx. Eine kürzliche Umfrage der UN unter Studenten im Alter von 20 bis 25 Jahren kam zu dem einigermaßen verblüffenden Ergebnis, dass die große Mehrzahl (über 60%) nicht etwa Gandhi, Albert Schweitzer oder Martin Luther King für den bedeutendsten Mann der letzten zwei Jahrhunderte hielt, sondern ausgerechnet den alten Marx. Das hätten sich die Zeitgenossen des „roten Terror-Doktors“ kaum träumen lassen.

2. Aber wozu brauchen wir Marx und wozu brauchen die liberalen, sozialdemokratischen, christlich-demokratischen Zeitgenossen ihn, die um einen „neuen Marx“ bittend die heu-

tige Welt anschauen? Wir und sie brauchen ihn in erster Linie als rücksichtslosen, scharfsichtigen und unbestechlichen Kritiker des Kapitalismus. Darin liegt Marx' eigentliche Stärke und Bedeutung. Wichtig ist er heute wieder – oder nach wie vor – seiner umfassenden Analyse der kapitalistischen Produktionsweise wegen. Ein neuer Marx hätte im akademischen und politischen Betrieb der Gegenwart ebensowenig eine Chance wie der alte. Sein radikales, teils aufgezwungenes, teils gewähltes und gewolltes Außenseitertum, seine Einsamkeit und Unabhängigkeit von allen Parteien, Institutionen, Ämtern und Ehren, war die Bedingung seiner Radikalität. Sie hat ihn weiß Gott viel gekostet. Um nicht nur dem Zeitgeist zu widersprechen, sondern eine ganze Epoche, das Zeitalter des Kapitalismus, das Getriebe der kapitalistischen Produktionsweise und ihre langfristigen Folgen nicht nur einfach „in Frage zu stellen“, sondern genau und gründlich zu begrei-

Marx war kein Prophet, sondern ein überaus heller Kritiker der kapitalistischen Entwicklung, einschließlich der „Globalisierung“

Brauchen Sie Marx?

„Ach Marx.... Ich kannte ihn – ein Bursche von unendlichem Humor.“
(Frei nach William Shakespeare)

Von Michael R. Krätke

Michael R. Krätke, Professor an der Universität Amsterdam, Mitherausgeber der spw, lebt in Amsterdam

fen, und zwar sehr viel besser zu begreifen als die offiziellen Amtswalter der Wissenschaft, die politischen und sonstigen Autoritäten, nicht zuletzt besser als die Herren des Kapitals selbst es begreifen, dazu gehört schon einiges.

Als Prophet der sogenannten Globalisierung hat Marx noch vor zwei Jahren, anlässlich des 150 jährigen Jubiläums des Kommunistischen Manifests, viel Bewunderung und Lob erfahren. Das Lob war und ist vergiftet. Marx war kein Prophet, sondern ein überaus heller Kritiker der kapitalistischen Entwicklung, einschließlich der „Globalisierung“, d.h. der Expansion und Strukturveränderung des Weltmarkts im 19. Jahrhundert und darüber hinaus. Als solchen, als entschiedenen Kritiker der schwarzen Utopie vom „globalen“ Weltmarkt und universellen Freihandel, brauchen wir ihn auch heute. Als Kritiker der Globalisierung wäre er allerdings der heutigen Gemeinde der Globalisierungsenthusiasten weit weniger willkommen als in der ihm zugeschriebenen Prophetenrolle.

3. Zwischen dem Marx, den wir brauchen, und uns steht der „Marxismus“, zwar ein Gespenst, aber leider noch nicht verschwunden. Ohne das Brett des „ismus“ vor dem Kopf, läßt sich nicht nur Marx klarer sehen, sondern auch das, was er tatsächlich geleistet hat, besser gebrauchen. Vom historischen Marx, nicht vom „Marxismus“ und seinen Säulenheiligen, kann man nach wie vor in dreierlei Hinsicht nur dazu lernen:

Erstens von Marx als dem bis heute unübertroffenen, systematischen Theoretiker und Kritiker des modernen Kapitalismus. Die bekannten, links wie akademisch beliebten Mängelrügen nach dem Muster „Die Lie-

be! Auch so ein Problem, das Marx nicht gelöst hat“ treffen den historischen Marx nicht. Weder war er auf dem ökologischen Auge blind, noch war er ein Freund und Bewunderer des Kolonialismus, oder ein Anhänger der Vorherrschaft des weißen Macho-Mannes. Das überwiegend akademisch gepflegte Gegenstück zum „Marxismus“ heißt „Anti-Marx“ oder „Marx' blinde Flecken“. Auch so ein Brett vorm Kopf, an dem Marx nicht mit geschraubt hat.

Zweitens von Marx als rücksichtslosem Kritiker „linker“ Illusionen, Dogmen und Patentrezepte. Zeitlebens haben Marx – Engels nicht minder – den „linken“ Unfug ihrer sozialistischen Zeitgenossen kritisiert; ein Großteil ihrer Lebensarbeit bestand in der Kritik der „falschen Kritik der Politischen Ökonomie“ bzw. der ebenso falschen „Kritik der Politik“, die in der zeitgenössischen Linken im Schwange war. Da die gleichen linken Illusionen und Patentrezepte – von der Abschaffung der Armut durch Umverteilung, über die Tauschbanken bis zur Geld- und Kreditreform – in jeder größeren Krise des Kapitalismus wiederkamen und bis heute wieder kommen, ist das meiste davon bis heute aktuell.

Drittens brauchen wir Marx als Theoretiker des möglichen und des notwendigen Sozialismus.

In dieser Rolle hat er sich seit jeher am unbeliebtesten gemacht. Mit dem historischen Marx, der allerdings den damaligen Protagonisten nur zum kleineren Teil bekannt war, hätte sich sehr schnell und eindringlich die Notwendigkeit des Scheiterns eines „staatssozialistischen“ Experiments, sei es in einem, sei es in mehreren Ländern zugleich, nachweisen lassen. Das A und O der Marxschen und Engelsschen Sozialismus-Konzeption scheint gerade für die Freunde des „ismus“ bis heute unbegreiflich: Der moderne Kapitalismus, und nur dieser, bringt die materiellen, die intellektuellen und moralischen Voraussetzungen, die Bildungselemente und die „Übergangsformen“ hervor, die eine Gesellschaft mit sozialistischer Produktionsweise zu einer „reellen Möglichkeit“ machen. Marx ist in der Tat ein „penseur du possible“, ein (Vor)Denker des Möglichen, aber zugleich ein systematischer und analytisch scharfsichtiger Forscher, kein Prophet. Das Hirn, namentlich das sozialwissenschaftlich trainierte und mit Marx' Hilfe aufgeräumte, ist ein

Hemmungsorgan, keine Phrasendreschmaschine zum postmodernen oder sonstwie linken Hausgebrauch. Daher ist und bleibt der „wissenschaftliche“ Sozialismus des Karl Marx eine Zumutung. So soll es sein.

4. In einer Hinsicht hat Marx einen erstaunlichen Erfolg gehabt. Die Botschaft vom wünschbaren und notwendigen Ende der Klassengesellschaft, das Ideal der „klassenlosen“ Gesellschaft der Freien und Gleichen hat in den Ländern mit demokratischer Verfassung und demokratischer Tradition im wesentlichen gesiegt. Vielfach wird verkündet, die „klassenlose“ Gesellschaft sei längst verwirklicht, was z.B. in den USA ein fast unverwüstliches Element des Volksglaubens darstellt. Der „Kapitalismus ohne Klassen“ spukt nicht nur in den Köpfen einiger postmoderner Akademiker. Klassenlosigkeit, soziale Gleichheit und individuelle Freiheit scheint nach heute vorherrschender Auffassung am besten „auf dem Markt“ verwirklicht zu sein. Daher sind alle erst zu nehmenden Sozialismen der Gegenwart „demokratische“ und zugleich „marktsozialistische“ Projekte. Davon gibt es heute viele. Wiederum brauchen wir Marx: Als Kritiker der Marktmythen, der Ideologeme von der „Selbstregulierung“ und der „Effizienz“ „des“ bzw. der Märkte. Aber ebenso als Kritiker des linken Dogmatismus, der sich darauf versteift, „den Markt“ ebenso wie „den Austausch“ und „das Geld“ ein für allemal abzuschaffen, also wiederum die gut gemeinte, in der Regel philosophisch überhöhte Phrase dem konkreten, begreifenden und daher potentiell eingreifenden Denken vorzieht. Dies Denken liefert dem bekennenden Eifer gegen „den Markt“ an sich keine Vorlagen, es strengt den Kopf und nicht die Zunge an, nicht zuletzt mit allerlei politisch folgenreichen Unterscheidungen zwischen sehr unterschiedlichen Formen und Arten von Märkten und Systemen des „Privataustauschs“.

5. There is no alternative. Diese Phrase ist die Mutter aller dogmatischen Phrasen der Gegenwart. Alternativen gibt es immer, im kleinen wie im großen. Die scheinbar ganz große Alternative – Sozialismus oder Barbarei – täuscht. Es gibt viele Sozialismen, viele Barbareien, vieles dazwischen, auch etliche Mischungen beider Extreme. Marx, der große Ungläubige, kann uns da auch nicht helfen. Nichts steht geschrieben – auch nicht bei Marx.

spw

Es gibt viele Sozialismen, viele Barbareien, vieles dazwischen, auch etliche Mischungen beider Extreme. Marx, der große Ungläubige, kann uns da auch nicht helfen

Die AG „Umverteilen!“ lädt ein:

Abschlussveranstaltung
des Projektes

"Reichtum unfairteilen!"

Mit: Konrad Gilges (MdB-SPD),
Sebastian Herkommer (Soziologe, FU Berlin)
Ute Klammer (Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim WSI)
Moderation: Pascal Beucker (taz köln)
Kultur: Wilfried Schmickler (Kabarettist)

Unterstützt
durch



OKOFONDS
AN DER UNIVERSITÄT WÜRZBURG
Dio-Fonds NRW, Forum spw, Friedrich
Preisbildungsverein Köln,
Wahl in der SPD, Bezirk Mittelrhein,
Sozialwissenschaftliche Stiftung NRW

Montag, 22.10. 2001
Beginn: 19.00 Uhr
Im Bürgerzentrum Deutz
Tempelstr. 41, Köln-Deutz

Gesellschaft von Rom bis Ffm.

Ungleichheitsverhältnisse in Westeuropa und die iberischen Eigenwege, Kassel 2001, Verlag Winfried Jenior, 464 S., 44,00 DM, von Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden

Es häufen sich in den letzten Jahren geschichtswissenschaftliche Darstellungen, deren leitende Absicht die historische Analyse gegenwartsrelevanter Fragestellungen ist. Dadurch gewinnen historische Bücher Bedeutung für den aktuellen gesellschaftspolitischen Diskurs.

Warum die einen reich und die anderen arm sind, fragt der britische Historiker David Landes in seiner Monographie „Wohlstand und Armut der Nationen“ (in spw besprochen von Winfried Roth in Heft 114), wie bestimmt Macht die Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt fragt Joachim Radkau in seiner Weltgeschichte der Umwelt (2000) (vgl. Peter in spw 118); was sind die Ursachen der Migration fragt Klaus J. Bade in „Europa in Bewegung, Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart“ (2000). So fragen Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden nach den Ursachen von Ungleichheitsverhältnissen bereits im Vorläuferband „Gesellschaft von Olduvai bis Uruk“ (1998) und jetzt in der in ansprechender Form mit Farbfotos ausgestatteten „Gesellschaft von Rom bis Ffm“ (2001). Wie alle erwähnten Monografien verlangen auch hier die Autorin und der Autor den allgemein historisch informierten Leser, da historische Längsschnitte allgemeine Zusammenfassungen bringen, die einem helfen vorhandene Kenntnisse neu zu ordnen.

Diesem Ansatz von gegenwartsbezogenen Monografien ist gemeinsam, dass sie den politisch interessierten und historisch informierten Leser verlangen. Für diesen haben die historischen Analysen hohen politischen Gebrauchswert, da sie helfen vorhandene Kenntnisse zu ordnen. Die jeweiligen Autoren ihrerseits müssen die Gefahr vermeiden, historisch komplexe Konstellationen nur über den Leisten der aktuellen Fragestellung zu schlagen: Längsschnitt und die historische Stimmigkeit der jeweiligen „sozialen Ensembles“ im Querschnitt müssen stimmig und für den Leser nachvollziehbar sein.

Tjaden und Tjaden-Steinhauer werden dieser Anforderung in über-

zeugender Weise gerecht. Zunächst werden Vergleichskategorien entwickelt, die für die zu vergleichenden und zu analysierenden Gesellschaften den Referenzrahmen bilden.

Es geht darum, menschliche Gesellschaften im Hinblick auf regelhafte innere Zusammenhänge zu untersuchen und die aus deren Widersprüchen erwachsenden Ungleichheitsverhältnisse zu identifizieren. Die Frage nach der Herausbildung und der Entwicklung von spezifischen Gesellschaften wird in Hinblick auf drei Bedingungen beantwortet: die Menschen müssen, um zu überleben, sich selbst am Leben erhalten, also Subsistenzstrategien verfolgen. Sie müssen für ihre Nachkommen sorgen, sie müssen ihren Austausch mit der sie umgebenden außermenschlichen Natur in ihren je spezifischen Beschaffenheiten regeln. Damit wird die Konzentration auf die Entwicklung der Produktivkräfte bei der Bestimmung gesellschaftlichen geschichtlichen Fortschritts von Anfang an um die Frage patriarchaler Strukturen als der weltweiten Unterdrückung der Frauen in der Geschichte und ihre Auswirkung auf die Reproduktionsarbeit erweitert. Insofern geht es darum Geschichtsschreibung – auch linker Provenienz – durch den Einschluss feministischer und ökologischer Fragestellungen neu zu fassen.

Ganz in der Tradition kritischer Theorie entwickeln sie aus den Interdependenzen und den Widersprüchen von Ökonomie, Familie und Politik Deutungsmuster gesellschaftlicher Macht und ihrer Wirkungsweise. Bestimmend ist dabei das Spannungsverhältnis von notwendiger Subsistenz, Sorge für die nachwachsende Generation und Erhaltung des der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Territoriums und seiner natürlichen Ressourcen. Ihre Kernthese ist, dass die jeweilige historische Konstellation abhängt von unterschiedlichen Verfügungsgewalten über Boden, Güter, Vermögen und über Menschen bei der Sicherung der Unterhaltsmittel, der Sozialisation der nachfolgenden Generation und der Verwaltung des Lebensraums.

Diese Deutungsmuster werden als Bezugsrahmen auf die Analyse bestimmter historisch-gesellschaftlicher Formationen bezogen: die entwickelte römische Gesellschaft von der Wende vom 6. zum 5. Jahrhundert bis gegen Ende des 1. Jh. v. u. Z., die ostfränkisch-deutsche mittelalterliche Feudalgesellschaft vom Beginn des 8.

bis zum Ende des 15. Jh. u. Z., die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands von der zweiten Hälfte des 17. Jh. Bis zur Gegenwart einschließlich zweier Exkurse über die „agrarisches und industrielle Revolution in England“, sowie über Kolonialismus Imperialismus und gesellschaftliche Ungleichheit in Deutschland.

Im zweiten Teil des Buches wird für die iberische Halbinsel die Abfolge von vier jeweils spezifisch machtbestimmten Gesellschaftsformationen nach dem gleichen Darstellungsmuster untersucht: die Römer von 218 v. u. Z. bis ins 5. Jh. u. Z., die Westgoten von 569 bis ins frühe 8. Jh., die Muslime zwischen dem 8. und 11. Jh. Sowie die Kastilier von 12, bis zum Ende des 15. Jh. – ein für den deutschen Leser höchst ungewöhnlich aber informativer und lesenswerter Gegenstand historischer Forschung, wenn man bedenkt, dass die EU andere Zugänge zur Geschichte erforderlich macht, um politischen Handlungsweisen der Regierungen in der EU zu verstehen.

Das Raster der Darstellung für die Beispiele spezifischer Gesellschaften ist identisch. In jeweils sieben Abschnitten geht es um die natürlichen Voraussetzungen und Entwicklungsbedingungen, die jeweilige Subsistenzstrategie, die Familienform, die Politikform, ausgewählte Zusammenhänge von Subsistenzstrategie, Familienform und Politikform, ökonomische Ungleichheiten, aus denen spezifische Aussagen über die Ungleichheitsverhältnisse der jeweiligen Gesellschaft abgeleitet werden.

Dieses Raster ermöglicht dem historisch interessierten und informierten Leser die historische und kulturelle Stimmigkeit der jeweiligen sozialen Konstellationen nachzuvollziehen und gleichzeitig einen vertikalen Verlauf der zentralen Fragestellungen zu erarbeiten und einen historischen Zugang zu der Analyse der Gegenwart zu gewinnen. Das Buch wird damit zu einem Arbeitsbuch mit hohem politischen Gebrauchswert.

Im Rahmen dieser Besprechung sollen – unter Verzicht einer Querschnittsanalyse der jeweiligen historischen Formation – Entwicklungslinien der Kategorien gesellschaftlicher Subsistenzpraxis unter Einbeziehung der Arbeitsverhältnisse und der Mensch-Natur-Beziehungen, gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse unter Berücksichtigung der innerfamiliären Verhältnisse und die Politikform unter Einbeziehung der ökonomischen und

Studien zu Subsistenz, Familie, Politik

Herausgegeben von Lars Lambrecht, Thomas Mies, Urte Sperling, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer

Neuerscheinung:**Band 2: Gesellschaft von Rom bis Ffm**
Ungleichheitsverhältnisse in West-Europa und die iberischen Eigenwege

Von Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden

Mit einer Diskussion von Frigga Haug, Lars Lambrecht, Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden über Anfänge gesellschaftlicher Ungleichheit

Armut und Reichtum, Patriarchat und Ungleichstellung der Geschlechter, Staatsgewalt, Ohnmacht von Bürger/innen und Ausgegrenzte - das sind einige Stichworte zu den Ungleichheiten in verschiedenen Gesellschaften, die hier untersucht werden: im antiken Rom, in der fränkisch/deutschen Feudalgesellschaft, in unserer modernen deutschen Gesellschaft. Weiter werden Ungleichheiten in verschiedenen Gesellschaften auf der Iberischen Halbinsel betrachtet: in der Hispania Romana, im Westgotenreich, im muslimischen al-Andalus und im mittelalterlichen Kastilien. Es wird die These vertreten, daß in individuellen Lebenslagen ökonomische, familiale und politische Macht bzw. Ohnmacht zusammentreffen. Gesellschaftliche Ungleichheit tritt in vielen Schattierungen auf. Diese gehen aus ineinandergreifenden Verfügungsgewalten über Vermögen, Güter und Menschen und entsprechenden Verfügungsrechten hervor.

Kassel 2001, ISBN 3-934377-60-2, 464 S., gebunden DM 44,-

Band 1: Gesellschaft von Olduvai bis Uruk
Soziologische Exkursionen

Von Lars Lambrecht, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer

Kassel 1998, ISBN 3-928172-82-4, 280 S., gebunden DM 34,-

Behandelt werden Subsistenzstrategie, Familie und Politik in den Anfängen menschlicher Gesellschaft in Ostafrika, in steinzeitlichen Gesellschaften in Kantabrien und in Anatolien sowie in frühen Ungleichheitsgesellschaften im Süden Mesopotamiens.

Aus Rezensionen:

"[...] ist die gesamte Einleitung ein etwas ärgerlicher Text. [...] Liest man sich erst durch diese lange Disposition hindurch - sie umfasst mehr als 40 Seiten - kommt man zu einem spannenden und fast überfällig zu nennenden Unterfangen." *Frigga Haug in Das Argument 228, 1998*

"Als Auftakt der Reihe 'Studien zu Subsistenz, Familie und Politik' macht diese unspektakuläre, aber überzeugende Studie zur Entstehung gesellschaftlicher Ungleichheit jedenfalls neugierig auf weitere Forschungsergebnisse."

Franziska Meifert in Buch-Presse-Dienst 1/1999

"Eine neue Lesart der Geschichte."

Franz Gíglewicz in Z. 36, 1998

"Die VerfasserInnen erschließen in dem vorliegenden Band einen Zugang zum Verständnis der Gesamtbewegung menschlicher Gesellschaften, indem sie einlinige Interpretationsmuster durch einen sowohl geographischen wie historischen Materialismus ersetzen."

Rolf Czeskleba-Dupont in Forum Wissenschaft 2, 1999

"'Gesellschaft' wird hier konsequent als 'Mittel der Selbsterhaltung menschlicher Lebewesen in natürlichen Umwelten' auf den Punkt gebracht." *Detlef Bimboes in SPW 2/1998*

"Das Büchlein erweckt den Eindruck, unpolitisch zu sein. Nimmt man ihm das nicht ab, eröffnen sich Ausblicke auf eine Kritik des Kapitalismus, für welche dieser nicht nur deshalb inakzeptabel ist, weil in ihm ausgebeutet wird, sondern weil er Gesellschaft in der Praxis ebenso auf eine Produktionsweise reduziert wie der bisherige Marxismus in der Theorie." *Georg Fülberth in Konkret 4/1999*

VERLAG WINFRIED JUNIOR

Lassallestr. 15, 34119 Kassel, Fax: 0561-774148
e-mail: junior@aol.com www.junior.de

sozialen Verhältnisse herausgearbeitet und für den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs markiert werden.

1. Subsistenzstrategien

Die Frage nach der gesellschaftlichen Subsistenzpraxis lenkt die Aufmerksamkeit auf die Reproduktion von Mensch und Natur als politische Schlüsselfrage, die das ökologische Handlungsfeld als Feld der Gesellschaftspolitik erschließt.

Aus der Analyse der spezifischen Gesellschaftsformation ergeben sich verallgemeinerbare Bedingungen, die Subsistenzstrategien beeinflussen und in Wechselbeziehung zur Sozialisation der neuen Generation und zum politisch sorgsamem Umgang mit den natürlichen Ressourcen des Staatsterritoriums stehen.

Die gesellschaftliche Subsistenzpraxis der römischen Republik wird bestimmt durch eine sich ausdifferenzierende gesellschaftliche Arbeitsteilung, die gekoppelt ist an die Herausarbeitung der Stadt Rom als Metropole und die expansionistische römische Politik. Die ursprüngliche auf der Arbeitskraft der Familienmitglieder ruhende landwirtschaftliche und handwerkliche Basis reicht nicht mehr aus, die Nahrungsmittelvorräte der wachsenden Metropole sicherzustellen. Die Notwendigkeit öffentlicher Infrastrukturarbeiten zur Sicherstellung der Ernährung durch Bildung von Vorräten, der Wasserversorgung und der Mobilität trug zur Differenzierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Herausbildung größerer Betriebe mit Beschäftigung von Tagelöhnern und zunehmend mit der kriegerischen Ausdehnung Roms von Sklaven bei. Die Folge für die natürliche Basis der Subsistenzpraxis waren zerstörerisch, da der wachsende Bedarf landwirtschaftlich genutzter Flächen durch die stetige Ausdehnung des Territoriums einerseits zur Intensivierung der alten Landwirtschaft bzw. zur Erschöpfung der Böden führte, andererseits zur billigeren Massenproduktion in den eroberten Gebieten. Die freie Bauernschaft verarmte, die Großbetriebe nahmen auf die natürlichen Ressourcen unter dem Druck der Nachfrage der Metropole nach Holz und Bergbauprodukten wenig Rücksicht und trieben Raubbau an der Landschaft.

Zentrale Gründe dieser nachhaltigen Entwicklung sind die schnelle Ausdehnung des zur Verfügung stehenden Territoriums und der schnell wachsende Bedarf nach Nahrungs-

mitteln und Rohstoff, der durch den Staat sichergestellt werden musste. Die Folgen sind Gefährdung der Reproduktionsbasis und Verarmung der landwirtschaftlichen Produzenten.

Ganz anders ist die Subsistenzpraxis in der deutschen feudalen Gesellschaft des Mittelalters. Die Basis der Subsistenz bildet die grundherrlich-bäuerliche Wirtschaftsweise und ein ergänzendes handwerkliches Gewerbe in Dörfern und Landstädten. Der aufkeimende Fernhandel führte zwar zur Entwicklung größerer Handelsstädte, die aber neben der Grundherrschaft existierten, ohne sie zu dominieren.

Die Grundherrschaft basierte auf einer grundsätzlichen ökonomischen Interessenidentität von Grundherrn, der Naturalabgaben und personale Dienste der wirtschaftenden bäuerlichen Familien als Gegenleistung für den geliehenen Boden erhielt. Daneben gab es freie Bauern und Gutsherrschaften, auf denen Leibeigene arbeiteten. Allen gemeinsam ist der Zwang zum sorgsamem Umgang mit dem Boden und den natürlichen Rohstoffen, da die Expansion des Territoriums und die Gewinnung landwirtschaftlich zu nutzenden Flächen klimatisch und politisch begrenzt waren. Das führte zu einer Wirtschaftsweise, die in der Lage war, die regionale Bevölkerung zu ernähren und gleichzeitig Böden und nachwachsende Rohstoffe nicht zu übernutzen, sondern Tendenzen der Übernutzung der Böden und vor allem des Raubbaus an Holz in Grenzen zu halten.

Die Wende der Formen der Subsistenzpraxis geht einher mit Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise als Basis der nationalen und weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Warenproduktion und geldwirtschaftlicher Tausch von Waren, Trennung von Produktion und Konsum der Nahrungsmittel, Distribution auf zunächst nationalen, im Trend internationalen Märkten hatten zur Folge, dass die Subsistenz auf der Basis der geldförmigen Einkommens privatisiert wird.

Diese Trennungen führen zur Trennung der auf Geldeinkommen als Basis der Subsistenz angelegten Erwerbsarbeit und der in den Haushalten erbrachten notwendigen ergänzenden Subsistenz- und Reproduktionsarbeit die gesellschaftlich nicht mehr als Arbeit anerkannt wird. Die Folge ist der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft und die Subsistenzkrise der Familie, wenn der Verkauf der Arbeitskraft nicht gelingt.

Die Arbeitsverhältnisse entwickeln sich entlang der Herausbildung und Differenzierung der kapitalistischen Produktionsweise. Kennzeichnend sind die Beziehungen zwischen lohnabhängigen Arbeitskräften, deren Arbeit Werte erzeugt und Eigentümern unternehmerischen Kapitals, das zum Zwecke seiner Verwertung angelegt wird. Zentral ist also die Anlage von fixem Kapital und der Beschäftigung von Lohnempfängern und der Tendenz die Lohnkosten zu minimieren durch den Einsatz Arbeitskraft ersparender Maschinerie und Arbeitsverfahren.

Die Mensch-Natur-Beziehungen sind in der kapitalistischen Wirtschaftsweise vor allem durch die industrie- und agrarkapitalistische Produktion geprägt, die menschliche Arbeitsvermögen beansprucht, natürliche Ressourcen verbraucht, menschliche Gesundheit belastet und natürliche Umwelt auf Dauer schädigt.

Die Frage ist, welche Einsichten für den politischen Umgang mit Subsistenzstrategien bestimmend sind, Die historische Analyse des Buches ergibt, dass nachhaltige Entwicklung als Zukunftsmodell gesellschaftlicher Praxis für eine Perspektive linker Politik zentrale Bedeutung gewinnt. Eckpunkte müssten werden: regionale Versorgungsregionen zur möglichst großen Deckung von Eigenbedarfen aus der Region, Begrenzung von Ressourcennutzung und Effizienz der eingesetzten Ressourcen, Ausbalancierung unterschiedlicher ökonomischer Interessen, Interventionsfähigkeit eines auf ökologisches und soziales Gemeinwohl orientierten Staates.

2. Geschlechterverhältnisse

Die Einbeziehung der Geschlechterverhältnisse in die historische Analyse gesellschaftlicher Formationen und das daraus abzuleitender politischer Strategien ist das zweite Verdienst des Buches. Im Zusammenhang mit der Subsistenzfrage als Kern gesellschaftlicher Reproduktion spielen die Familienformen und damit die Geschlechterverhältnisse eine zentrale Rolle. Die Autoren verdichten ihre Analyse der Geschlechterverhältnisse der jeweiligen Zeit auf bestimmte Familientypen mit jeweils spezifischen gesellschaftlichen Auswirkungen.

Für Rom gilt die Form der patriarhale Familie, die auf der Erbgewalt des „pater familias“ über den Boden, die Verfügungsgewalt über die übrigen Familienmitglieder einschließlich der Ehefrau gründet, Die Familie ist

eine Abstammungs- und Vermögens-einheit. Sie ist Basis der römischen Gesellschafts- und Staatsordnung und impliziert die private und politische Rechtlosigkeit der Frauen.

Für die deutsche Feudalgesellschaft gilt die patriarchale Gattenfamilie unter dem besonderen Schutz der Kirche. In ihr übt zwar der Familienvater die Sorgewalt aus, an die auch politische Rechte geknüpft sind, aber der Frau kommt eine durchaus eigenständige komplementäre Rolle in Hauswirtschaft und Erziehung zu. Die Familie ist Produktions- und Konsumtionseinheit mit der Tendenz der Gütergemeinschaft und gemeinsamer Verantwortung für die Subsistenz.

Für die bürgerliche Gesellschaft gilt die patriarchale Unterhaltsfamilie als Elternfamilie. Sie ist Konsumenteneinheit, die auf Geldeinkommen aus außerhalb der Erwerbsarbeit angewiesen ist. Diese Bedingung hat trotz rechtlicher Gleichstellung weiterhin ökonomisch bedingte Benachteiligungen der Frau als Begleiterscheinung.

Politische Strategien müssen deshalb versuchen, die infrastrukturellen Voraussetzungen für die gleichen Chancen auf Zugang und Teilhabe an der Erwerbsarbeit zu entwickeln.

3. Politikform

Die Einbeziehung der Subsistenzpraxis und der Geschlechterverhältnisse wird von den Autoren mit der jeweiligen Politikform in Beziehung gesetzt. Die lesenswerte Detailanalyse kann im Rahmen dieser Besprechung nur auf die Kernaussage beschränkt werden, soweit sie für die gegenwärtige politische Debatte Bedeutung hat.

So hat der oligarchische römische Bürgerstaat, dessen politische Macht bei den Grundbesitzenden Adelsfamilien lag, die Subsistenz der eigenen Bevölkerung im wesentlichen auf der Aneignung fremder Subsistenzquellen sowohl als Rohstofflager als auch als Arbeitsvermögen gestützt. Dabei hat er natürliche Ressourcen vernichtet und arme Teile der Bevölkerung durch Sicherung der Ernährung staatlicherseits unterstützt. Die Wirkung dieses Modells wird im Teil des Buches über die iberischen Eigenwege anschaulich.

Der mittelalterliche Lehensstaat als personenverbandliche Organisationsform beruhte auf der ökonomischen und politischen Machtstellung der Grundherren, die großes Interesse an der dauerhaften Ertragsfähigkeit ihres Territoriums und der Arbeitsfähigkeit der abhängigen Bevölkerung hatten und damit eine dauerhafte

Subsistenzfähigkeit aus dem Boden des Territoriums anstreben. Dafür bildete der Erhalt der Familie als Produktions- und Konsumtionseinheit eine wesentliche Voraussetzung.

Die territorialen Verfassungsstaaten als überwiegende Politikform bürgerlicher Gesellschaften verstehen sich als Ordnungsmacht zwischen konfligierenden Interessen auf der Basis der Rechtsgleichheit der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Die zentrale Frage dieser Politikform ist es, ob es gelingt, leitende Prinzipien wie Gerechtigkeit, Sicherung der natürlichen Ressourcen gegenüber den Trends der kapitalistischen Durchdringung aller Poren des gesellschaftlichen Lebens durchzusetzen.

Fazit

Die Autoren schlagen selbst den Bogen zur gegenwärtigen politischen Realität: „Das Machtgefüge von transnationaler kapitalistischer Konzernökonomie, patriarchaler Elternfamilie und gebietsstaatlichem Ordnungsstaat (id es territorialer Ordnungsstaat) erzeugt heute eine zunehmende Ausgrenzung von Arbeitskräften durch die Arbeitsplatzvernichtung aus dem ökonomischen System, eine Entwürdigung heranwachsender Generationen durch Unterausstattung mit Bildung und eine Schädigung natürlicher Potentiale durch Mangel an Vorsorge“ (S. 305).

Auch wenn die Autoren die Schlussfolgerung für politische Handlungsstrategien anderen überlassen wollen, geben sie mit ihrer Kategorisierung der Ursachen und Wechselbeziehungen gesellschaftlicher Ungleichheit wichtige Hinweise. Sie zeigen auf, dass multikausale Entwicklungen keine eindimensionalen Lösungsansätze zulassen, dass gesellschaftliche Veränderung nicht von einem archimedischen Punkt aus initiiert werden kann. Es bedarf für unterschiedliche Krisenkonstellationen unterschiedliche Politikan-sätze, die zueinander in Wechselbeziehungen stehen müssen. Dabei sind die Kategorien Subsistenzpraxis, Arbeitsverhältnisse, Mensch-Natur-Beziehungen, Familienform und Politikform geeignete Grundlagen für die Konzeption mittelfristiger praxisfähiger Reformentwürfe.

Zum Abschluss ein kritischer Rat-schlag an den Verleger: Umgang mit Gliederung und Text wären leichter, wenn die Hauptabschnitte deutlicher voneinander abgegrenzt würden, z.B. durch Fettdruck oder freie Seiten am Ende der großen Abschnitte.

Horst Peter (Kassel)

spw

Hier gibt's was!



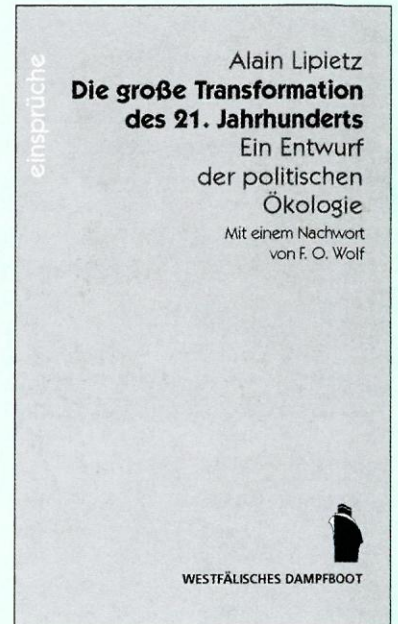
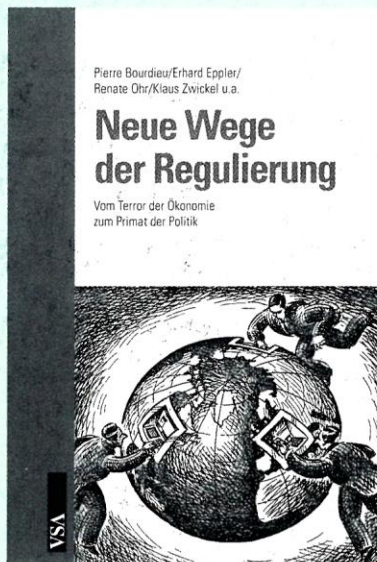
③ Ulrike Winkler (Hg.); Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte; DM 29,80

④ Heiner Ganßmann; Politische Ökonomie des Sozialstaats; 195 S.; DM 29,80



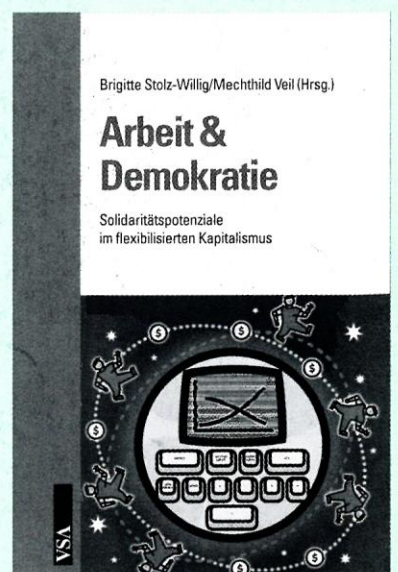
⑤ Andreas Klärner; Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 166 Seiten; DM 28.-

⑥ Pierre Bourdieu/Erhard Eppler/ Renate Ohr/Klaus Zwickel u. a.; Neue Wege der Regulierung. Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik ca. 160 Seiten; ca. DM 24,80;



⑦ Alain Lipietz; Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie, 192 S.; DM 29,80

⑧ Brigitte Stolz-Willig/Mechthild Veil (Hrsg.) Arbeit & Demokratie. Solidaritätspotenziale im flexibilisierten Kapitalismus ca. 176 Seiten; ca. DM 24,80



A b o - P r ä m i e n 2 0 0 1

spw